LH
44
4°

LH 44.4°

5. 6.

Gründliche Bewährung

der

Gerechtsame

des

Hochgräflichen Hauses Lippe

auf

die Herrschaft Sternberg

und

die übrigen angeblich dazu gehörigen Güter

nebst

einer Widerlegung

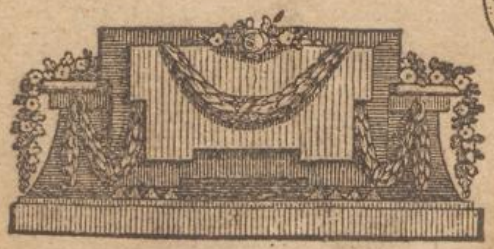
der dagegen gemachten

Bischöflich Paderbornischen Ansprüche.

von

Jo. Chr. Unr. v. Selchow

ÖFFENTL. BIBLIOTHEK ZU DETMOLD



1782.

LH 44 4°
J. 3. g. 12

LH 44.4°

Inhalt dieser Ausführung.

Erster Theil. Geschichtserzählung des über die Grafschaft Sternberg entstandenen Rechtsstreits.

Erster Abschnitt. Geschichte des Possessorii.

§. 1. Absterben der Grafen von Holstein-Schaumburg.

§. 2. Streitigkeiten wegen ihrer Beerbung 1) wegen der Grafschaft Schaumburg.

§. 3. 2) Wegen der Grafschaft Sternberg. Nachricht von der Grafschaft Sternberg überhaupt.

§. 4. Sternberg kommt an die Grafen von Schaumburg.

§. 5. Die Grafen von Schaumburg sollen das Land von Paderborn zu Lehen genommen haben.

§. 6. Sternberg kommt an das Gräfliche Haus Lippe. Paderbornische Geschichtserzählung davon.

§. 7. Lippische Geschichtserzählung.

§. 8. Paderbornische Besitzergreifung, nach dem Absterben der Grafen von Schaumburg.

§. 9. Der Gräfin Katharina zur Lippe Betragen dabey.

§. 10. Manutenenzdecret für Paderborn vom 7ten October 1641.

§. 11. Betragen des Grafens Otto zur Lippe hierbey.

§. 12. Der Gräfin Elisabeth zu Schaumburg exceptiones sub- & obreptionis.

§. 13. Exceptiones summariae sub- & obreptionis der Gräfin Katharina zur Lippe.

§. 14. Paderbornische Replik den 30ten Julius 1653.

§. 15. Lippische Duplik den 11ten May 1654.

§. 16. Paderbornische Triplik den 11ten Jenner 1657.

§. 17. Lippische Quadruplik den 31ten May 1659.

§. 18. Schluß des Schriftwechsels und Haupturthel in possessorio vom 7ten Julius 1684.

§. 19. Lippische Revision dagegen, nebst Inhäsivurthel vom 10ten November 1689.

Zweyter Abschnitt. Geschichte des Petitorii.

§. 20. Paderbornischer Libell in petitorio den 7ten Jul. 1690.

§. 21. Lippische exceptiones fori declinatoriae.

§. 22. Lippische Hauptexceptionsschrift den 31ten May 1692.

§. 23. Termin zum Versuch der Güte.

§. 24. Paderborn übergibt die Lehnbriefe.

§. 25. Paderbornische Replik vom 9ten Dec. 1692.

§. 26. Lippische Duplik vom 4ten August 1693.
§. 27. Kaiserl. Commission zur Production und Recognition der Urkunden.
§. 28. Paderbornische Triplik den 1ten Jul. 1694.
§. 29. Lippische Quadruplik vom 30ten Aug. 1695.
§. 30. Fernerer Schriftwechsel beym Reichshofrath.
§. 31. Verschiedene außergerichtliche und Privatdruckschriften in dieser Sache.
§. 32. Paderbornisches Editionsgesuch.
§. 33. Endurthel vom 8ten Februar 1782.
§. 34. Lippische Revision gegen dasselbe.
§. 35. Absicht gegenwärtiger Ausführung.

Zweyter Theil. Ausführung der Gerechtsame des Gräflich Lippischen Hauses auf die Grafschaft Sternberg u. s. f.

Erster Abschnitt. Von den Lehnsansprüchen des Hochstifts Paderborn auf Barrentrup, Salzufeln und die Vogtey Müddenhorst.

§. 36. Von dieser Materie überhaupt.

Erstes Kapitel. Paderbornische Gründe für die Lehnbarkeit der qu. Stücke.

§. 37. 1) Lehnbarkeit derselben zu den Zeiten der Grafen von Sternberg.
§. 38. 2) Paderbornische Gründe der Lehnbarkeit zu den Zeiten der Grafen von Schaumburg.
§. 39. Lehnrevers von 1417.
§. 40. Lehnbriefe und Reversalien von 1500 bis 1633.
§. 41. Paderbornische Bestätigung der Erbverbrüderung von 1511.
§. 42. Paderbornische Einwilligung in die unablösliche Verpfändung der Herrschaft Sternberg an das Haus Lippe.
§. 43. Loskündigungsinstrument der Grafen von Schaumburg von 1575.
§. 44. Eingeständniß der Lehnbarkeit von Seiten des Grafens Johann Bernhard von der Lippe.
§. 45. Lippische eigne Production der Lehnbriefe.
§. 46. Lippisches Geständniß der Lehnbarkeit.
§. 47. Beweis aus Spangenbergs Schaumburgischer Chronik.

Zweytes Kapitel. Lippische Gegengründe, nebst Beantwortung der Paderbornischen Gründe.

§. 48. 1) Vorgebliche Lehnbarkeit der Grafen von Sternberg.
§. 49. 2) Lippische Gründe gegen die Lehnbarkeit unter den Grafen von Schaumburg.
§. 50. Die Reversalen von 1417 beweisen nichts.
§. 51. Die Schaumburgischen Reversalen und Lehnbriefe releviren nicht gegen Lippe.
§. 52. Auch nicht die Bischöfliche Bestätigung der Erbverbrüderung von 1511.
§. 53. Die Einwilligung in die Verpfändung beweiset ebenfalls gegen Lippe nichts.
§. 54. Auch das Loskündigungsinstrument von 1575 nicht.

§. 55. Das Memorial des Grafen Johann Bernhard schadet dem Gräflichen Hause nicht.

§. 56. Die Production der Lehnbriefe präjudiciret Lippe nichts.

§. 57. Auch nicht das Geständniß der Gräfin Katharina zur Lippe.

§. 58. Spangenbergs Chronik beweiset nichts.

Drittes Kapitel. Weitere Befestigung der lippischen Gerechtsame auf Barrentrup, Salzufeln u. s. f.

§. 59. Einleitung.

§. 60. Der Paderbornische Klaglibell ist überhaupt dunkel, unbestimmt, und folglich ineptus.

§. 61. Von der Vindication des Schlosses, Stadt und Amtes Barrentrup.

§. 62. Paderbornische Behauptungen von den Zubehörungen des Schlosses Beringtorp.

§. 63. Lippische Gegenantwort und Widerlegung.

§. 64. Von der Vindication der Stadt Salzufeln.

§. 65. Lippische Gegengründe und Widerlegung.

§. 66. Von der Vindication der Vogtey Müddenhorst.

§. 67. Schlußanmerkung.

Zweyter Abschnitt. Von den Lehnsansprüchen des Hochstifts Paderborn auf die ganze Grafschaft Sternberg.

§. 68. Von diesen Ansprüchen überhaupt.

§. 69. Paderbornische Rechtsgründe des Anspruches auf die ganze Herrschaft.

§. 70. Lippische Beantwortung der Paderbornischen Rechtsgründe.

§. 71. Fortsetzung derselben.

§. 72. Schlußanmerkung.

Dritter Abschnitt. Widerlegung der angeblichen Pfandgerechtsame des Hauses Lippe an Sternberg.

§. 73. Von dieser Materie überhaupt.

§. 74. Voranmerkung.

§. 75. Paderbornische Gründe für die Verpfändung.

§. 76. Widerlegung der Paderbornischen Gründe für die Verpfändung.

§. 77. Schlußanmerkung.

Vierter Abschnitt. Beweis, daß das Haus Lippe die Sternbergischen Güter und Herrschaften als wahres Eigenthum besitze.

§. 78. Voranmerkung.

§. 79. Erster Lippischer Rechtsgrund: die Verjährung.

§. 80. Einwürfe dagegen: 1) aus der Lehnsqualität des Landes.

§. 81. Widerlegung dieses Einwurfs.

§. 82. Zweyter Einwurf: daß Lippe das Land bloß Pfandweise besessen habe.

§. 83. Widerlegung dieses Einwurfs.

§. 84. Dritter Einwurf: Mangel eines tituli dominium translativi, nebst dessen Beantwortung.

§. 85. Zweyter Lippischer Rechtsgrund: die Erbverbrüderung. Paderbornische Einwürfe dagegen.

§. 86. Lippische Beantwortung dieser Einwürfe.

§. 87. Fortsetzung dieser Beantwortung. Die Bestätigung ist ohne Consens des Paderbornischen Domkapitels gültig.

§. 88. Weitere Fortsetzung derselben. Die Bestätigung der Erbverbrüderung enthält ein pactum reale. Folgen dieses Satzes.

§. 89. Schluß dieser Beantwortung. Auch die fürstlichen Nachfolger des Bischofs Erichs sind daran gebunden.

§. 90. Schlußanmerkung.

§. 91. Dritter Lippischer Rechtsgrund: aus der Natur der Paderbornischen Stiftslehen. Zweifelsgründe für Paderborn.

§. 92. Entscheidungsgründe für Lippe.

§. 93. Vierter Rechtsgrund: Entscheidung der ganzen Rechtsstreitigkeit durch den westphälischen Frieden.

§. 94. Allgemeine Recapitulation.

Fünfter Abschnitt. Daß das Haus Lippe zur Erstattung der seit 1640 erhobenen Früchte nicht angehalten werden könne.

§. 95. Von dieser Materie überhaupt.

§. 96. Unterschied zwischen dem bonae und malae fidei possessore.

§. 97. Ob die Litiscontestation den bonae fidei possessorem schlechterdings in malam fidem setze?

§. 98. Anwendung dieser Sätze auf die gegenwärtige Sache.

§. 99. Auf den schlimmsten Fall würden dem Hause Lippe doch die Meliorationen gebühren.

Sechster Abschnitt. Von der Edition der die Grafschaft Sternberg betreffenden Urkunden an Paderborn.

§. 100. Einleitung.

§. 101. Paderbornische Gründe für die Edition, nebst deren Beantwortung.

Erster Theil.

Geschichtserzählung des über die Grafschaft Sternberg entstandenen Rechtsstreits.

Erster Abschnitt.

Geschichte des Possessorii.

§. 1.

Absterben der Familie der Grafen von Holstein-Schaumburg.

Die Familie der Grafen von Holstein-Schaumburg hat in der Geschichte des teutschen Reichs eine allerdings glänzende Rolle gespielet.

Frid. Wilh. *Bierling* de familia comitum Holsato-Schaumburgicorum hoc seculo extincta. Rintel. 1699.

Man leitet ihren Ursprung insgemein, jedoch aus sehr zweifelhaften Gründen, von der Familie der Herren von Sandersleben, im Herzogthum Magdeburg, her, welche von andern Geschichtschreibern Salingleben genannt werden.

Cyriac. Spangenbergs Schaumburgische Chronik. (Stadthagen 1614 fol.) lib. I. c. 4. p. 8 sqq. Da man dieses Mannes, in der Folge, mehrmahlen wird zu gedenken haben: so ist es nöthig, einige vorläufige Anmerkungen von ihm zu machen. Er stand einige Zeit als Gräflich Schaumburgischer Superintendent in Stadthagen, zu einer Zeit, da dieses Haus mit dem Gräflich Lippischen Hause in schlechtem Vernehmen war. Er hat daher seinem Buche viele Dinge, besonders in Ansehung der uns angehenden Grafschaft Sternberg, einverleibet, welche dem Gräflichen Hause von der Lippe sehr zum Nachtheile gereichen, wobey der Partheygeist, und überspannter Diensteifer, für seine damalige Herrschaft, allein die Feder geführet hat. Er beziehet sich zwar oft auf alte Membranen und Urkunden, ohne jedoch solche würklich beyzubringen, welches ihn, in dem Auge eines ächten Geschichtsforschers, nothwendig verdächtig machen muß. Sein Character als Geschichtschreiber ist längstens entschieden. Gediegene, sogar an Dummheit grenzende, Einfalt, gänzliche Unkunde aller ächten Quellen der Geschichte, und entschiedene Unfähigkeit, solche zu gebrauchen; lächerliche Hypothesen, auf Hypothesen gehäuft, sind der allgemeine Stempel aller seiner historischen Schriften, in welchen man die abgeschmackteste Schreibart allerdings noch für die geringste Unzierde ansehen muß. Kenner der Geschichte schämen sich so gar, einen so armseligen Gewährsmann anzuführen. Wie erbarmungswürdig würde es also seyn, einem solchen Schmierer, in Entscheidung von Streitigkeiten über

land und Leute, von welchen Glück und Unglück eines verehrungswürdigen Hauses nothwendig abhängen muß, zu folgen? Eine Sache, welche unser Jahrhundert, in dem der Rechtsgelehrte nur, mit dem Auge der Geschichtskunde bewaffnet, in das Heiligthum der Rechtswissenschaft eindringen darf, kaum als möglich sich denken läßt! Man vergleiche übrigens Johann Georg Leuckfelds *historiam Spangenbergensem*, oder historische Nachricht von dem Leben, Lehren und Schriften Cyriaci Spangenbergs. Quedlinb. und Aschersleben 1702. 4.

Für den ersten gewissen Stammvater der Grafen von Schaumburg pflegt man Adolph den I zu halten, welchem Kaiser Conrad II die Grafschaft Schaumburg ertheilt haben soll. Graf Adolphs II älterer Sohn, Adolph III erhielt im Jahr 1106 vom Kaiser Lotharius II, als damaligem Herzoge von Sachsen, (Lucä im Europäischen Helicon S. 507. u. f. Marburgische Beyträge P. 3. p. 228. sqq.) die Grafschaft Holstein. Von dieser Zeit an blieben beide Grafschaften, bis ans Ende des dreyzehnten Jahrhunderts, mit einander verbunden. Endlich theilten sich des Grafen Gerhards I Söhne, nach der Gewohnheit des mittleren Alters, in der Maaße, daß Gerhard II Schaumburg und Pinnenberg, Henrich hingegen Holstein bekam, von welcher Zeit an beide Länder niemahls wieder mit einander verbunden sind. Graf Ernst, welcher sich auch durch die Stiftung der Universität zu Rinteln (Mosers Staatsrecht T. IV. p. 145. sqq.) sehr bekannt gemacht hat, erhielt vom Kaiser Ferdinand II den Titel eines Fürsten von Holstein, konnte aber seine wahren oder vorgegebenen Rechte auf Holstein gegen Dännemark nicht durchsetzen, welches, mit dem Herzoglichen Holsteinischen Hause, diesem Titel der Grafen von Schaumburg jederzeit standhaft widersprochen hat. Graf Georg Hermann erzeugte mit Graf Simons von der Lippe Tochter, der Gräfin Elisabeth, einen Sohn Otto, welcher zwar im Jahr 1634 seinem Herrn Vater in der Regierung nachfolgte, aber im Jahr 1640 den 15 November unbeerbt verstarb, und den Mannsstamm dieses uralten Gräflichen Hauses beschloß.

§. 2.

Streitigkeiten wegen ihrer Beerbung. 1) Wegen der Grafschaft Schaumburg.

Die Länder dieses erloschenen uralten Gräflichen Hauses waren, wie es meistentheils der Fall mit andern, selbst mächtigen, Reichsständen ist, von mehreren Reichsständen, als Lehen, abhängig, welche daher solche als heimgefallene Güter, nach Abgang des Mannsstammes, in Anspruch nahmen. So viel insonderheit die Grafschaft Schaumburg anbetrift: so behaupteten die Bischöfe von Minden, die Herzoge von Braunschweig-Lüneburg, und das Haus Hessen darin, als Lehnsherren, die Erbfolge. (s. acta sowohl extraiudicialia als iudicialia — in Sachen die Mindische Lehn betreffend. Rinteln 1645. fol.) Die Ansprüche der Bischöfe von Minden sind im Westphälischen Frieden (I. P. O. a. 15. §. 3. von Meyern acta pacis Westphal. T. V. p. 636. sq.) völlig niedergeschlagen, und auf den Herrn Landgrafen Wilhelm VI, und dessen Fürstliche Nachkommenschaft übertragen worden. Die Forderungen des Hauses Braunschweig-Lüneburg wurden durch den Vergleich der heldenmüthigen Frau Landgräfin Amalia, als Obervormünderin und Regentin von Niederhessen, mit dem Herzog Georg und dem Grafen Philipp von der Lippe zu Lauenau den 1 October 1647 abgethan, und dem Hause Braunschweig-Lüneburg die Aemter Lauenau, Bokeloh und Lachem abgetreten, (Dollens Samml. zur Historie der Grafschaft Schaumburg p. 40. sqq. Lünigs corp. iur. feud. Germ. T. II. p. 1770.) welche demnächst den 26 September 1701 dem

Für-

Fürstenthum Kalenberg, unter dem Namen des vierten oder Lauenauischen Quartieres, einverleibet worden. (C. L. Scheidts Anmerk. und Zusätze zu Mosers Braunschw. Lüneb. Staatsrecht p. 397.) Endlich wurde auch durch den merkwürdigen Vergleich vom 11ten August 1647 zwischen der höchstgedachten Frau Landgräfin Amalia und dem Grafen Philip von der Lippe die Anforderung des Fürstlichen Hauses Hessencassel auf einen großen Antheil der Grafschaft gründlich erörtert, und dem Hause Hessencassel die Aemter Schaumburg, Rotenburg, nebst dem beträchtlichsten Theil des Amtes Sachsenhagen überlassen, dahingegen dem Grafen Philip von der Lippe die Aemter Stadthagen, Bückeburg, Arensburg, Hagenburg nebst einem Theil des Amtes Sachsenhagen, als Fürstlich Hessisches Lehen, übertragen worden sind. (Teuthorns Geschichte der Hessen. T. X. p. 360. sqq.)

§. 3.

2) Wegen der Grafschaft Sternberg. Kurze Nachricht von dieser vorgegebenen Grafschaft.

Den hauptsächlichsten Gegenstand unserer Ausführung aber macht die Streitigkeit wegen der sogenannten Grafschaft Sternberg aus. Man will gegenwärtig die Frage: ob Sternberg überhaupt, oder wenigstens einige Aemter davon, von dem Hochstift Paderborn zu Lehen gegangen? unerörtert lassen, da diese Untersuchung zum zweyten Theil dieser Abhandlung gehöret, und daher hier nur einige allgemeine Anmerkungen von dem Lande und dessen ehemaligen Beherrschern, anbringen. Die Grenzen und den Umfang des Landes zu bestimmen, ist beynahe unmöglich, da alle dazu nöthige Urkunden fehlen, und das, was in den vorgegebenen Lehnbriefen davon vorkommt, theils unbestimmt, theils, von Seiten des Gräflich Lippischen Hauses, widersprochen ist. Es ist aber leicht zu erachten, daß, da es gegenwärtig auf die Frage ankommt: ob und was für Stücke, von den Besitzungen der ehemaligen Grafen zu Sternberg, von dem Hochstifte Paderborn zu Lehen gegangen sind? Paderbornischer Seits, nothwendig die Bestandtheile dieser ehemaligen angeblichen Lehngrafschaft auf das genaueste angezeiget und erwiesen werden müssen. Uebrigens läßt sich aus dem bloßen Namen der Grafschaft keine Vermuthung herleiten, daß alles, was die ehemaligen Grafen zu Sternberg besessen, eine würkliche Grafschaft gewesen sey. Wenigstens wird sie in dem angeblichen Paderbornischen Lehnbriefe von 1519 (in Lünigs Reichsarchiv T. XXII. p. 474.) und in dem Recesse zwischen Graf Anton und Johann von Schaumburg mit dem Grafen Simon von der Lippe vom Jahr 1585 (Lünig l. c. T. XI. p. 554.) selbst nur de Herschap Sterenberg genannt. Hiergegen thut auch nichts, daß ihre Besitzer sich Grafen genannt haben. Denn, sie mögen nun, nach Grupens (in originibus Pyrmontanis & Schwalenbergicis p. 134.) Muthmaßung, Blutsverwandte der Grafen von Schwalenberg gewesen seyn, oder von einer andern Gräflichen Familie abstammen: so ist so viel gewiß, daß sie Gräflichen Ursprungs gewesen, und daher von jedermann als würkliche Grafen anerkannt worden. Ob sie aber eine würkliche Grafschaft besessen haben, ist noch sehr zweifelhaft; da es eine aus der Geschichte des elften, zwölften, dreyzehnten und vierzehnten Jahrhunderts sehr bekannte Sache ist, daß Personen von hohem Adel, deren Vorfahren Fürstenthümer oder Grafschaften besessen hatten, wenn selbige gleich in andere Hände kamen, dennoch zum Andenken ihres Ursprungs, den persönlichen Fürstlichen oder Gräflichen Titel fortführten, und solchen endlich mit ihren Erbgütern verbanden,

wenn solche gleich keine lehnbare Fürstenthümer oder Grafschaften waren. Dieses beweisen die Beyspiele der Häuser Braunschweig-Lüneburg, Hessen, Würtemberg-Teck, Baden, Anhalt (Ad. F. *Glafey* de dignitate personali cum territoriis communicabili. Lipſ. 1717. **Schöpflins** historia Zaringo-Badensis T. I. p. 268. sqq. I. C. W. de *Steck* obseruat subseciuae. c. 45. p. 103. **M. C. Curtius** historische und politische Abhandlung p. 30. sq.) u. s. f. und wahrscheinlich ist ein gleiches auch in der Gräflich Sternbergischen Familie geschehen; daher man, aus der Existenz der Grafen zu Sternberg, niemahls auf das Daseyn einer Grafschaft dieses Namens mit Sicherheit schließen kann. Die rechtlichen Folgen dieser Bemerkung wird man dem Leser im zweyten Theile dieser Ausführung vorlegen.

§. 4.

Sternberg kommt an die Grafen von Holstein-Schaumburg.

Nach der im mittleren Alter unter den Reichsständen fast allgemeinen Gewohnheit (*Leyser* spec. 44. cor. 4.) haben sich die Grafen zu Sternberg der Freyheit bedient, über ihre Erbgüter und Herrschaften eine Erbverbrüderung zu schließen. Diese wurde im Jahr 1370, an St. Peters Tage, in der Erndte ad vincula, zwischen dem Grafen Simon zum Sternberg, damaligem Paderbornischen Domdechant, und dem Grafen zu Holstein-Schaumburg, dahin geschlossen, daß, auf das unbeerbte Absterben der Gräflichen Sternbergischen Familie, das ganze Land bey der Grafschaft Schaumburg

erblich seyn und bleiben sollte;

welche Verträge (s. unten §. 92.) im Jahr 1377 wiederholet wurden. Nun wurde, wenige Jahre darauf, das ganze Land, im Jahr 1391, von dem Grafen Johann zum Sternberge an den Grafen Otto und Adolph zu Holstein-Schaumburg, mit aller Gerechtigkeit, Lehenwaarschaft, Herrlichkeiten, Zubehörungen und Anwartungen

erb- und ewiglich

übergelassen, abgetreten, und in der Acquirenten ewigwährenden nießbaren Besitz übergeben. Zwar behielt sich der Graf Johann zu Sternberg, im Fall Graf Otto zu Schaumburg, und dessen Kinder, ohne Erben versterben würden, den Rückfall des Landes bevor. Allein dieser Fall hat sich nicht zugetragen. Vielmehr erlosch bald nachher der ganze Gräfliche Sternbergische Stamm, und wurde das ganze Land, selbst nach dem Zeugniß des dem Gräflich Lippischen Hause feindseligen **Spangenbergs** (lib. 5. c. 18. p. 228.), an die Grafen von Holstein-Schaumburg

mit aller Zubehör, **als ein erkauftes Gut**, Kraft obgedachter Brief und Siegel, **ganz und erblich**

übertragen. In allen diesen Urkunden wird die Grafschaft als ein würkliches freyes Erbgut behandelt, und, in solcher Eigenschaft, darüber disponiret, und findet sich nicht die geringste Spur der Lehnbarkeit des Landes überhaupt, oder nur einiger beträchtlicher Stücke desselben; wie dann auch die Natur der Sache ergiebet, daß Graf Simon zum Sternberge nicht in der Eigenschaft eines Domdechants zu Paderborn, sondern allein als Sternbergischer Agnat, contrahiret habe, in Betracht widrigenfalls die Einwilligung des Domkapituls und des Bischofs zu Paderborn bey einem so wichtigen Geschäfte würde erfordert worden seyn. Vielmehr zeiget der Erfolg, daß die Grafen von Holstein-Schaumburg das ganze Land, ohne jemands Einwilligung oder Widerspruch,

als

als ein unbezweifeltes erkauftes Erbgut betrachtet, und auf ihre Familie gebracht haben.

§. 5.

Die Grafen von Schaumburg sollen das Land von Paderborn zu Lehen empfangen haben.

So lange die Familie der Grafen zu Sternberg geblühet, findet sich nicht die geringste glaubwürdige Spur, daß das ganze Land, oder nur ein Theil desselben, von den Herren Bischöfen zu Paderborn zu Lehen gegangen sey, wie unten §. 37 u. f. ausgeführet worden. Selbst in den Verträgen zwischen Sternberg und Holstein-Schaumburg (§. 4) findet sich keine Spur davon. Gleichwol behauptet **Spangenberg** (l. c. p. 228.), daß

> in Kraft solcher obgemeldeten Verschreibungen der Grafen von Sternberg

die Grafen von Schaumburg sich mit der Grafschaft von den Bischöfen von Paderborn, als ihren Lehnherren, belehnen lassen, auch solche Belehnung von der Zeit an von einem Bischofe zum andern wiederholet worden. Er setzt sogar hinzu, daß er seine Nachrichten aus den rechten alten Originalverschreibungen, so an Schrift, Pergamen und Siegeln, noch vollständig, und ihm aus Gräflich Schaumburgischem Archive zu solchem Behufe mitgetheilet, die er auch, nach fleißiger Verlesung, wiederum restituiret, hergenommen habe. Wie wenig aber solcher Versicherung zu trauen sey, und auf welchen schwachen Füßen die ganze Paderbornische Lehnbarkeit beruhe, wird im zweyten Theile ausgeführet werden. (§. 38-58.) Hier ist es genug, zu bemerken, daß, von Seiten des Hochgräflich Lippischen Hauses, die ganze Sache in Zweifel gezogen wird, und man das ganze Land, von den ältesten Zeiten an, für ein unleugbares Erbgut ansiehet; so sehr auch das Hochstift Paderborn, und selbst angesehene Gelehrte (z. E. **Grupen** l. c.), sich haben verleiten lassen, die Spangenbergischen Erzählungen für wahr und glaubwürdig anzunehmen.

§. 6.

Sternberg, Stadt und Schloß Beringtorf und Solt Ufflen kommen an das Gräfliche Haus Lippe. Paderbornische Geschichtserzählung.

Daß die sogenannte Grafschaft Sternberg, mit der Stadt und Schloß Beringtorf, wie auch Solt Ufflen, noch beym Leben der Grafen von Holstein-Schaumburg in die Hände der Herren Grafen von der Lippe gekommen sey, ist unzweifelhaft. Wie aber? und aus welchem Rechtsgrunde? darüber sind beide streitende Theile sehr uneinig. Paderbornischer Seits wird nemlich behauptet, daß die Herren Grafen von der Lippe solche Pfandweise von den Inhabern erhalten. In solcher Absicht werden aus Spangenbergs Chronik (p. 228. sqq.) folgende Thatsachen angeführet:

1) Im Jahr 1400 in craftino beati Andreae Apostoli, habe Graf Otto und sein Sohn dem Grafen Simon, edlen Herrn zur Lippe, Schloß und Amt zu Barntorf, wie das Ludewig Westphal inne gehabt, für 1000 Goldgulden Pfandweise dermaßen übergeben, daß dem Pfandschuldner jährlich in den zwölf Nachten zu Weihnachten die Loose zu thun frey stehen, und darauf die Wiederabtretung unweigerlich erfolgen solle;

2) An eben demselben Tage sey **Soltufflen**, mit allen Zubehörungen,

für 2000 Rheinische Goldgulden versetzet und verpfändet, und dabey dem Pfandschuldner ein gleiches Loosungsrecht vorbehalten worden;

3) Im Jahr 1405, Sonnabends nach Himmelfahrt Christi, habe Graf Adolf XIII zu Holstein-Schaumburg an Graf Hermann zu Eberstein und Herrn zur Lippe, wie auch Graf Berndten zur Lippe, **die Grafschaft Sternberg**, als das die von Zersen, mit dem **Bösingfelde**, von den Grafen zu Schaumburg, und **Alverdissen**, als das Friedrich von Wendt gleichergestalt von den Grafen von Schaumburg eingehabt, mit allen Rechten und Zubehörungen, für 600 löthige Mark Silbers, Hämelscher Witte und Wichte, und 2800 Gülden, und 40 Gülden Rheinisches Goldes, gut von Golde, und schwer genug von Gewichte verpfändet; wobey verabredet worden, daß

a) die Ablösung innerhalb zehen Jahren nicht geschehen, jedoch

b) nach Ablauf solcher zehen Jahre, dem Pfandschuldner die Ablösung alle Jahr zwischen Walburgis und Pfingsttage frey stehen sollte;

Zugleich sollen die Herren Pfandgläubiger sogar einen leiblichen Eid abgeschworen haben, gegen Zurückerhaltung des Pfandschillings, das ganze Land an die Schuldner oder deren Erben wieder abzutreten.

4) Behauptet man, daß Graf Simon zur Lippe mit Graf Anton I und Graf Johann IX zu Holstein-Schaumburg sich im Jahr 1518 dahin verglichen, daß bey Graf Simons Leben, die Grafschaft **Sternberg, so Dero von der Lippe Pfand, und Dero von Schaumburg Erbe**, nicht abgelöset werden sollte; hierauf sey

5) im Jahr 1564 den 27ten December von Graf Otto VI zu Schaumburg, die Loose **auf Schloß und Stadt Barntorf** geschehen, und als man, Gräflich Lippischer Seits, solche nicht anerkennen wollen, der Pfandschilling beym Rath zu Minden niedergeleget worden. Gleichergestalt sey

6) im Jahr 1575 die Loose auf **Solt-Ufflen**, und dessen Zubehörung, geschehen, und der Pfandschilling ebenfalls zu Minden deponiret worden; wie dann auch

7) eben dies den 1ten May 1576 in Ansehung des **Hauses und Amtes Sternberg** geschehen, aber ebenfalls vom Hause Lippe die geschehene Loskündigung nicht habe angenommen werden wollen, obgleich der Pfandschilling von 4000 Rthl. und 2840 Rheinischen Goldgulden beym Domkapitul zu Minden deponiret worden. Hierauf sey

8) Gräflich Schaumburgischer Seits ein Prozeß beym Kaiserlichen Reichscammergericht auf die Reluition erhoben, der endliche Spruch aber durch die im Jahr 1585 beschlossene Vermählung des Grafen Simons von der Lippe und Fräulein Elisabeth zu Holstein-Schaumburg verhindert worden, angesehen man in denen, bey solcher Gelegenheit verabredeten Heirathsverträgen, die Bedingung eingerückt habe, daß, so lange Graf Simon und dessen mit der Gräfin Elisabeth zu erzielende Söhne, und endlich eines Sohnes Sohn, am Leben seyn würden, die Grafschaft Sternberg, Barrentrup und Salzufeln, nicht abgelöset werden, sondern bey dem Gräflich Lippischen Hause verbleiben sollten; wohingegen auf den Todesfall des Enkels nur gedachten Herrn Grafens Simon dem Gräflich Schaumburgischen Hause die Reluition ausdrücklich vorbehalten worden; unter welchem Pfandschaftstitel die Grafschaft bis zum gänzlichen Abgang des Schaumburgischen Hauses in den Händen der Herren Grafen von der Lippe geblieben sey.

§. 7.

Gräflich Lippische Geschichtserzählung.

Gräflich Lippischer Seits aber hat man diesen, von Seiten des Hochstifts Paderborn, in facto angegebenen Umständen gänzlich und standhaft widersprochen.

Man behauptet nemlich, daß

1) Sternberg nebst der Stadt und Schloß zu Beringtorf, wie auch Uffeln, ehe diese Stücke an das Haus Holstein-Schaumburg gekommen, gar kein Paderbornisches Lehen gewesen wären; sodann

2) wird die Auftragung derselben an das Hochstift Paderborn theils in facto gänzlich geleugnet, theils aber behauptet, daß solche allenfalls in Ansehung des Gräflich Lippischen Hauses, als eine res inter alias acta anzusehen, und den Rechten desselben nichts präjudiciren könne. Hiernächst

3) behauptet man, daß das ganze Land, als ein freyes Erbgut, durch Erbkauf, Erbverbrüderung, und andere Verträge, an das Haus Lippe gekommen, und in solcher Eigenschaft von demselben jederzeit besessen worden; welche Rechtsgründe in dem zweyten Theile dieser Abhandlung dem Publico in ihrem völligen Zusammenhange vorgetragen werden sollen.

§. 8.

Paderbornische Besitzergreifung nach dem Absterben der Grafen von Holstein-Schaumburg.

Als nun den 15ten November 1640, obgedachter maßen (§ 1.), mit dem Grafen Otto der Schaumburgische Stamm erloschen war: so ließ der Churfürst von Cölln, als Bischof von Paderborn, so fort von den Schlössern Barendorf und Sternberg, von Salzuffeln, dem Hofe Muddenhorst, nebst andern in der Grafschaft Lippe und Ravensberg gelegenen Gütern, mit gewaffneter Hand Besitz ergreifen, und suchte sogleich den 4ten December 1640 beym Reichshofrath um ein Manutenenzdecret nach.

§. 9.

Der Gräfin Katharina zur Lippe Betragen dabey.

Inzwischen ließ auch die Frau Gräfin Katharina zur Lippe, als Vormünderin und Landesregentin, Namens ihrer unmündigen Söhne, ebenmäßig Besitz von diesen Sternbergischen Gütern und Herrschaften ergreifen, ohnerachtet der Lippische Notarius auf dem Wege von Sternberg nach Bösingfeld von einem Commando Paderbornischer Soldaten überfallen und sehr gemißhandelt wurde, und suchte ebenfalls beym Reichshofrath um ein Manutenenzdecret nach.

Zu gleicher Zeit aber kam Sie mit einer Vorstellung beym Churfürsten von Cölln, als Bischofen von Paderborn, ein, worin sie vorstellte, daß

a) die Verpfändung einiger zur Grafschaft Sternberg gehörigen, von Paderborn zu Lehen gehender Güter, mit Einwilligung der Bischöfe von Paderborn und des Domkapitels, geschehen, auch

b) zwischen ihrem und dem erloschenen Schaumburgischen Hause, mit lehnsherrlicher Einwilligung, eine Erbverbrüderung wegen der Grafschaft Sternberg eingegangen sey,

und daher beym Churfürsten um die Belehnung nachsuchte, auch den Kaiser,

weil sie von Churcölln keine Antwort erhielt, um ein allerhöchstes Vorschreiben ersuchte.

§. 10.

Manutenenzdecret für Paderborn vom 7ten October 1641.

Dieses, von Seiten nur gedachter Frau Gräfin gethane Geständniß, war zwar, wie aus der Folge erhellen wird, auf irrige Grundsätze gebauet, und die Frau Supplicantin zu der Zeit in solchen mißlichen Umständen, daß Selbige zu ihrem Archive keine Zuflucht nehmen, und sich von der wahren Lage der Sache nicht genugsam unterrichten konnte. Inzwischen hatte dieser Umstand den für das Gräfliche Haus Lippe nachtheiligen Erfolg, daß den 7ten October 1641 wirklich ein Manutenenzdecret für Paderborn erfolgte.

§. 11.

Graf Otto zur Lippe setzt sich demselben entgegen.

Gegen dieses Manutenenzdecret kam (December 10. 1641) der Herr Graf Otto zur Lippe mit einer Vorstellung ein, worin um Aufhebung dieses erschlichenen Decretes nachgesuchet wurde. In dieser Vorstellung behauptet der Herr Supplicant, daß die Grafschaft Sternberg jederzeit allodial gewesen, und bereits im Jahr 1377 erblich an die Grafen zu Holstein-Schaumburg verkauft worden. Nun gestehet er zwar ein, daß einige in den Grafschaften Sternberg, Lippe und Ravensberg gelegene Stücke, namentlich das Schloß Beringdorf, das Dorf Uffeln, die Vogtey Müddenhorst, und die Zehenten und Güter, so in der Grafschaft Ravensberg und Lippe, auf der Bege gelegen, von Paderborn zu Lehen gegangen; jedoch sey eines Theils zum Theil nicht einmal bekannt, wo diese Stücke anzutreffen, andern Theils aber wären solche schon seit 250 Jahren unablöslich an die Grafen zur Lippe verpfändet, und überdies ein Erbvertrag zwischen Schaumburg und Lippe geschlossen, vermöge dessen, bey Erlöschung des Mannsstammes, ein Haus dem andern succediren sollte, daher Ihm, als ältestem Grafen zur Lippe, die sämtlichen Güter heimgefallen wären. Zugleich wird in dieser Vorstellung ausgeführet, daß das Gräflich Lippische Haus seit unfürdenklicher Zeit das Wapen von Sternberg geführet, die Huldigung darin eingenommen, alle Landesherrliche Gerechtsame ausgeübet, und daher, mit Vorwissen der Bischöfe und des Domkapituls zu Paderborn, das Land als ihr Eigenthum besessen hätten, und dies präscribiret worden. Er bittet daher, nicht nur das für Paderborn ertheilte Manutenenzdecret wieder aufzuheben, sondern auch die Frau Gräfin Katharina dazu anzuhalten, daß Selbige dem Herrn Supplicanten alle im Lippischen Archive befindliche dahin einschlagende Urkunden ausliefern müsse.

§. 12.

Der verwittibten Frau Gräfin Elisabeth zu Schaumburg exceptiones sub- & obreptionis.

Zu gleicher Zeit (16ten December 1641) trat auch die Gräfliche Frau Wittwe des lezten Herrn Grafen zu Schaumburg auf den Schauplatz. In ihrer Exceptions- und Interventionsschrift gestand sie ein, daß, besage des Lehnbriefes vom 13ten August 1638, gewisse in der Grafschaft Sternberg gelegene Stücke, nemlich

das

das Schloß zu Barndorf mit seiner Zubehörung, das Dorf zu Uffeln und die Vogtey Muddenhorst, von Paderborn zu Lehen gegangen, hingegen die Grafschaft Sternberg, namentlich Schloß und Amt Sternberg, Bösingfeld, Alverdissen, die Stadt und Amt Barndorf, wie auch Salzuffeln, von den Grafen zu Schaumburg, vor vielen hundert Jahren erblich acquiriret, und bis dahin als Erbe besessen worden. Weilen sie nun, nach Absterben ihres Sohnes, Grafens Otto zu Schaumburg, die alleinige Erbin der Allodialverlassenschaft Ihres Gemahls geworden: so ersuchte Sie, bey dem ergriffenen Besitze ebenfalls manuteniret zu werden.

§. 13.

Exceptiones sub- & obreptionis der Frau Gräfin Katharina zur Lippe.

In dieser von der Hochgräflichen Frau Wittwe den 10ten December 1641 übergebenen Schrift wird zwar die Lehnbarkeit des Schlosses Barentrupp, so wie des Dorfes Uffeln, eingestanden; da hingegen die Angabe, daß die ganze Grafschaft Sternberg Paderbornisches Lehen sey, gänzlich abgeleugnet, und daß solche durch Verträge und Erbgangsrecht an das Gräfliche Haus Lippe gekommen sey, behauptet. Zugleich, heißt es, das Dorf Uffeln, welches ohngefähr aus vier Bauerhöfen bestanden habe, existire nicht mehr, und sey mit der Stadt Salzuffeln, welche im Jahr 1488 von dem Grafen Bernhard zur Lippe Stadtrecht erhalten, nicht einerley. Endlich wären auch die Güter, welche das Gräfliche Haus Schaumburg von Paderborn zu Lehen getragen, ursprünglich Erblehen, und in solcher Gestalt, besonders wegen des im Jahr 1511 mit Einwilligung des Bischofs Erich von Paderborn geschlossenen Erbverbrüderung zwischen Schaumburg und Lippe, an das lezte Hochgräfliche Haus vererbfället worden.

§. 14.

Paderbornische Replik, Jul. 30. 1653.

In dieser Replik wird, Paderbornischer Seits, wiederum der Satz angenommen, daß die ganze Grafschaft Sternberg Paderbornisches Lehen sey, und dies aus der Clausul:

mit ihren Zubehörungen,

sowol als aus den Worten:

mit allen anderen Gütern, so er und seine Vorfahren von unserm Stift haben und tragen sollen,

welche in dem Lehnbriefe vom Jahr 1638 enthalten sind, besonders deduciret; und dabey der Grundsatz angenommen, daß das Gräflich Lippische Haus die Grafschaft nur als ein Pfand besitze, hierbey aber eines Theils der Pfandschilling selbst nicht einmal in völliger Gewißheit beruhe, andern Theils aber, nach Absterben des Pfandschuldners, das ganze Recht des Pfandgläubigers erloschen sey.

§. 15.

Gräflich Lippische Duplik vom 11ten May 1654.

Inzwischen war der anfänglich als Beklagter unter der Vormundschaft seiner Mutter, der Frau Gräfin Katharina, aufgetretene Herr Graf Simon Philipp von der Lippe im Jahr 1650 unbeerbt verstorben, und Selbigem

Seines Herrn Vaters Bruder, Herr Graf Johann Bernhard, in der Regierung nachgefolget, auf dessen im Jahr 1652 erfolgtes Ableben, dessen Bruder, Herr Graf Hermann Adolf, zwar die Regierung der Grafschaft antrat, jedoch unter der ausdrücklichen Verwahrung, daß Er weder seines 1650 verstorbenen Bruders Sohns, noch seines Bruders Erbe geworden, noch als ein solcher in der Regierung gefolget, sondern dies vielmehr aus Vertrag und Vorsehung der Vorfahren geschehen sey.

Nur hochgedachter Herr Graf Hermann Adolf behauptet daher in dieser Duplikschrift, daß dieser Prozeß, nach dem Absterben seines Herrn Neffen und Bruders gänzlich erloschen sey, daher Dasselbe, als Successor lingularis, zu dessen Reassumirung nicht gehalten sey, und dieserhalb eine Protestation de sese non intromittendo angehänget hat.

Unter solcher Verwahrung wird in der Duplikschrift behauptet, daß

1) das Gräfliche Haus von der Lippe die Grafschaft, als ein unablösliches Pfand, folglich nicht als invasor, besitze, und solche bereits seit 250 Jahren in ruhigem ununterbrochenen Besitze gehabt habe;

2) die Lehnbarkeit der Grafschaft unter dem Grafen zu Sternberg sey überhaupt nicht erwiesen, noch zu vermuthen. Die Grafen von Schaumburg aber hätten sie als wirkliches Erbgut besessen, und sie in solcher Eigenschaft, so lange Nachkommen vom Grafen Simon zur Lippe vorhanden, unablöslich an dieses Hochgräfliche Haus verpfändet.

§. 16.

Paderbornische Triplik den 11ten Jenner 1657.

In dieser Schrift wird die Frage:

Ob die ganze Grafschaft Sternberg Paderbornisches Lehen sey?

auf das künftige Petitorium ausgesetzet, und die Paderbornische Ansprüche bloß auf Schloß und Amt Barrentrup, Uffeln nebst Zubehör, die Vogtey Muddenhorst, und die Zehnten in der Grafschaft Lippe und Ravensberg eingeschränket.

Uebrigens werden in der Hauptsache die vorigen Gründe wiederholet, und vieles, ins Petitorium gehörige, eingemischt, welches im zweyten Theile seine Erledigung finden wird.

§. 17.

Gräflich Lippische Quadruplik vom 31ten May 1659.

Diese weitläuftige Quadruplikschrift enthält, außer einigen allgemeinen Ausführungen von der Vermuthung der Allodialität, die Widerlegung der, von Seiten des Hochstifts Paderborn, deducirten Gründe für die Lehnbarkeit der Grafschaft Sternberg überhaupt, und der einzelnen angeführten Stücke insonderheit. Man will aber, um unnöthige Wiederholungen zu vermeiden, da alle diese Rechtsgründe den Hauptgegenstand des Petitorii ausmachen, solche insgesamt auf den zweyten Theil dieser Ausführung versparen.

§. 18.

Schluß des Schriftwechsels, und Haupturthel in possessorio.

Auf die Lippische Quadruplik erfolgte noch

1) 1678 den 4ten April die Paderbornische Recapitulatio cum repetita protestatione.

2) 1679 den 23ten Jenner Lippische abgenöthigte gleichmäßige Recapitulatio iuncta protestatione, reseruatione, & contrariorum elusione.

3) 1679 den 17ten November: Paderbornischen Anwalds Ablehnung der Lippischen Recapitulation.

4) Gräflich Lippische Submissionsschrift vom 16ten December 1680.

Nach geschehener Inrotulation der Acten (Jenner 8. 1681) erfolgte endlich den 7ten Jul. 1684 folgendes Haupturthel in possessorio:

> In Sachen Herrn Herrn Werners Bischofs zu Paderborn, Klägers an einem, entgegen und wider Simon Henrich, Grafen und Edlen Herrn zur Lippe, Beklagten am andern, sodann Graf Ferdinand Gottfried von Wehlen, Intervenienten am dritten Theil, mandati manutenentiae & de non turbando, die Schlösser und Herrschaft Sternberg und Alverdissen, im Stift Paderborn gelegen, auch andere in actis benannte Lehen, und deren Zubehörungen betreffend, ist, allem Fürbringen nach, zu Recht erkannt: daß das ausgelassene, verkündete und reproducirte Mandatum wieder zu cassiren und aufzuheben; hingegen der Beklagte bey ruhiger Possession gelassen wird. V. R. W. Wollten jedoch beyde Theile, wie auch der Intervenient, einander Spruch und Forderung in petitorio nicht erlassen: so steht ihnen dasselbe bey dem löblichen Kaiserlichen Reichshofrath ferner auszuführen bevor; die Gerichtskosten, aus bewegenden Ursachen, gegen einander compensirend.

§. 19.

Lippische Revision gegen dis Urthel.

Ob nun wohl dieses Urthel, für das Gräflich Lippische Haus, in der Hauptsache völlig obsieglich ausgefallen war, und in sofern von demselben förmlich acceptiret wurde: so hielt es sich doch durch dasselbe, so weit die Sache in die Entscheidung des gegenwärtigen Rechtsstreits Einfluß hat, darin graviret, daß

1) die Schlösser Sternberg und Alverdissen, als
im Stift Paderborn gelegen,
in selbigem angenommen worden, gleichwohlen solche vielmehr als ein Theil des Lippischen Gebietes anzusehen seyn, sodann

2) daß man die Herrschaft Sternberg und Alverdissen, auch andere in den Acten benannte Stücke als Lehen angenommen, auch

3) die Sache in petitorio an den Reichshofrath, und nicht an die Austrägen verwiesen, und endlich

4) die Kosten kompensiret worden.

Diese Revision wurde nun zwar den 30ten Merz 1685, gegen Erlegung

von 1000 Rthl. Sporteln, würklich angenommen, auch der Libell an Paderborn communiciret;

Paderbornischer Seits wurde aber dagegen eingewendet, daß

1) Sternberg u. s. f. eine besondere Grafschaft oder Herrschaft sey, welche ihre eigene Herren gehabt, und man, in so fern solches von der Kirche zu Paderborn zu Lehen gehe, gar wohl sagen könne, daß selbiges im Stift Paderborn gelegen sey;

2) der Umstand, daß das Urthel solche Stücke für Paderbornisches Lehen ausgegeben, präjudicire dem Gräflichen Hause nichts, indem eben dies der rechtliche Gegenstand des vorbehaltenen Petitorii sey;

3) das Haus Lippe habe sich einmal beym Reichshofrath in der Hauptsache eingelassen, und müsse das Petitorium an eben dem Gerichte angestellet werden, bey welchem das Possessorium verhandelt worden;

4) habe Paderborn so viel für sich, daß es unmöglich habe in die Kosten verurtheilet werden können.

Hierauf erfolgte den 10ten November 1689 ein confirmatorischer Bescheid, worin das vorige Urthel lediglich bestätiget, und solchergestalt das Possessorium völlig erlediget, und darauf das Petitorium von Paderborn angestellet wurde.

Zweyter Abschnitt.

Geschichte des Petitorii.

§. 20.

Paderbornischer Libell in petitorio vom 7ten Julius 1690.

Wenige Monate, nach dem §. 19. angeführten confirmatorischen Urthel des höchstpreislichen Kaiserlichen Reichshofraths, trat Paderborn das ihm vorbehaltene Petitorium würklich an, und übergab zu solchem Ende seinen Libell, welcher unter folgender Aufschrift:

> An die R. Kaiserliche, auch zu Hungarn und Böheim Königliche Majestät allerunterthänigste ex retroactis recapitulirte, und in petitorio reseruato rechtliche Deduction sub N. 1. 2. 3. 4. und allergehorsamste Bitte, wie darinnen, in Sachen Paderborn contra Lippe, die Herrschaft Sternberg betreffend,

auf 21 Folioseiten, durch den Druck öffentlich bekannt gemacht, auch dem Gräflich Lippischen Anwalde, um darauf binnen zween Monaten hauptsächlich zu antworten, communiciret worden.

§. 21.

Gräflich Lippische exceptiones fori declinatoriae.

Inzwischen behauptete das Gräfliche Haus Lippe, daß, vermöge der in den Reichsgesetzen

Kammergerichtsordn. P. 2. t. 2.
I. P. O. art. 5. §. 56.
R. I. N §. 105.
Rec. visit. d. 1713. §. 9.

Kaiserliche Wahlcap. a. 18. §. 3. 4. 5.
S. Jo. Wilh. Comes *de Wurmbrand* de foro S.R.I. Principum. Trai. 1692. 4. c. 2. classf. 3. p. 43. sqq. und
Mosers Anmerk. zu Kaiser Carls VII. Wahlcap. T. III. p. 260. sq.

zugestandenen allgemeinen privilegirten Austrägalinstanz, die Sache noch zur Zeit nicht vor den höchstpreislichen Reichshofrath gehöre, sondern zuvorderst zu den Austrägen verwiesen werden müsse. Es wurden daher zu solchem Behufe nicht nur den 23ten Februar 1691 Exceptiones fori declinatoriae cum prouocatione ad austregas übergeben, sondern auch Vorschreiben, unterm 14ten und 27ten April 1691, vom Bischofe zu Osnabrück und vom Hause Braunschweig-Lüneburg, dieserhalb eingereichet. Wider alles Vermuthen aber erfolgte den 6ten August 1691 folgendes abschlägliches Conclusum:

1) Ponantur die eingekommene intercessionales ad acta.
2) Detur dem Grafen von der Lippe, seines nichtigen, und in reuisorio, abermalen verworfenen Einwendens ohngehindert, alius adhuc terminus, in petitorio hauptsächlich zu handeln.
3) Wird dem Persio verwiesen, daß er eben dasjenige, was per sententiam vom 7ten Julius 1689, und hernach per sententiam in reuisorio latam, cognita caussa, wie Rechtens, verworfen worden, denuo auf die Bahn, und Sachen, contra notorietatem actorum, einzubringen sich unterstanden.

§. 22.

Gräflich Lippische hauptsächliche Exceptionsschrift.

In Gemäßheit dieses in die Rechtskraft getretenen Bescheides, wurde also, nach verworfenem Gesuche auf die Austrägen, die Lippische Exceptionsschrift den 31ten May 1692 übergeben, und unter folgender Rubrik:

> An die Römisch Kaiserliche, auch zu Hungarn und Böheim Königliche Majestät allerunterthänigste Vorstellung und gründliche Exceptionsschrift, cum petitione legitima, Anwalds des Herrn Grafen von der Lippe, Beklagten, contra Ihro Fürstliche Gnaden zu Paderborn, und Dero hohes Domstift, Klägere, in puncto der Herrschaft Sternberg.

auf 91 Folioseiten ebenfalls in öffentlichen Druck gegeben.

§. 23.

Termin zum Versuch der Güte.

Nachdem diese Exceptionsschrift an Paderborn, zu Einbringung der Replik, communiciret worden, erließ der höchstpreisliche Reichshofrath den 23ten October 1692 ein Conclusum:

> tentetur interim amicabilis compositio beym Reichshofrath, wozu beyde Theile, in Entstehung persönlicher Erscheinung, ihre Anwälde sub termino duorum mensium genugsamlich zu bevollmächtigen haben werden.

Auf einen darauf, von dem Lippischen Anwalde abgehaltenen Contumacialexceß, wurde den 5ten November eben des Jahrs ein Inhäsivconclusum dahin ertheilet:

Läßt man es beym jüngsten Concluso bewenden, & notificetur eiusdem secundum membrum sowol an den Herrn Bischof zu Paderborn, als regierenden Grafen zur Lippe, mit gnädigster Erinnerung, ihres Theils, jedoch saluo processu, daran zu seyn, damit die gütliche Handlung zu ihrer beyderseitigen Beruhigung erfolge, und zu dem Ende die benöthigte Gewälte fordersamst eingeschickt werden möchten, welche rescripta beyde Agenten zu erheben, und de transmissione an ihre Principalen intra octiduum zu dociren haben;

Hierauf erklärte sich der Paderbornische Anwald den 24ten December 1692, daß man sich nicht ehender auf gütliche Tractaten einlassen könne, bis Lippischer Seits, super modo remediis satisfaciendi, hinlängliche Erklärung beygebracht sey.

Nichts desto weniger erging darauf den 8ten Jenner 1693 das Conclusum:

Wird dem Nipho anbefohlen, seines Einwendens ungehindert, das den 5ten November nuperi erkannte Rescript auszulösen, und de transmissione intra octiduum, ohne Erwartung fernerweiter Verordnung zu dociren;

In Gemäßheit dieser Verfügung, meldete (Febr. 16. 1693) Herr Graf Simon Henrich zur Lippe, daß er seinen Abgeordneten von Kotzenberg, vermittelst eingeschickter Vollmacht, befehliget, sich in termino der Güte einzufinden.

Dieser exhibirte auch, so wie der Paderbornische Anwald Nipho seine Vollmacht.

Ob nun wohl demnächst, Paderbornischer Seits, der geheime Rath von Mengersen, mit gehöriger Vollmacht, nach Wien abgeschickt wurde: so findet sich doch, von dem geschehenen Versuch der Güte, weder Protocoll noch Nachricht bey den Acten; inzwischen zeiget der Erfolg, daß die Güte sich völlig zerschlagen habe.

§. 24.

Paderborn übergibt die Lehnbriefe.

Inzwischen brachte den 25ten Junius 1693 der Paderbornische Anwald einige Lehnbriefe ein, mit Bitte pro registratione ad acta, & resolutione priorum; welche darauf sämtlich in der Urschrift produciret, und vom Reichshofrathsregistrator vidimiret worden. Sie bestanden aus folgenden Urkunden:

1) Lehnsrevers des Grafen Anton zu Schaumburg von 1500.
2) Lehnsreversalen der sämtlichen Gebrüder von Holstein und Schaumburg von 1548.
3) Reuersales des Grafen Otto zu Schaumburg von 1569.
4) Eben desselben Reuersales von 1576.
5) Reuersales des Grafen Hermann von 1580.
6) Reuersales des Grafen Adolph von 1586.
7) Reuersales des Grafen Ernst von 1605.
8) Desgleichen von 1620.

9) Re-

9) Reuersales des Grafen Jobst Hermann von 1627, und endlich
10) Reuersales des lezten Grafen Otto zu Holstein-Schaumburg vom Jahr 1638.

§. 25.

Paderbornische Replik.

Während der Zeit, da das höchstpreisliche Reichsgericht die Güte unter beiden Theilen versuchte, wurde, weil dieser Weg saluo processu (§. 23.) eingeschlagen war, den 9ten December 1692 die Fürstlich Paderbornische Replikschrift unter folgendem Titel übergeben:

An die Römisch Kaiserliche, auch zu Hungarn und Böheim Königliche Majestät allerunterthänigste Replica cum adj. sub N. 5. Anwalds Paderborn contra Lippe, die Herrschaft Sternberg betreffend;

welche ebenfalls auf 44 Folioseiten abgedruckt worden.

§. 26.

Lippische Duplik.

Dieser Paderbornischen Replikschrift wurde den 4ten August 1693, durch den Gräflich Lippischen Anwald, folgende, 84 gedruckte Folioseiten betragende Duplikschrift entgegen gesetzet:

An die Römisch Kaiserliche, auch zu Hungarn und Böheim Königliche Majestät — allerunterthänigste Duplik- und Eventualsubmissionsschrift, Anwalds und in Sachen Herrn Simon Henrichen, regierenden Grafen und Edlen Herrn zur Lippe, Beklagten, contra Ihro Fürstlichen Gnaden zu Paderborn, und Dero hohes Thumbcapitul Klägere, in puncto der Herrschaft Sternberg.

§. 27.

Commission zur Production und Recognition der Urkunden.

Bald nach übergebener Lippischer Duplik kam der Paderbornische Anwald den 1ten December 1693 mit einem allerunterthänigsten Memorial, pro decernenda commissione auf den Fürsten zu Corvey, und den Grafen zu Tecklenburg, ad agnitionem originalium ein. Diese wurde durch das Conclusum vom 24 December 1693 dahin beschlossen:

1) Ponantur vtrimque exhibita de 2 & 17 huius ad acta.
2) Fiat petita commissio ad recognitionem auf den Herrn Abt zu Corvey, und Grafen zu Tecklenburg.

Beide Herren Commissarien schickten zu dem Ende ihre subdelegirte Räthe Johann Henrich Schaumburg und Moritz Winkel nach Bielefeld. Von dem Erfolge dieses Termines vom 31ten August 1694 wurde gedruckt:

Copia protocolli allerunterthänigster Kaiserlicher Commission in Sachen Ihrer Hochfürstlichen Gnaden zu Paderborn gegen Sr. Excellenz Herrn Grafen von der Lippe; in puncto agnitionis originalium producendorum, die Herrschaft Sternberg betreffend. 11 Folioseiten.

In der Folge suchte Paderborn um die Extension der Commission unterm 7ten

Jenner 1699 auf die Production und Agnition eines alten Lagerbuches nach, welche auch den 15ten Jenner desselben Jahres erkannt, und den 27ten October e. a. der commissarische Bericht, nebst Beylagen, von N. 1 bis 7, höchsten Orts eingesendet wurde. Er ist unter dem Titul:

> Product. Detmold den 21ten October 1699. Copia Kaiserlichen Commissionsprotocolli zum Ritberge abgehalten, in causa Paderborn contra Lippe, die Sternbergische Sache betreffend; hat Anlagen N. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7.

auf 7 Folioseiten abgedruckt worden.

§. 28.

Paderbornische Triplik.

Während dieses interscenii übergab Paderborn den 1ten Julius 1694 seine durch den Druck ebenfalls auf 45 Folioseiten bekannt gemachte Triplik unter folgender Aufschrift:

> An die Röm. Kaiserl. auch zu Hungarn und Böheim Königl. Majestät Allerunterthänigste Triplica und Salvationsschrift cum adj. sub N. 6. in Sachen Paderborn contra Lippe, die Herrschaft Sternberg betreffend;

welche den dritten desselben Monats an Lippe zur Finalsubmission communiciret wurde.

§. 29.

Lippische Quadruplik.

Diese wurde den 30ten August 1695 mit folgender Ueberschrift durch den Druck gemein gemacht:

> An die Röm. Kaiserl. auch zu Hungarn und Böhmen Königliche Majestät Allerunterthänigste Quadruplik- Bitt- und Submissionsschrift, adjunctis animaduersionibus & extractibus sub N. 1. 2. 3. 4. 5. in Sachen Paderborn contra Lippe die Grafschaft Sternberg, Lippisch municipium Salzuffeln, castrum Barentrupp, die Vogtey Müddenhorst u. s. f. betreffend.

Sie beträgt 43 Seiten in Folio.

§. 30.

Fernerer Schriftwechsel beym Reichshofrath.

Nach Ueberreichung der Quadruplik sind, unter beiden Theilen, beym Kaiserlichen Reichshofrath noch folgende Hauptschriften gewechselt worden:

1) Allerunterthänigste Ablehnung und Confutationsschrift cum reseruatione an Seiten Paderborn contra Lippe. Mit Anlage A. bis O. 50 Folioseiten, vom 10ten December 1696.

2) Ad Imperatorem Allerunterthänigstes annexum auf die am 10ten December 1696 producirte Ablehnung und Confutationsschrift in Sachen Paderborn contra Lippe, die Herrschaft Sternberg betreffend, mit Beylagen sub P. & Q. duplicatum. 7 Seiten in Folio.

3) Nochmalig allerunterthänigste Acceptation- Reservation- Protestation- und Submissionsschrift Gräflich Lippischen Anwalds, in Sachen Paderborn

contra Lippe, Sternberg betreffend. Praesent. d. 23 May 1701. 35 Seiten in Folio.

welche leztere Schrift, nach aufgehobenem Schlusse der Acten, jedoch nur ad notitiam, communiciret, und darauf die Inrotulation der Acten, zu Abfassung des Haupturthels, den 17ten August 1703 wirklich erkannt worden.

§. 31.

Verschiedene außergerichtliche und Privatdruckschriften in dieser Sache.

Außer denen, partem actorum ausmachenden, beym höchstpreislichen Reichshofrath verhandelten Schriften sind noch verschiedene, theils im Namen der Höfe, theils von Privatpersonen verfertigte Schriften, in dieser Sache zum Vorschein gekommen, von denen man im zweyten Theil Gebrauch machen wird, und welche daher allhier angeführet werden müssen. Es gehören dahin folgende Aufsätze:

1) Actenmäßige in iure & facto wohlgegründete Anmerkungen über die an Seiten des Hochstifts Paderborn, in Sachen wider den Regierenden Grafen zur Lippe in offenem Druck herausgegebenen facti species, die Herrschaft Sternberg, Stadt Salzuffeln, Schloß, Stadt und Amt Barndorf, wie auch die Vogtey Müddenhorst betreffend. Fol. ohne Meldung des Jahres. 134 Seiten. Nach voraus geschicktem historischen Vorbericht wird erst die Paderbornische species facti vorangesetzt, und alsdann sogenannte Lippische Anmerkungen, zu Widerlegung der ersten, angehängt.

2) Noctiluca s. lucerna iustitiae & veritatis Lippiensis obiecta nyctalopae & fabulosis vmbris Paderbornensibus ad caussam Paderborn contra Lippe; betreffend die Grafschaft Sternberg, Lippiense municipium Salzuffeln, castrum Barentrup, und die Vogtey Müddenhorst ꝛc. Lemgo, gedruckt bey Henrich Wilhelm Meyer, im Jahr 1695. 16 Folioseiten.

3) Kurze historische Untersuchung, betreffend die prätendirte Lehenherrlichkeit des Hochstifts Paderborn über den Sternberg in der Grafschaft Lippe. Fol. ohne Meldung des Jahres. 26 Seiten. Der Verfasser dieser kleinen, mit vieler Beurtheilung geschriebenen Abhandlung ist der ehemalige Königl. Schwedische Hofrath, Fürstlich Hessische Bibliothecarius und Geschichtschreiber, Professor honorarius zu Marburg, Johann Herman Schmink.

§. 32.

Paderbornisches Editionsgesuch.

Während dieses ganzen Rechtshandels hatte man sich, Lippischer Seits, häufig auf solche Urkunden bezogen, welche theils im Lippischen, theils im ehemaligen Schaumburgischen Archive befindlich gewesen, und auf das Hochgräflich Lippische Haus gekommen seyn sollten. Der Paderbornische Anwald kam daher, nach vielen vorläufigen Anspielungen, den 5ten August 1694 mit einem Gesuche ein, worin er das Gräfliche Haus zu eidlicher Edition aller und jeder aus dem Schaumburgischen Archive überkommenen, oder sonst bey ihm vorhandenen, die in Frage befangenen Lehen betreffende übrige Briefschaften,

Urkunden und Register ernstlich anzuweisen verlanget. In dem höchstverehrlichen concluso vom 23ten December 1695 wurde, dieses Punctes halber, erkannt:

2) Communicetur des Nipho (Paderbornischen Anwaldes) exhibitum in puncto petitae editionis documentorum, sub praesentato 2 Maii nuperi, parti aduersae cum termino duorum mensium;

wogegen sich aber das Hochgräfliche Haus Lippe, weilen kein Beklagter dem Kläger, der Regel nach, Urkunden zu ediren schuldig ist, standhaft gesetzet.

§. 33.

Endurthel vom 8ten Februar 1782.

Seit der geschehenen Inrotulation hat die Sache an die achtzig Jahr gänzlich geruhet. Endlich erfolgte, wider alles Erwarten, den 8ten Februar 1782 das für das Hochgräflich Lippische Haus höchst gravirliche, jedoch hochverehrliche Erkenntniß: daß Beklagter

1) das Schloß, Städtlein und Amt Barrentrüpp cum omnimoda iurisdictione & superioritate territoriali, so wie das dominium priuatum von Salzuffeln, nebst dessen Gemarkung, und den Hof zu Müddenhorst, an Klägern abzutreten, dabey

2) demselben alle vom Tage des Absterbens des Graf Otto von Schaumburg genossene Früchte zu erstatten, auch

3) in Ansehung der hierzu etwa noch gehörigen Stücke und Gerechtsame, so wie insbesondere wegen der Herrschaft Sternberg, und der in den Lehnbriefen bemerkten Zehnten und Güter, sämtliche in dem Schaumburgischen Archiv befindlich gewesene, einigen Bezug darauf habende Urkunden, praeuio iuramento edendorum zu ediren schuldig seyn solle.

§. 34.

Revision gegen dieses Urthel.

Der Gegenstand dieses Rechtsstreites ist für das Hochgräfliche Haus Lippe zu wichtig, und die Beschwerden gegen das vorige Urthel, sind mit Vorbehalt der tiefsten Ehrerbietung gegen den Kaiserlichen höchstpreislichen Reichshofrath zu auffallend, als daß man sich dabey hätte beruhigen können.

Hochgräflicher Vormund und Regent des minderjährigen Herrn Erbgrafen wandte daher das Rechtsmittel der Revision oder Supplication dagegen ein. In dieser Absicht wurde der so rubricirte Revisionslibell:

> An die Römisch Kaiserliche, auch in Germanien und Böhmen Königliche Majestät allerunterthänigster libellus supplicationis seu reuisionis cum deductione grauaminum & petito humillimo pro nunc clementissime admittendo ad remedium supplicationis & reformando conclusum die 8 Febr. h. a. latum, Beklagten nunc revidentischen Anwalds in Sachen des Herrn Fürstbischofs zu Paderborn, Klägers, jezt Revisen, wider weiland den regierenden Herrn Grafen zur Lippe, jezt den Hochgräflichen Vormund und Regenten der Grafschaft Lippe, Herrn Ludwig Henrich Adolph, Grafen und edlen Herrn zur Lippe, Beklagten jezt Revidenten; die Herrschaft Sternberg betreffend;

höchsten

höchsten Orts übergeben, darin drey in die Augen fallende Hauptbeschwerden gründlich deduciret, auch dieser Theil darauf, nach Leistung der Formalien, und Erlegung 8000 Fl. Succumbenzgelder zu dem erwählten Rechtsmittel nicht nur zugelassen, sondern auch der Revisionslibell Paderborn zur Exceptionsschrift communiciret.

§. 35.

Absicht gegenwärtiger Ausführung.

Ob man nun wol hiebey sich mit vollem Recht ganz zuverlässige Hofnung zu einem reformatorischen obsieglichen Urthel machen kann, so hat man es dennoch rathsam gefunden, durch diese weitere, ganz vollständige Ausführung, die Sache in ihrem völligen Zusammenhang und wahren Licht nochmals darzustellen, und auch dem Publikum vor Augen zu legen.

In dieser Absicht ist es nothwendig, in Bezug auf die Hauptbeschwerden gegen die bisherigen Erkenntnisse, in dem zweyten Theile dieser Ausführung,

1) die Paderbornischen Ansprüche auf Schloß, Stadt und Amt Barrentrupp, Salzuffeln, und den Hof zu Müddenhorst;

2) auf die Herrschaft Sternberg überhaupt, und die dazu angeblich gehörigen Güter und Zehnten zu prüfen, und die Rechte des Hochgräflichen Hauses auf die ganze Herrschaft auszuführen, zugleich aber

3) die Frage: ob man, Gräflich Lippischer Seits, schuldig sey, die seit des Grafen Otto zu Schaumburg Zeiten, erhobene Früchte zu restituiren, als auch

4) dem Herrn Kläger, alle zur Sache dienende, aus dem Schaumburgischen Archive erhaltene, oder sonst besitzende, Urkunden zu ediren? aus einander zu setzen.

Man hofft dieses auf eine überzeugende Art, und mit solchen Rechtsgründen ins Werk zu setzen, daß man sich zum voraus mit einem obsieglichen, die Rechte des Hochgräflichen Lippischen Hauses herstellenden, Urthel zu schmeicheln getrauet; wobey man jedoch, aus guten Gründen, dasjenige, was die Zwischenscenen der verwittibten Gräfin Elisabeth von Schaumburg, wie auch die Intervention der Grafen von Vehlen, so wie des Hochfürstl. Hauses Hessencassel u. s. f. betrifft, da es zur Entscheidung unserer Hauptsache nichts beyträgt, übergehen wird.

Zweyter Theil.

Ausführung der Gerechtsame des Gräflich Lippischen Hauses auf die Herrschaft Sternberg.

Erster Abschnitt.

Von den Lehnsansprüchen des Hochstifts Paderborn auf Barrentrupp, Salzuffeln und die Vogtey Müddenhorst.

§. 36.

Von dieser Materie überhaupt.

Die Herren Bischöfe von Paderborn haben zwar, nach dem Absterben der Grafen von Holstein-Schaumburg, gleich Anfangs die ganze Herrschaft Sternberg, als ein angeblich eröffnetes Paderbornisches Lehen, in Anspruch genommen.

Man hat aber schon in possessorio (§. 16.), Paderbornischer Seits, eingesehen, wie wenig sich der Beweis der Lehnbarkeit der ganzen Grafschaft oder Herrschaft Sternberg im Ganzen führen lasse, und daher sich in possessorio, schon seit dem Jahre 1657, bloß auf Schloß, Stadt und Amt Barrentrupp, Salzuffeln, die sogenannte Vogtey Müddenhorst, und die in der Grafschaft Ravensberg und Lippe belegene Güter und Zehenten eingeschränket.

Selbst in petitorio leuchtet dieser Unterschied offenbar hervor; indem man die Hauptbeweise bloß auf die nur bemeldete angebliche Bruchstücke der Sternberg-Schaumburgischen Erbschaft eingerichtet, und die Grafschaft oder Herrschaft nur überhaupt mitgenommen, und gleichsam im Fluge zu schießen gesuchet hat.

Der höchstpreisliche Reichshofrath hat solches ebenfalls anerkannt, und daher, in dem für das Stift Paderborn sonst so günstig ausgefallenen Urtheil, zwar die obbemeldeten ersten einzelnen Stücke, als eröffnetes Paderbornisches Lehen, angenommen, den Beweis der Lehnbarkeit der ganzen Grafschaft hingegen für unvollkommen betrachtet, und eben, zu desto leichterer Ausführung desselben, auf die Edition der Urkunden erkannt.

Man will also diesem, in der Natur der Sache liegenden Unterschiede, folgen, und

1) die namentlich in Anspruch genommene Stücke, sodann aber

2) das, was in Ansehung der ganzen Grafschaft vorgekommen ist, in der Maaße erörtern, daß

a) die Paderbornischen Gründe für die Lehnbarkeit angeführet, diesen aber

b) die Lippischen Gegengründe und Beweise der Allodialität an die Seite gesetzet werden sollen.

Erstes Kapitel.

Paderbornische Gründe für die Lehnbarkeit der qu. Stücke.

§. 37.

1) Lehnbarkeit dieser Güter zu den Zeiten der Grafen von Sternberg.

Zu Begründung der Paderbornischen Ansprüche auf Barrentrupp, Salzuffeln ꝛc. hat man Beweisgründe

a) von den Zeiten der Grafen von Sternberg,

b) von den Zeiten der Grafen von Schaumburg, und

c) aus dem Eingeständniß des Hochgräflich Lippischen Hauses selbst,

beyzubringen gesuchet. Es ist nothwendig, den Herren Beweisführern hierin Schritt für Schritt zu folgen.

Was also zuvorderst die Frage anbetrifft: ob bereits die Grafen von Sternberg diese Stücke vom Hochstift Paderborn zu Lehen getragen haben? so begründet man sich desfalls, Paderbornischer Seits,

a) auf einen Lehnbrief vom Jahr 1402, und

b) auf den Extract eines alten Paderbornischen Lehnsregisters.

Den ad a) angeführten Lehnbrief findet man in den Gräflich Lippischen exceptionibus summariis (§. 13) N. 7. und in der Duplikschrift in possessorio (§. 15) lit. L. Man will, zu geschwinder Einsicht, den Hauptinhalt wörtlich hersetzen:

> Wy Wilhelm von dem Berge, Bischof to Paderborn — bekennet — dat wy dem edlen Johann Graf to dem Sternberg belehnet hebbet — mit sotanem Gude, als seine Olden und he von Unsern Vorfaren, und von Uns und unserm Stifte to Lehne gehat hedden, und hebbet; by Namen mit dem **Schlote to Beringtorpe**, und mit seiner Tobehörung, mit **dem Dorpe to Uffeln**, und seiner Tobehörung, mit der **Vogdey to Muddenhorst**, und vort **mit allen Tegenden** und Guden, de gelegen sin in der Herschop von der Lippe, in der Herschop von Ravensberg, und up der Beege — Datum ipso die beati Galli Confessionis anno Domini MCCCC secundo.

Das ad b) angeführte alte Paderbornische Lehnsregister, welches im Jahr 1699, auf geschehene Extension der Kaiserlichen Commission (§. 27.), produciret worden, enthält diese, mit dem vorbemeldeten Lehnbriefe nicht gänzlich übereinstimmende Klausel:

> „Ein Grave vom Sternberg heft entfangen vom Bischop Wilhelmo „sodane Gut, alse syne Voroldern vom Bischoppen to Paderborn ent„fangen hadden, nemlich dat Schlot to Berrinktorp, mit siner Tobe„höringe, mit der Vogtie to Mundehorst, und vort mit allen Tegen„den und Guden, de gelegen sind in der Herschup von der Lippe, in „der Herschup von Ravensberg, und op der Bege. Datum MCCCC 2do.

§. 38.

Paderbornische Gründe für die Lehnbarkeit zu den Zeiten der Grafen von Schaumburg.

Daß die von den Grafen von Sternberg besessene Güter Beringdorf, Uffeln u. s. f. von diesen auf die Grafen von Holstein-Schaumburg gekommen sind, ist eine unter beiden Theilen unstreitige Sache. Unter welchem Rechtstitel aber selbige von nur gedachtem Gräflichen Hause acquiriret worden? darüber wird heftig gestritten.

Paderbornischer Seits behauptet man nemlich, daß die Grafen von Schaumburg solche als Bischöfliche Stiftslehen besessen haben.

Die Herren Grafen von der Lippe hingegen leugnen die Lehnbarkeit gänzlich, oder behaupten wenigstens, daß selbige höchstens als feuda hereditaria absoluta alienabilia zu betrachten seyen, und daher nicht allein auf das weibliche Geschlecht, sondern auf einen jeden Acquirenten, in solcher Eigenschaft transferiret werden.

Zum Beweise der Lehnbarkeit der in Frage befangenen Güter hat man sich, Paderbornischer Seits, folgender Urkunden bedienet:

1) eines Lehnbriefes von 1489. Er befindet sich in den exceptionibus summariis in possessorio sub N. 6. und in den duplicis sub lit. L. weniger nicht in den Lippischen Anmerkungen über die Paderbornische speciem facti; in den Beylagen lit. M. Er ist folgenden Inhalts:

> Wy Simon, von Gottes Gnaden Bischop von Paderborn ꝛc. don kund und bekennen owermitze dessen Breef, dat wy in Gegenwärtigkeit darna beschreven Unsser belehnten Mannen, den Wohlgebohrnen und Edlen, unsern freundlicken leven Ohmen, Erichen Grafen tho Hollstein und Schomburg, mit diesen nachbeschreyenen Güdern, als nehmlich **mit dem Schlotte tho Berinktorpe**, mit siner Thobehörunge, mit dem **Dorpe tho Ufflen**, mit siner Thobehörunge, mit der **Vogdy tho Müddenhorst**, und fort mit allen Tegenden und Güdern, die gelegen sind in der Herrschop von der Lippe, in der Herschop von Ravensperge, und up der Beege, mit allen dissen Güdern, Rechtigkeit und Tobehörungen und fort mit allen andern synen Leffen von Uns und unterm Stift tho Lehne gehören und geböhren möchten, **tho einem rechten Mann-Erblehne** vorseyen und belenet hebben, belehnen und vorseyn syne Leffe damit gegenwärtig in Kraft dessen Breves, hebben darup gewöhnliche Huldigung und Löffte von synen Leffen entfangen und genommen; sülke Lehne und Güdern truweliken tho vermannende, und tho verdenende — und oft davon was verbracht und verkommen wäre, na Vermögen weder by — und in tho bringende ꝛc.

Hiernächst gründet man sich

2) auf den Lehnsrevers des lezten Grafen von Schaumburg vom 13ten August 1638, welcher sich ebenfalls in den

Lippischen Anmerkungen; in den Beylagen lit. N.

befindet. Der Hauptinhalt ist dieser:

> Des Hochwohlgebohrnen Grafen und Herrn, Herrn Otto — abgeordneter Vollmächtiger, ich David Bessel, — thue kund un bekenne

kenne — als der Hochwürdigst-Durchlauchtigster — Bischof zu Paderborn — an Statt meines gnädigen Herrn, mich mit hernach belehnten (benannten) Lehngütern belehnet hat — Inhalt — Lehnbriefes mir darüber gegeben, der — lautet:

V. G. G. Wir Ferdinand — bekennen, — daß wir auf heut dato des Wohlgebohrnen, Unsers lieben Getreuen, Otto Gr. zu Holstein, Schaumburg und Sternberg — Abgeordneten — an seine Statt, mit diesen hernach beschriebenen Gütern, nemlich mit dem **Schloß zu Beringdorf**, mit seiner Zubehörung, mit dem **Dorf zu Ufflen**, und seine Zubehörung, mit der **Vogteye zu Müddenhorst**, und **vort allen Zehenden und Gütern, die gelegen sind in der Herrschaft Lippe, in der Herrschaft von Ravensberg, und auf der Beege**, mit aller dieser Güter Gerechtigkeiten und Zubehörung, und fort mit allen anderen Gütern, so Er und seine Vorfahren von Uns und Unserm Stift Paderborn haben und tragen soll, **zu einem rechten Erb-Mannleben** versehen und belehnet haben — und haben darauf von obbemeldetem Abgeordneten, in seines Principalen Seele, gewöhnliche Hülde und Eide empfangen; — —

Daß demnach, im Namen und von wegen — meines — Herrn, als Vollmächtiger, solche Belehnung vorgeschriebener maaßen, empfangen — kraft habender Specialvollmacht geschworen und geleistet habe, und thue solches in Kraft dieses Briefes dergestalt — —

§. 39.

3) Lehnrevers vom Jahr 1417.

Diese Lehnreversalien sind zuerst bey dem den 11ten April 1641 übergebenen Manutenenzgesuch zu den Acten gekommen. Außerdem sind sie

in den Lippischen Anmerkungen lit. L.

und in

Lünigs corpore iuris feud. Germ. T. I. p. 1658.

anzutreffen: Graf Adolf zu Holstein und Schaumburg bekennet darin, daß er von dem Churfürsten Dieterich von Cölln, **als Herrn und Monbern des Gestichts van Paderborn**, einen Lehnbrief folgenden Inhalts erhalten habe:

Wie Diedrich — don kund — dat Wir hüde ub dato düsses Breves den Edelen Adolf, Grafen zo Holstein und zu Schaumburg, als ein Herr und Bründe unses Stichts von Paderborn von den Guden in den Grafschaften Sterenberg, Schauenburg, Ravensberg, und von der Lippe gelegen, de von Uns und unsen Gestichte vorsr. sollen, vor Ende sein zu gesynnen, ihn Entgegenwärtigkeit unser Manne belehnt han, und belehnen Ihm damit overmütz düssen Breves, und wir handen vorgemeldeten Adolf auch zu unsen getreuen Rathe entfangen, und Huldigung an uns gedan, aß sich daraff gebört — Un hant des zo Orkonde Unse Ingesegel an dessen Breff dohen hangen; belent und geven in dem Velde bey Stappelage in dem Jar Uns HErrn tusend veerhundert und seventeen Jahre, des nachsten Donnerstags nach dem hilgen Pingstdage.

§. 40.

4) Lehnbriefe und Reversalen von 1500 bis 1638.

Außerdem hat man, besage Kaiserlichen Commissionsprotocolles vom 6ten November 1694 (§. 27.), von Seiten des Hochstifts Paderborn verschiedene Lehnsreversalien von den Jahren 1500, 1548, 1569, 1576, 1580, 1586, 1605, 1620, 1627 und 1638 in der Urschrift übergeben.

Die beiden ersten von den Jahren 1500 und 1548 sind dem commissarischen Protocolle sub N. 1. und 2. vollständig beygelegt, und nur bemerket worden, daß die übrigen damit übereinstimmen, und nur die in den ersten enthaltene Worte:

Zu einem rechten Mann-Erblehen

in dem sub N. 4.

Zu einem rechten Mannlehen

in dem sub N. 8. 9. 10.

Zu einem rechten Erbmannlehen

heißen.

Man will den wesentlichen Inhalt dieser Urkunden dem Leser ebenfalls vorlegen.

1) In dem ersten vom Jahr 1500 heißt es:

Ich Antonius Graf zu H. und S. — doo kund, daß der Hochwürdigst — Herr — Hermann — der Kirchen zu Paderborn Administrator — Min gnädiger Herr, mich mit diesen nächstgeschriebenen Gütern gnädiglich belehnet hat, nemlich **mit dem Schlotte zu Berenktorpe**, mit siner Zubehörung, mit dem **Dorfe zu Ufflen**, mit siner Zubehörung, mit der **Vogdie Müddenhorst**, und fort mit allen Zehenden und Gütern, die gelegen sind in der Herrschaft von der Lippe, in der Herrschaft von Ravensberg, und auf der Beghe, mit aller dieser Gerechtigkeit und Zubehörungen, und fort mit allen anderen Gütern, welche ich von siner Gnaden, und siner Gnaden Stifte Paderborn zu Lehen trage und habe, also bekenne ich Antonius — daß ich die obgemeldte Lehngüter von deme gedachten minem gnädigen Herrn als Administrator der Kirchen zu Paderborn entfangen, und habe darauf Siner Fürstlichen Gnaden gewöhnliche Hulde und Aide gethan ꝛc. — Gegeven zu Cassel uff Frytag St. Severinstag, im Jahr unsers HErrn dusend füffhundert.

2) In dem zweyten vom Jahr 1548 bekennet Klaus von Kottorpe, vollmächtigter Anwald und Prokurator der Edelen und Wohlgebohrnen sämtlichen Gebrüder, Grafen zu Holstein und Schaumburg, daß er belehnet worden, und einen Lehnbrief folgenden Inhalts erhalten habe:

Wir Reimbert V. G. G. Bischof zu Paderborn, doen kund — daß Wir heut dato — zu Behoeff derselben Grafen, mit diesen hernach beschriebenen Gütern, nemlich mit dem Schlotte Berenkdorpe, mit seiner Zubehörung, mit dem Dorf zu Ufflen, mit seiner Zubehörung, mit der Vogdie zu Müddenhorst, und fort mit allen Zehenden und Gütern, die gelegen sind in der Herrschaft von der Lippe, in der Herrschaft von Ravensberg, und auf der Beghe, mit aller dieser Güter Gerechtigkeit

keit und Zubehörung, und mit allen andern Gütern, so wohlgedachte Grafen von Uns und unserm Stifte Paderborn haben und tragen sollen, zu rechtem Mann-Erb-Lehen versehen und belehnet haben, und versehen ihn damit in Kraft dieses Briefes u. s. f. — Gegeven auf Unserm gemeinen Lehntage in Unser Stadt Paderborn, uff Montag nach Francissen im fünfzehnhundert acht und vierzigsten Jahre;

Man enthält sich, den Inhalt der übrigen, unter Beziehung auf die vorbemeldete Nachricht der Kaiserlichen Commissarien, dem Leser vorzulegen, und ist genug, zu bemerken, daß das Hochstift Paderborn aus diesen Lehnbriefen und Reversalen den Beweis der Lehnbarkeit, unter dem Gräflich Schaumburgischen Hause, bis zu dessen gänzlicher Erlöschung, geführet zu haben glaubet.

§. 41.

5) Bischöflich Paderbornische Bestätigung der Erbverbrüderung zwischen Schaumburg und Lippe.

Eine der stärksten Schutzwehren der Paderbornischen angeblichen Oberlehnsherrschaft setzen 5) die Paderbornischen Schriftsteller in der im Jahr 1511 angeblich geschehenen Bestätigung der im vorhergehenden Jahre geschlossenen Erbverbrüderung zwischen Holstein-Schaumburg und dem Hochgräflichen Hause von der Lippe. Diese wichtige Urkunde findet sich in den, in possessorio, übergebenen, duplicis sub lit. M., ferner hinter dem petitorischen Klaglibell sub N. 4. und in den

Lippischen Anmerkungen. Anlage lit. O.

Es ist nothwendig, solche dem Leser, in ihrem vollen Zusammenhange, bekannt zu machen:

Wy Erick v. G. G. Bischop tho Osnabrügge und Paderborn, Hertzog tho Brunswick ꝛc. don kundt und bekennen für Uns, Unse Nakommen und Stiffte, und als weme, Nachdeme und als die Wohlgeborn und Edele unse frundlike live Ohmen, Antonies und Johann Gebrödere, und Jost Sohn und Vedder, Graven tho Holstein und Schauenburg, tho Gehmen ꝛc. vör sich und ere Erven eins, und Simon und Bernd Gebrödere Eddel Herren thor Lippe, für sich und ere Erven ander Theils sich verbrodert, tho haupe gesetzt unde vereiniget hebben, als were Sache, unse live Ohmen von Holstein und Schauenburg, oder ere Erven, desgleichen unse leve Ohmen von der Lippe, oder ere Erven sonder Manneslives Leheneryen, nach dem Willen Gottes verstorben, dat der Allmächtige gefriste, dat alsdann die nablibende Manns-Erven des andern Lande und Lüde anerven und behalten sollen, Inhalt des Principal-Hauptbriefs einer solchen Verbrüderung und Vereinigung gemacht, sodann gemelter Unser leven Ohmen von Holstein und Schowenburg, und von der Lippe Lande, Herrlichkeiten und Gebiete, **etliche von Uns und unseren Stifte tho Lehen getragen werden**, und unser Stiften Lehnröhrig seyn, ist solcher ungerührter Verbrödderung und Vereinigunge geschehen mit unserm Weeten, Consens, und guten Willen, hebben dann umb sodane Verbrödderung unde Vereinigung, in allen und jeden eren Puncten, so viel uns des ankommen mag, und was den von Uns und unserem Stifte Lehnrö-

rig ist, bewilliget, und belivet, **bewilligen und beliven sulches** overmids, und in Kraft dies Breves, **umb Uns, unsere Nakommen und Stifte**, gereden und gelaven dat alles in guten wahren Trewen, vast, stede und vullenkommen, uprichtig wol tho holden, sonder jenigerley Indracht, Gefehrde oder Argelist, und hebben des in Urkunde der Wahrheit und mehrer Befestung obbemelter Vereinunge Unser rechte Insiegel **für Uns, Unse Nakomen und Stifte** mit Unserem Weten an düsse Breve doen hangen. Gegeben in dem Jahre na der Gebort unsers HErrn Dusent, fünf hundert und elffen, am Avende natiuitatis Joannis Baptistae.

(L. S.) Manthe de Herberen Cantzler.

Aus dieser Urkunde folgern die Paderbornischen Schriftsteller, daß allerdings einige von dem erloschenen Gräflichen Schaumburgischen Hause besessene, und nun auf das Hochgräflich Lippische Haus transferirte Güter, von dem Hochstifte Paderborn zu Lehen gegangen seyn müßten, indem widrigenfalls, und im Fall beide Erbverbrüderte Häuser solches nicht selbst unumwunden anerkannt hätten, nicht wahrscheinlich sey, daß solche, zum offenbaren Nachtheile ihrer Häuser, die Bestätigung des Bischofs von Paderborn, als Oberlehnsherrns, gesucht haben sollten.

§. 42.

6) Bischöflich Paderbornische Einwilligung in die unablösliche Verpfändung der Herrschaft Sternberg an das Haus Lippe.

Hiernächst hat man, Paderbornischer Seits, in der Recapitulation in possessorio sub N. 4., wie auch in der zwoten Beylage der petitorischen Klage, eine Urkunde vom Jahr 1519 beygebracht, welche auch hinter den

Lippischen Anmerkungen sub lit. O.

wieder abgedruckt worden.

In derselben bekennen die Grafen Anton und Johann, Grafen von Holstein und Schaumburg

Dat Wy Uns mit dem Wohlgebohrnen und Edeln Junker Simon, Eddeln Herrn thor Lippe, unsen fründliken leven Ohme vereinigt und verdragen hebben, der Mahten, dat Wy durch Uns selvest, noch Unse Erven, oder jemand anders, de tytlanck synes Levedes, **de Herschop Sternberg** mit erer Gerechtigkeit und Thobehörunge, so **de syner Leve Pand und unse Erve is**, nicht lossen willen, oder jemanden, die tho lossende, sonder genohmte unse leve Ohme schall und mag de tytlanck sines Levedes, sonder jenige affslase, fredelick und rowelick, in aller Mahte, so want hertho geschehend, darinne besitten und by bliven, Uns, und unsen Erven, ohrer Ervegerechtigkeit doch beheltlich und unvertegen. — Datum anno Domini, so man schreiff dusend vifhundert und achtengen, die Innocentium.

Im Eingang dieser Urkunde gebraucht der Bischof Erich den Ausdruck:

die Herschop Sternberg, Unse und unser Kercken Leyn,

hierauf aber gibt er seine und des Domkapitels Einwilligung, in folgenden Ausdrücken:

So

So hebben Wy belovet und bewilliget, de vorgedachte verschrevege, beloven und bewilligen de in Macht düsses Breves, und tho vorder Kunschop hebben die Werdigen unse leven Andechtigen, Domdecken und Capitel unser Kercken Paderborn, auck tho ehrer Wittigschop düsse Bewilligung vorsegelt, des wy denn Decken und Capitel also bekennen up Beger unses gnedigen Herrn, tho Kunschop unse Segel an düssen Breiff, bey Seael unses gnädigen Herrn vorgedacht hangenden. Datum anno Domini Dusend vifhundert und negenten Jahr, am Dage Dorothee virginis.

(L. S.) Erick Bischop.

§. 43.

7) Loskündigungsinstrument des Grafen Otto von Schaumburg von 1575.

Ferner beziehet man sich 7) Fürstlich Paderbornischer Seits, auf das Schreiben des Grafen Otto von Schaumburg vom Jahr 1575, worin die Loskündigung der verpfändeten Sternbergischen Güter geschiehet, von der oben §. 6. gehandelt worden ist, und worin der Herr Graf das Schloß, Amt und Haus Barntrupp mit klaren Worten für Paderbornische Lehen anerkannt hat. Nach der Aufschrift der Replik in petitorio soll sothanes Schreiben, als die fünfte Beylage, anliegen; es befindet sich jedoch daselbst nicht, wohl aber in den Lippischen animaduersionibus sub N. VII.

§. 44.

8) Eingeständniß der Lehnbarkeit von Graf Johann Bernhard von der Lippe.

Sodann 8) haben sich die Paderbornische Schriftsteller auf ein den 13ten Sept. 1638 am Kaiserlichen Reichshofrath von hochgedachtem Herrn Grafen Johann Berndt zur Lippe übergebenes Memorial bezogen. Besage des Klaglibells in petitorio soll es sich bey diesem, als eine Beylage, befinden. Es ist aber daselbst ebenfalls nicht, wohl aber in den

Lippischen Anmerkungen, in der Anlage lit. E.

befindlich. Man will aus selbigen die Hauptworte, die aber einen Oedipus zur Enträthselung erfordern, anführen:

> Alsdann auch ferner unter andern in Dero Anwalds gnädigen Herrn Principalis, und ihr gedachten lieben Herrn Vatern, Agnaten, Gebrüdern, und Ihres Bruders sel. Simon Ludewig nachgelassener Söhnlein, Ihro gedachten Pupillen, alle Grafen und edle Herren zur Lippe, und von dem bischoflichen Stift, und Herrn Bischofen zu Paderborn, jetzo der Churfürstlichen Durchl. zu Cölln, Ihrem gnädigsten Churfürsten und Lehnherrn, zu Lehen rührender, und von Ihro gedachten Anwalden, den Grafen und Gräflichen Hause Schaumburg, von undenklicher und unbewehrter Zeit, Rechtens titulo speciali erlangter, und allezeit ruhig ersessener Grafschaft Sternberg, und in Dero Municipalstadt Salzuffeln ein Salzwerk sich finden thut.

aus welcher Stelle man ein gerichtliches Geständniß der Lehnbarkeit der Grafschaft Sternberg, und der Stadt Salzuffeln, als einer dazu gehörigen Pertinenz, gefolgert hat.

§. 45.

9) Lippische Production der Lehnbriefe.

Hiernächst wird 9) von Herren Klägern dem Hochgräflichen Lippischen beklagten Hause entgegen gesetzet, daß man diesseits die vorhin angeführte Lehnbriefe von 1402, 1489 und 1638 selbst produciret habe, und folglich auch deren Inhalt, somit die Lehnbarkeit der in Frage befangenen Güter Barrentrupp, Salzuffeln anerkannt habe, und in diesem Betrachte sothane Lehnbriefe und Reversalien auch gegen sich allegiren lassen müsse.

§. 46.

10) Lippisches gerichtliches Eingeständniß der Lehnbarkeit.

Insonderheit aber hat man sich 10) von Seiten der Herren Kläger, auf die in den Acten befindliche Eingeständnisse des Gräflichen Hauses, in Ansehung der Lehnsqualität der mehresten zur Grafschaft Sternberg gehörigen Stücke bezogen, und eben darauf den Hauptbeweis der petitorischen Klage zu begründen gesuchet.

In dieser Absicht wird hauptsächlich angeführet, daß

1) die verwittibte Frau Gräfin von der Lippe den 21ten Merz 1641 in Ihrem an die Römisch Kaiserliche Majestät gerichteten Bittschreiben, um allerhöchste Intercessionales an den Herrn Churfürsten von Cölln, als Bischof von Paderborn, gebeten,

Lippische Anmerk. Anlage lit. D.

und bey solcher Gelegenheit die Lehnbarkeit etlicher zur Grafschaft Sternberg gehöriger Stücke ausdrücklich anerkannt, und um deren, durch allergnädigstes Vorschreiben zu bewürkende Wiederverleihung, nachgesuchet; sodann

2) selbige in der Exceptionsschrift in possessorio, wovon die clausula concernens ebenfalls in nur gedachten

Lippischen Anmerk. Addit. ad lit. B.

abgedruckt worden, die Lehnbarkeit des Paderbornischen Schlosses Beringdorf, oder wie es nunmehr vulgari idiomate, oder populari loquendi vsu genannt wird, Barndorf, wie auch des Dorfes Ufflen, samt den dazu gehörigen Pertinenzien, ebenfalls eingestanden, und nur, daß solche Güter, nach erloschenem dominio vtili der ausgestorbenen Grafen von Schaumburg, an das Hochgräflich Lippische Haus

ex capite successionis feudalis

verfallen sey, und daher solche von Paderborn, als eröffnete Lehen, nicht könnten eingezogen werden, behauptet; ein gleiches auch

3) sich aus der von dem Hochgräflichen Hause anerkannten Richtigkeit der Confirmation der Pfandschaft vom Jahr 1519 (§. 42.) klar zu Tage lege; gleichergestalt

4) vom Grafen Otto zu Lippe-Brake, in seiner den 10ten December 1641 übergebenen Supplik pro cassando mandato sub- & obreptitie impetrato geschehen sey, bey solchen Umständen also, da das gerichtliche Eingeständniß in den Rechten für den vollkommensten Beweis gehalten werde, es sogar nach der Meinung der Paderbornischen Schriftsteller nicht einmal eines weiteren Beweises für das Hochstift Paderborn, dieses Punctes halber, bedürfe.

§. 47.

§. 47.

11) Beweis aus Spangenbergs Schaumburgischer Chronik.

Endlich haben auch die Paderbornischen Anwälde auf die mehrbemeldete Schaumburgische Chronik Lib. IV. c. 18. sich bezogen, und daraus, daß die ganze Grafschaft Sternberg ein Paderbornisches Stiftslehen gewesen sey, und in solcher Eigenschaft von den gesamten Grafen von Holstein-Schaumburg, bis auf die Zeiten des Bischof Dieterichs von Paderborn, und des Grafens Otto, besage der in den Acten beygebrachten Lehnbriefe und Reversalien anerkannt worden sey, behauptet.

Zweytes Kapitel.

Lippische Gegengründe, nebst Beantwortung der Paderbornischen Gründe.

§. 48.

1) Vorgebliche Lehnbarkeit der Grafen von Sternberg.

Wie wenig die, von Seiten des Hochstifts Paderborn, beygebrachte Beweise der Lehnbarkeit, zu den Zeiten der Grafen von Sternberg, für relevant anzusehen, wird sich aus folgendem ergeben.

So viel nemlich

a) den Lehnbrief vom Jahr 1402 (§. 37.) anbetrifft: so ist

1) derselbe noch zur Zeit weder im Original, noch in beglaubter Abschrift beygebracht worden, und hat folglich gar keine Beweiskraft. Es schadet auch nichts, daß derselbe, Gräflich Lippischer Seits, selbst zu den Acten gebracht worden, da das beklagte Gräfliche Haus dessen Inhalte deutlich widersprochen, und also einer an sich unbeweisenden Urkunde dadurch keine Glaubwürdigkeit zuwachsen kann;

2) ist sogar nach dem Zeugniß der glaubwürdigsten Schriftsteller das Gräfliche Haus Sternberg schon im Jahr 1399 ausgestorben, und die Frage: ob im Jahr 1402 noch ein Graf Johann von Sternberg gelebt habe? und folglich von dem Hochstift Paderborn seine Grafschaft habe zu Lehen empfangen können? annoch unerwiesen. Hermann von **Lerbeke** (in chronico comitum Schawenburgicorum; beym **Meibom** in scriptoribus rer. Germ. T. I. p. 519.) ein Dominicanermönch im Paulinerkloster zu Minden, welcher um diese Zeit, und in der Nachbarschaft der Grafschaft Sternberg gelebt hat, nennt den lezten Grafen von Sternberg **Johann**, und erzählet von demselben, daß er dem für das Haus Braunschweig-Lüneburg entscheidenden Treffen bey Winsen, welches im Jahr 1388 vorgefallen ist, (chronicon Mindense beym **Meibom** l. c. p. 570.) beygewohnet habe. Nun sagt zwar dieser glaubwürdige Geschichtschreiber nicht ausdrücklich, daß er in diesem Treffen geblieben sey, und man hat, aller angewandten Mühe ohnerachtet, kein entscheidendes Zeugniß eines gleichzeitigen Schriftstellers von seinem eigentlichen Todesjahre ausfindig machen können, obgleich der verdienstvolle **Imhof** (in notitia S. R. I. procerum lib. 9. c. 4. §. 5. p. m. 104. edit. Koehler) den Ausgang des ganzen Gräflich Sternbergischen Geschlechts ins Jahr 1399 setzet. Allein es ist äußerst glaublich, daß solcher schon im Jahr 1396 erfolget sey, da eben der vorbemeldete Hermann von **Lerbeke** (l. c. p. 520.) erzählet, daß am Pfingstsonnabend dieses

ses Jahres der Graf von Ravensberg sich des Schlosses Sternberg, während des Mittagsessens, bemächtiget, und solches über Jahr und Tag besessen, endlich aber, durch Vermittelung verschiedener Herren, dem Junker Adolf von Schauenburg, für 1500 Gulden wieder abgetreten habe. Da nun dabey gar keines Grafens von Sternberg mehr Erwähnung geschiehet: so läßt sich daraus mit vollem Beyfalle der Rechte und Vernunft schließen, das in besagtem Jahre das Gräfliche Sternbergische Geschlecht schon müsse ausgestorben gewesen seyn, daß aber dem Hermann von Lerbeke in dieser Erzählung völliger Glauben beyzulegen sey, ist um so weniger zu zweifeln, da derselbe um diese Zeit gelebet, und von Begebenheiten redet, welche unter seinen Augen, in der Nachbarschaft vorgefallen sind (I. A. *Ernesti* de fide historica rite aestimanda.) Dies vorausgesetzt läßt sich die Frage: was von dem angeblichen Lehnbriefe vom Jahr 1402 zu urtheilen sey? leicht beurtheilen, zumalen wenn man bedenkt, daß alle Urkunden in den damaligen Zeiten von Mönchen und Geistlichen aufgesetzet worden, welche kein Bedenken trugen, dergleichen Urkunden, zum Besten ihrer Kirchen oder Klöster, zu schmieden, wie aus unzähligen Beyspielen erwiesen ist (I. W. *Hoffmann* de lubrico artis diplomaticae. H. *Oberkamp* de secura artis diplomaticae crisi.) Hierzu kommt

3) daß nach dem Zeugniß des von dem Herrn Kläger so hochberühmten **Spangenbergs** (l. c. p. 227.), welchen Herr Kläger, in diesem Puncte, da er ihn für sich anführet, auch wider sich gelten lassen muß, Graf Henrich und sein Sohn Johann zum Sternberge, die ganze Grafschaft an Grafen Otto zu Holstein-Schaumburg 1377 wiederkäuflich, im Jahr 1391 aber

erb- und ewiglich

verkauft und abgetreten haben, und zwar

mit allen Rechten, wie die ihnen ihr Vater aufgeerbet,

wie solches auch aus denen §. 92. unten angeführten Urkunden noch weiter erhellet.

Gesetzt also auch, daß, wie jedoch nicht glaublich ist, der angebliche Lehnbrief vom Jahr 1402 annoch im Original aufgefunden und produciret werden möchte: so würde dennoch die ganze Handlung um so viel mehr für null und nichtig angesehen werden müssen, da es dem Grafen Johann zu Sternberg nicht frey gestanden, eine bereits erb- und ewiglich verkaufte Grafschaft einem andern Herrn zu Lehen aufzutragen, oder deren Lehnbarkeit, zu dessen Gunst, und zum Nachtheil des Käufers, anzuerkennen, welchem zufolge also aus sothaner Urkunde, wenn sie auch in beglaubter Gestalt zum Vorschein kommen sollte, für das Hochstift Paderborn, nichts gedeihliches würde gefolgert werden können. Was aber

b) den angeblichen Extract des Paderbornischen Lehnregisters anbelanget, worauf man sich, von Seiten der Herren Kläger, mit so vieler Zuversicht, berufen hat: so läßt sich auch daraus die Lehnbarkeit der in Frage befangenen Güter keinesweges behaupten. Denn ohne einmal der Einwürfe umständlich zu gedenken, welche der Gräflich Lippische Anwald in dem Productionstermine vom $\frac{14}{24}$ Junius 1699, gegen dessen äußerliche Gestalt und Sprache, bereits gemacht hat (s. Copia Kaiserlichen Commissionsprotocolls p. 5. sq.) so constiret

a) nicht, von wem, und aus welcher Auctorität, auch aus welchen Quellen, sothanes Lehnregister aufgesetzet worden, mithin ist solches zur Zeit für weiter nichts, als für ein Collectaneenbuch anzusehen, welches von

einem

einem oder mehreren unbeglaubigten Schriftstellern zusammen getragen worden, und in den Rechten gar keinen Glauben verdienet. Sodann

b) gibt der unbestimmte Ausdruck: **ein Greve van Sternberg heft entfangen**, deutlich zu erkennen, daß der Concipient dieser dem angeblichen Lehnsregister inserirten Klausel nicht einmal den anmaßlichen Lehnbrief vor Augen gehabt haben müsse, weil er sonst unstreitig wenigstens dessen Namen angeführet haben würde; daher diese Klausel in solchem Betrachte als instrumentum referens sine relato anzusehen ist, und keinen Glauben verdienet. Und obwol

c) Fürstlich Paderbornischer Seits vorgegeben wird, daß man dieses Lehnregister aus dem Paderbornischen Archive genommen habe: so ist dennoch

1) dieser Umstand in facto nicht erwiesen, und vielmehr, Gräflich Lippischer Seits, in dem Productionstermine standhaft abgeleugnet worden. Gesetzt aber

2) daß solches, wie man jedoch nicht glaubt, erwiesen werden könnte: so würde solches dem Fürstlichen Herrn Kläger wenig oder gar nichts helfen. Es ist nemlich eine, aus den ersten Grundsätzen der Rechte, bekannte Sache, daß die bloße Aufbewahrung einer Urkunde in einem Archive derselben keine Beweiskraft beylegen mag, sondern dazu die gesetzmäßige innerliche Beschaffenheit derselben hinzukommen muß. (T. L. de *Berger* animaduerſ. ad Cocceii ius publ. p. 777. sq. D. G. **Strubens** vernichtigter Beweis der völligen Landeshoheit vor dem Interregno §. 18. **Eben desselben** Nebenstunden. T. VI. p. 420.) Denn wenn die gegenseitige Meinung angenommen werden sollte: so würde es einem jeden Besitzer eines Archives frey stehen, unbeglaubigte Urkunden schmieden zu lassen, und, nachdem solche im Briefgewölbe niedergeleget worden, daraus alle nur erdenkliche Ansprüche zu formiren; eine Sache, für welche, zumal Mindermächtige, zu zittern Ursach haben würden! Ein solches ius archiui aber kennen Gottlob! die Rechte gar nicht! (N. 15. c. 5. §. 2. N. 49. c. 2. J. W. *Waldschmid* de probatione per diplomataria. Marb. 1735.) Da nun aus dem obigen erhellet, daß der Verfasser dieses angeblichen Paderbornischen Lehnsregisters nicht einmal bekannt ist, und man folglich dessen Glaubwürdigkeit zu beurtheilen nicht im Stande ist, ohnehin auch selbiges nicht einmal mit dem angeblichen Lehnbriefe, worauf es sich stillschweigend beziehet, völlig übereinstimmet: so ist es allerdings, in Rücksicht auf die gegenwärtige Streitigkeit, als eine nichtsbedeutende Charteque, mit vollem Beyfalle der Rechte, anzusehen. Zugleich aber ergiebt sich hieraus, daß

1) die Grafen zu Sternberg ihre ganze Herrschaft, namentlich auch die jezt in Untersuchung befangene Stücke, als wahres Erbgut besessen, und in solcher Eigenschaft darüber frey disponiret, auch

2) an die Grafen zu Schaumburg erb- und ewiglich, in den Jahren 1377 und 1391, verkauft haben, mithin

3) die Güter qu. zu den Zeiten der Grafen zu Sternberg, dem Hochstift Paderborn keinesweges lehnbar gewesen, allenfalls

4) die, zur Zeit, nicht einmal erwiesene Lehnsanerkennung des Grafen Johann im Jahr 1402 dem Grafen von Schaumburg, als Käufern, und da ihre Einwilligung in sothane Lehnsanerkennung nicht constiret, keinesweges präjudiciren könnte.

Noch eine Schlußanmerkung! Die Paderbornischen Schriftsteller haben sich, zu Rettung des auf das Paderbornische Lehnregister gebaueten Beweises, gar häufig auf dessen **hohes Alterthum** gegründet, und den Satz aufgestellet, daß bey solchen alten Urkunden das Alter allein den Abgang der Solennitäten ersetze. Nun gibt es freylich verschiedene Rechtslehrer, welche dieser Meynung beypflichten, und solchen Urkunden einen vollen, oder wenigstens halben, Beweis beylegen. Allein ihre Meynung ist in den Gesetzen nicht gegründet, und **Leyser** (sp. 261. m. 7.) widerleget sie gar schön in folgenden Worten: Ego vero soli vetustati, nisi alia adminicula accedunt, tantum non tribuo. Aiunt quidem, ex antiquitate praesumtionem induci, omnia bona fide & solemniter facta. At haec praesumtio ex sola antiquitate non oritur. Certe priscis temporibus fraudes & falsa tam fuere frequentia, quam nostris. Et in obseruandis solemnibus nostra aetas accuratior fere est, quam maiores nostri fuere. Qua de re si quis dubitat, conferat quaeso acta iudicialia ante centum annos confecta cum recentioribus. Reperiuntur praeterea falsarii adeo vafri & subtiles, vt scripturam veterem mirifice exprimere, & chartam etiam, qua vtuntur, etsi recens confectam, infuscare, ac schedis antiquis simillimam reddere norunt. Horum itaque dolis aditum aperies, si solam scripturae antiquitatem plene probare dicis. Ipse Iustinianus in Nouella CXI. pr. negat, per seculi spatium documentis integritatem suffragari. Bey diesen Umständen also ist es dem Hochgräflich Lippischen Hause keinesweges zu verdenken, daß es dieser Urkunde, da man ihren Verfasser nicht kennet, keine Unterschrift darunter befindlich, und überdem solche nicht aus dem Archive genommen ist, schlechterdings alle Beweiskraft abgeleugnet hat.

§. 49.

Lippische Gründe gegen die Lehnbarkeit unter den Grafen von Schaumburg.

So viel ferner die Beweisthümer für die Lehnbarkeit unter den Grafen von Schaumburg anbetrifft: so sind

1) der Lehnbrief von 1489, und
2) die Reversalen von 1417

bloße unvidimirte Abschriften, folglich ist daraus gar kein Beweis zu führen.

Der Lehnbrief von 1638 hingegen ist, besage des commissarischen Berichtes von 1694

pag. 7.

mit gar keiner Unterschrift versehen, auch kein kenntliches Pettschaft darunter gedruckt, mithin dieses sogenannte Original für irrecognoscibel zu achten; wie dann auch der Fürstlich Paderbornische Bevollmächtigte in dem Productionstermine selbst solches abzuleugnen nicht vermocht.

Ueberdem leget sich die Unrichtigkeit des Lehnbriefes von 1489 schon daraus zu Tage, daß

a) der Bischof Simon von Paderborn bereits im Jahr 1488, seines hohen Alters und Schwachheit halber, die Regierung niedergeleget, und in der Stille zu Dringenberg gewohnet hat, wo er auch im Jahr 1489 bereits verstorben ist, daher nicht zu vermuthen ist, daß er solchem Belehnungsgeschäfte sich unterzogen, und den in Frage befangenen Lehnbrief ausgefertiget haben sollte (s. Schaten in annal. Paderborn. lib. 18. ad a. 1488 & 1489).

Der

Der Pater Michael **Strunk** (P. III. annal. Paderb. P. III. p. 1.) berichtet auch, daß hochgedachter Bischof den 5ten Merz 1489 verstorben ist, und dennoch wird sein Lehnbrief auf den Dienstag na Petri ad vincula datiret, welches Fest bekanntlich auf den ersten August fällt, wo also der Bischof schon auf fünf Monat todt gewesen. Sodann

b) gleichergestalt ist der Graf Erich II, für welchen der erträumte Lehnbrief ausgefertiget worden, schon im Jahr 1485, am Sonntage Oculi verstorben, und zu Stadthagen ins Barfüßerkloster begraben (s. den in solchen Kleinigkeiten großen **Spangenberg** p. 240.), mithin schlechterdings unmöglich, daß er fünftehalb Jahr nach seinem Tode eine Belehnung von einem ebenfalls schon verstorbenen Bischofe habe erhalten können.

§. 50.

Die Reversalen von 1417 beweisen nichts.

So viel ferner die §. 39. eingerückte Lehnsreversalen vom Jahr 1417 anbetrifft: so sind auch diese von aller Beweiskraft entblößet. Denn

1) ist davon eine bloße unbeglaubigte Abschrift zu den Acten gebracht, auch sogar, Fürstlich Paderbornischer Seits, nicht einmal die Existenz eines Originals angeführet worden; daher diese Urkunde, nach der Natur der Sache, gar nichts erweiset.

2) ist der darin angeblich die Belehnung empfangende Graf Adolf XIII schon im Jahr 1410 verstorben (**Spangenberg** l. c. p. 238.), und also ebenfalls unmöglich, daß er sich sieben Jahre nach seinem Tode noch habe belehnen lassen können.

3) soll die Belehnung zu Stapelage, im Felde, geschehen seyn. Gleichwohl ist dieser Ort unleugbar unter Gräflich Lippischer Landeshoheit belegen, und also unbegreiflich, wie eine solche Lehnsherrliche Handlung, von Seiten des Hrn. Fürstbischofs von Paderborn, in einem außer den Grenzen des Hochstifts Paderborn gelegenen, und von diesem nicht einmal zu Lehen gehenden Orte habe vorgenommen werden können (s. C. H. *Geisler* progr. de loco inuestiturae. Marb. 1779.).

Sollte also auch, wie man jedoch diesseits nicht glaubt, jemals ein angebliches Original dieser Urkunde zum Vorschein kommen: so würde solches, als offenbar untergeschoben, schlechterdings betrachtet werden müssen.

Der Paderbornische Einwurf aber, daß

a) das Hochstift das Unglück gehabt habe, viele seiner Urkunden durch den Brand zu verlieren, und daher die abgehenden Originalien nicht beybringen könne; sodann

b) es eines Originals davon nicht bedürfe, weil man die angefochtenen Urkunden, von Seiten der Herren Beklagten, selbst produciret habe, und also auch gegen sich müsse anführen lassen, ist bereits im Revisionslibell §. 11. dahin hinreichend beantwortet worden, daß

ad a) der lezte Brand in Paderborn, nach dem Zeugniß des *Schatenii* (annal. Paderb. T. II. ad a. 1340.) sich bereits im Jahr 1340, folglich lange vor der Zeit der jezt in Frage seyenden Urkunden zugetragen habe, und solches

Unglück daher dem Hochstift Paderborn, in Rücksicht auf die gegenwärtige Sache, nicht zu Statten kommen könne, und daß es

ad b) zwar wahr sey, daß von der Gräfin Katharina zur Lippe die oben angeführte vorgebliche drey Lehnbriefe den in possessorio von derselben übergebenen exceptionibus summariis sub- & obreptionis, vom Graf Hermann Adolph aber zwey derselben, nemlich der von 1402 und der von 1489 den Duplicis wiederholt beygelegt worden, auch daß es eine gemeine Rechtsregel sey, daß derjenige, welcher ein Document für sich produciret, solches auch wider sich gelten lassen müßte. Allein diesem ist auch entgegen gesetzt, daß diese Regel nur dann Anwendung finde, wenn das Document in einer glaubwürdigen Form, oder in einer nicht streitigen Sache, oder ohne allen Widerspruch und Protestation beygebracht worden, nicht aber dann, wann nur eine bloße Abschrift beygebracht, oder der Gegenstand, weshalb es beygebracht ist, eine zwischen beiden Theilen streitige Sache betrifft, oder wann bey oder nach der Production dem Inhalt des Documents ganz oder zum Theil widersprochen, oder solcher eine Protestation, sich dadurch darauf nicht einzulassen, beygefüget ist. Es kann daher auch hier jene Regel keine Anwendung erhalten, indem nicht nur die angeblichen Lehnbriefe in nichts beweisenden Abschriften, wovon noch bis jezt gar keine Originalien aufgewiesen werden können, beygebracht sind, sondern auch der Gegenstand eine zwischen beiden Theilen in Streit befangene Sache betrifft, und durch deren Production so wenig von der Gräfin Katharina, als dem Graf Hermann Adolph die Lehnseigenschaft der in Frage seyenden Güter anerkannt, sondern vielmehr ausdrücklich dieselbe abgeleugnet ist. Denn es ist von Seiten der Herren Beklagten dem Inhalte der producirten Urkunden stets auf die standhafteste Art widersprochen, und die Lehnbarkeit von Barrentrupp, Salzuffeln u. s. f. gänzlich geleugnet worden, mithin kann die geschehene Production sothaner Urkunden dem Hochgräflich Lippischen Hause nicht zum Nachtheil gereichen.

§. 51.

Die Schaumburgischen Lehnbriefe und Reversalen beweisen nichts gegen das Haus Lippe.

Was ferner das Hochfürstlich Paderbornische Hauptpalladium, nemlich die den ausgestorbenen Grafen von Schaumburg in den Jahren 1500, 1548, 1569, 1576, 1580, 1586, 1605, 1620, 1627 und 1631 ertheilte Belehnungen und darüber ausgestellte Lehnbriefe und respective Reversalien, anbetrifft: so sind selbige zwar, besage des darüber abgehaltenen Kaiserlichen Commissionsprotocolles, größtentheils im Original produciret, und die Siegel, die siebente Urkunde ausgenommen, unbeschädiget gefunden worden; und muß man daher den Satz, daß die Grafen von Schaumburg einige, den Grafen von Sternberg zugehörig gewesene Güter, von dem Hochstift Paderborn zu Lehen genommen haben, als daraus erwiesen, annehmen.

Nichts desto weniger aber können diese gesammte Lehnbriefe in Rücksicht auf den gegenwärtigen Rechtsstreit, zum Nachtheile des Hochgräflichen Lippischen Hauses, schlechterdings nichts erweisen. Denn

1) sind überhaupt alle diese Lehnbriefe, in Ansehung des beklagten Hochgräflichen Hauses, als eine res inter alios acta zu betrachten, und daher gegen dasselbe um so weniger zu allegiren, da aus den Acten nicht erhellet, daß selbige

bige von denen an die Grafen von Schaumburg ertheilten Belehnungen Wissenschaft gehabt, und solche ausdrücklich oder stillschweigend genehmiget, daher solche zwar gegen die ehemaligen Grafen von Schaumburg, nicht aber gegen die Herren Grafen von der Lippe, zum Beweise gebrauchet werden mögen (t. t. Cod. acta inter alios. I. G. *Siegel* tr de litteris inueſtit. c. 3.); daher der Reichshofrath von **Wernher** (T. I. ſelect. obſ. forenſ. P. I. obſ. 84. p. 78. und T. II. P. 7. obſ. 191. p. 304.) gar recht ſchreibt: cum illae litterae inueſtiturae nihil aliud, quam contractum inter dominum directum atque vaſallum contineant, ita tertium ſicuti non obligare, ita nec contra eumdem quidquam probare poſſunt, cum res inter alios acta tertio nullo modo praeiudicare poſſit.

L. 27. §. 4. D. de pact.

2) Wird von Seiten der Fürstlichen Herren Kläger selbst eingestanden, daß das Hochgräfliche Haus Lippe zu der Zeit, da die Grafen von Schaumburg sich die Belehnung über die in Frage seyende Güter ertheilen zu lassen angefangen, schon in deren Besitze gewesen, daher es sich von selbst verstehet, daß es nicht in der Gewalt der Herren Grafen von Schaumburg gestanden, diese Güter, welche, unter ihren ehemaligen eigenen Grafen, unstreitiges Allodium gewesen (§. 37.), zum Nachtheil des Gräflich Lippischen Hauses, welches solche als freyes unbeschwertes Erbgut erhalten, in Lehen umzuschaffen.

Nun wird zwar, Paderbornischer Seits, dagegen eingewendet, daß die Herren Grafen von der Lippe erst erwehnte Güter und Herrschaft Sternberg nur Pfandweise von den Grafen von Schaumburg erhalten, diese also, als unstreitige Eigenthümer, darüber noch immer frey zu disponiren, und solche also auch einem Dritten zu Lehen aufzutragen befugt gewesen. Allein

1) haben die Herren Grafen von der Lippe dieses Vorgeben, daß Sie die Sternbergischen Güter und Herrschaft bloß Pfandweise besessen, gänzlich ins Leugnen gestellet, wie im folgenden umständlich ausgeführet werden wird (§. 73-77.); im Fall man aber auch

2) jedoch keinesweges eingestanden, solches einen Augenblick als richtig annehmen könnte: so ist es eine aus der Geschichte der mittleren Zeiten bekannte Sache, daß die Schuldner aus dem hohen Adel, bey Verpfändung von Land und Leuten, dem Gläubiger gewöhnlich, so lange als die Schuld nicht abgetragen worden, das Eigenthum des verpfändeten Landes, mit der Landesherrlichen Hoheit und allen davon abhangenden Regalien, zu übertragen pflegten (Io. *Strauch* de oppignorationibus imperialibus; in seinen opuſculis p. 727. ſq. N. H. *Gundling* de iure oppignorati territorii. 1706. H. Chr. L. B. de *Senkenberg* de iudice controuerſiae de reluitione territorii. 1739. Ioach. *Pottgieſſer* de indole & natura pignoris ſ. 3. c. 2. p. 207. ſqq. Chr. Gottl. *Riccius* de dominio pignoris Germanici. Gott. 1747.), und sich also von selbst verstehet, daß alsdann dem Schuldner nicht frey gestanden habe, über seine verpfändete Güter, so lange der Pfandcontract dauerte, eine dem Gläubiger nachtheilige Disposition zu machen.

Nun besagen die, nach der gegenseitigen Hypothese, aus des **Spangenbergs** (p. 229. sq.) Schaumburgischen Chronik angeführte angebliche Pfandbriefe, daß die Grafschaft Sternberg überhaupt, und die in Frage befangene Stücke insonderheit

mit allem Rechte und Zubehörungen, Herrlichkeiten, Rechten und Gerechtigkeiten

auf das beklagte Hochgräfliche Haus Lippe transferiret worden, woraus sich das sogenannte dominium pignoris Germanici klar ergiebet; daher, falls man auch, wie jedoch keinesweges geschiehet, die Richtigkeit der angeblichen Verpfändung einen Augenblick zugeben wollte, dennoch den Grafen von Schaumburg eine solche eigenmächtige Verwandelung des nicht mehr in ihrem Eigenthum befindlich gewesenen Pfandes in Lehen nicht frey gestanden haben würde, und folglich sothane Lehnshandlungen in Ansehung der Herren Grafen von der Lippe allerdings für null und nichtig, und ihren auf die Sternbergische Herrschaft und obgedachte Güter erhaltenen Gerechtsamen für unnachtheilig gehalten werden müßten.

§. 52.

Die Bestätigung der Erbverbrüderung erweiset die Lehnbarkeit der qu. Güter nicht.

Was ferner die im Jahr 1511 erfolgte Paderbornische Bestätigung der Erbverbrüderung zwischen den Häusern Holstein-Schaumburg und Lippe anbetrifft (§. 41.): so hat es freylich seine Richtigkeit, daß der Bischof Erich darin sagt:

> so dann gemelter Unser leven Ohmen von Holstein und Schaumburg, und der Lippe, **Lande, Herrlichkeiten und Gebiete etliche von Uns und unserm Stifte tho Lehen getragen werden, und unser Stiften Lehnrörig seyn,**

und daß er eben in dieser Absicht

> **so viel uns das ankommen mag,** und was den von Uns und unserm Stifte Lehnrörig ist

zu der geschlossenen Erbverbrüderung seine Einwilligung ertheilet. Allein dieser Umstand kann, in Rücksicht auf die gegenwärtige Streitigkeit, und bey der Frage: ob die Grafschaft Sternberg, oder Barrentrupp, Salzuffeln u. s. f. von Paderborn zu Lehen gehe? zu Gunsten des Hochstifts nichts erweisen. Denn

1) erfordern die Rechte bey der Lehnbarkeit eine ganz genaue Bestimmung der einzelnen zu Lehen gegebenen oder aufgetragenen Stücke, da in zweifelhaftem Falle, auch bey Herzogthümern, Grafschaften u. s. f. alles für Allodium gehalten wird.

> II. F. 51. §. 1. si contentio.
> *Sixtinus* de regal. lib. I. c. 4. n. 63.
> *Antonii* disp. XV. c. 7.
> *Horn* iurisprud. feud. c. 2. §. 6. p. m. 44.

Dieses ist aber in der Bischöflichen Bestätigung gar nicht geschehen, und der unbestimmte Ausdruck

> Herrlichkeiten und Gebiete **etliche** von Uns tho Lehen getragen werden

kann, nach der Natur der Sache, keine Vermuthung der Lehnbarkeit dieses oder jenes Bestandtheiles der Grafschaft Sternberg begründen. Sodann

2) hat es seine Richtigkeit, und ist, wie die Acten ergeben, eine unter beiden streitenden Theilen eingestandene Sache, daß sowol die ausgestorbenen Grafen von Holstein-Schaumburg, als die Herren Grafen von der Lippe, verschiedene beträchtliche Stücke von dem Hochstift Paderborn zu Lehen getragen haben, und respective noch tragen. Der Pater **Strunk** (l. c. p. 79.)

redet

redet davon bey Gelegenheit der dem Grafen Simon von der Lippe ertheilten Freyheit, im Fall er unbeerbt bleiben würde, ein oder das andere mal sich aus seinen nächsten Verwandten einen Nachfolger zu ernennen, und rechnet dahin: tantos ecclesiae fundos videlicet Lemgouiam, Dethmoldiam, Hornam, Falkenbergam & Lage cum suis satrapiis. Ohne sich nun jetzo in die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieses Verzeichnisses einzulassen, giebt der Augenschein, daß, da beide erbverbrüderte Häuser sich eine wechselseitige allgemeine Erbfolge stipuliren wollten, und beide Stiftspaderbornische Vasallen waren, in solcher Absicht die Einwilligung des Lehnherrn in die geschlossene Erbverbrüderung gesuchet werden mußte. Da aber der Bischof Erich solche nun:

so viel uns das ankommen mag, und was den von Uns und Unserm Stifte lehnrörig ist

ertheilet: so ergiebt sich daraus der Schluß von selbst, daß daraus kein zu Recht beständiger Beweis für die Lehnbarkeit der ganzen Grafschaft so wenig, als der übrigen in der Bischöflichen Bestätigung nicht namentlich ausgedrückten Stücke gefolgert werden könne, und also die Bischöflich Paderbornischen Schriftsteller dieser Urkunde würklich eine grössere Beweiskraft beygelegt haben, als sie mit sich führet.

§. 53.

Die Einwilligung in die Verpfändung von Sternberg beweiset nichts gegen Lippe.

Auch diese, mit so vielem Gepränge, und gleichsam im Triumphe aufgeführte Urkunde (§. 42.) ist, bey genauerer Untersuchung, in Bezug auf die gegenwärtige Streitigkeit, ganz irrelevant. Denn

1) ist, zur Zeit, kein Original davon zu den Acten gebracht, sondern eine bloße unbeglaubigte Abschrift, und daher, schon in solchem Betrachte, die ganze Urkunde zu Führung des Beweises untauglich.

2) Enthält selbige sogar den klaren Beweis der Allodialität von der Herrschaft Sternberg, indem die Grafen Anton und Johann ausdrücklich sagen:

De Herschop Sternberg, so unse Erve is.

Wogegen

3) der Umstand, daß der Bischof Erich in der angeblichen Bestätigung der Pfandschaft sich des Ausdrucks:

Die Herschop Sternberg, Unse und unser Kerken Leyn,

bedienet, nichts relediret. Denn da gar kein Schatten eines Beweises von der Lehnbarkeit der ganzen Grafschaft in den Acten vorhanden ist, auch kein einziger Lehnbrief darüber produciret werden können: so kann dieses verbis enuntiatiuis gethane Anführen des Bischofs, das ganze Land unmöglich, durch einen Federstrich, zum Paderbornischen Lehen machen; da die Rechte

II. F. 26.

in sich enthalten, daß einem Lehnherrn die Lehnseigenschaft eines in Anspruch genommenen Gutes nicht auf sein Wort geglaubet werden soll, sondern er die geschehene Lehnsertheilung oder Auftragung durch pertinente Beweise darthun muß.

Huld. de *Eyben* electa iur. feud. c. 6. §. 7.
F. *Rhetii* comment. ad ius feud. p. 216.
Carpzov P. I. C. 27. d. 9.
Schilter ex. 16. §. 84.
Thomasius de praesumt. allodialitatis. §. 41.
de *Selchow* electa iuris Germ. publ. & priu. p. 398. sqq.

Wollte man aber sagen, daß vielleicht unter diesem allgemeinen Ausdrucke die von den Grafen von Schaumburg als Lehen erkannte Theile der Sternbergischen Lande, worüber sie sich von Paderborn die Belehnung ertheilen lassen (§. 51), verstanden werden müßten: so stehet dabey zu bemerken, daß selbige in der Urkunde gar nicht erwähnet sind, und ohnehin, Gräflich Lippischer Seits, deren Lehnbarkeit an das Hochstift Paderborn gänzlich abgeleugnet worden. Nächstdem ist

4) nicht außer Acht zu lassen, daß, wenn auch, wie man jedoch diesseits nicht glaubet, ein Original der streitigen Urkunde jemals zum Vorschein gebracht werden sollte, solches in Ansehung der Herren Grafen von der Lippe als eine res inter alios acta & transacta angesehen werden müßte, da aus den Acten nicht constiret, daß

a) die ganze Urkunde zur Wissenschaft des damaligen Gräflichen Hauses von der Lippe gekommen, und selbiges

b) um die Bischöfliche Bestätigung der Pfandschaft nachgesuchet, vielmehr

c) die Acten ergeben, daß das beklagte Gräfliche Haus die Pfandeigenschaft gänzlich abgeleugnet hat, und vielmehr, daß dasselbe die ganzen Sternbergischen Güter und Herrschaften beständig als Erbe besessen, und in solcher Eigenschaft behandelt habe, dargethan ist, daher die Schwäche des auf diese Urkunde gebaueten Beweises sich deutlich zu Tage leget.

Zwar sucht man klagender Seits die Beweisgültigkeit dieser Urkunde mit der Behauptung zu erstreiten, daß Gräflich-Lippischer Seits solche in der Anl. sub lit. T. ab Quadruplicas N. 7. mit diesen Worten anerkannt sey:

> manifestum est in oppignoratione seu antichreseos constitutione in Baronatu Sternbergensi, item in subsecutis pactis de 1515. 1519 & novissime in pactis super eodem Baronatu conventis de anno 1585, nec illius Domini feudi nec agnatorum ad quos sic Baronatus, si feudum esset, aliquando revocari potuisset, consensum interveniisse. — — Cum igitur consensus qui in praedictis alienationibus requiritur, non intervenerit, inde cum primis concludendum est, Baronatum Sternbergensem esse allodialem &c.

Allein es erhellet aus diesen Worten deutlich, daß damit die Gültigkeit der Confirmation von 1519 nicht eingestanden, sondern vielmehr damit behauptet worden, daß, wenn solche auch würklich vorhanden, dennoch dieselbe zum Beweis der behaupteten Lehnbarkeit von Sternberg nichts beytragen könne, als für deren Allodialität immer die stärkste Vermuthung bleibe. Dies erscheint noch deutlicher aus der vorhergehenden, in der erwähnten Anlage befindlichen Behauptung, wo es heißet:

> Quinto, eo magis Baronatus Sternbergensis allodialis & non feudalis existimari debet, quia non tantum tunc praesumitur res libera & allodialis, quando a re feudali plane separata est, sed etiam quando ea rei feudali contigua & confinis vel etiam in ipso territorio, quod vasallus in feudum habet, sita est.

§. 54.

Auch das Loskündigungsinstrument von 1575 beweiset nichts.

Was diese §. 43. angeführte Urkunde anbetrifft: so ist freylich richtig, daß der Graf Otto von Schaumburg darin die Lehnbarkeit vom Schloß,

Stadt und Amt Barrentrupp, zum Vortheil des Hochstifts Paderborn, eingestehet. Allein auch dadurch kann solche gegen das beklagte Hochgräfliche Haus Lippe keinesweges dargethan werden. Denn

1) ist die ganze Urkunde bisher bloß in unbeglaubigter Abschrift produciret worden, und hat also überhaupt keine Beweiskraft; sodann

2) kann dieses Geständniß dem Gräflichen Hause Lippe, als einem dritten, und da es obendrein solchem Geständniß widersprochen hat, auf keine Weise zum Nachtheil gereichen, cum quilibet sui quidem, non ita alieni facti, scientiam habere praesumatur, nec magis confessio, quam res iudicata, aliis nocere debeat

L. 63. D. de re iud.
L. 1. D. de confessis.

adeo vt ne vnius quidem heredis confessio coheredi noceat

Berlich. dec. 39.
Voetius in comm. ad Pand. tit. de confess. §. 3. p. m. 792.

Dem zufolge also

3) dieses Geständniß, da es gegenwärtig auf die Rechte des Hauses Lippe ankommt, zu dessen Nachtheil unmöglich angewendet werden kann.

§. 55.

Das Memorial des Grafen Johann Bernhard schadet dem Gräflichen Hause ebenfalls nicht.

So viel ferner das §. 44. angeführte Memorial des Grafen Johann Bernhard von der Lippe anbelanget, worin ein angebliches Geständniß der Paderbornischen Oberlehnherrlichkeit enthalten seyn soll: so ist

1) dasselbe offenbar dunkel und widersprechend. Dunkel, weil man nicht daraus ersehen kann, was eigentlich, nach der Meinung des Herrn Supplicanten, vom Hochstift Paderborn als Lehen relevire, und folglich schon in diesem Gesichtspuncte dieses Geständniß als irrelevant angesehen werden muß.

Widersprechend aber ist es, wenn eines Theils angegeben wird, daß Sternberg von dem Herrn Fürstbischof zu Paderborn als Lehen relevire, andern Theils aber behauptet worden, daß die Grafen von Schaumburg solche, seit undenklicher und unbewährter Zeit, titulo speciali erlangt, und allezeit ruhig ersessen habe, und obendrein Salzuffeln für eine Lippische Municipalstadt angegeben worden, ein solches schwankendes und unbestimmtes Geständniß aber hat in den Rechten gar keine Wirkung

L. 6. pr. D. de confess.
L. 11. §. 7. D. de interrog. in iur.
Lauterbach colleg. Pand. tit de confessis §. 15.
Stryk in vsu mod. eod. tit. §. 8.

2) war nur gedachter Herr Graf Johann Bernhard zu der Zeit ein bloßer apanagirter Herr, welcher durch seine einseitige Angabe dem regierenden Hause nicht präjudiciren konnte; überdem hatte derselbe

3) von der damaligen verwittibten Frau Gräfin Katharina, als Landesregentin und Obervormünderin, nicht allein keine Vollmacht, Namens

derselben im Gericht aufzutreten, sondern er stand vielmehr mit Derselben, wegen der Landessuccession, in heftigen Streitigkeiten; daher unbegreiflich ist, wie man Desselben äußerst verwirrte und widersprechende Aeußerung dem ganzen beklagten Gräflich Lippischen Hause entgegen setzen könne, da nicht einmal ein Procurator generalis seinem Clienten durch ein solches Geständniß schaden kann, wenn er nicht eine besondere Vollmacht zu einem Geständniß beygebracht hat

L. 20. pr. D. de interr. in iur. fac.
Stryk l. c. §. 6.
Lauterbach l. c. §. 9.

Außerdem ist

4) nicht einmal aus den Acten zu ersehen, daß er sothanes Memorial durch einen hinlänglich bevollmächtigten Anwald übergeben habe; vielmehr ist im Revisionslibelle §. 16. in facto ausgeführet, daß die Uebergabe durch den Stift-Paderbornischen und Churcölnischen gegenseitigen Anwald Crane geschehen sey, und der Herr Graf, nachdem er zur Regierung gekommen, und sich aus dem Archive eines bessern belehren lassen, das Gegentheil, nemlich die Allodialität der gesamten Sternbergischen Güter und Herrschaften behauptet habe; daher auch in diesem Betrachte, und weil

5) die jetzigen Hochgräflichen Herren Beklagte keine successores vniuersales hochgedachten Herrn Grafens geworden, desselben Geständniß, wenn es auch deutlich und pertinent wäre, dem jetzigen regierenden Hause zum Nachtheile nicht gereichen kann.

L. 11. D. de diu. temp. praescr.
Lauterbach de confessis. th. 26. sqq.
Mascard de probat. concl. 376.

§. 56.

Die Production der Lehnbriefe beweiset nichts gegen Lippe.

So viel hiernächst den §. 45. angeführten Einwurf anbelanget, daß das Gräfliche Haus Lippe selbst einige, die Paderbornische Lehnsgerechtigkeit enthaltende Lehnbriefe zu den Acten gebracht habe, und selbige folglich auch gegen sich allegiren lassen müsse: so fällt der Ungrund des darauf gebaueten Schlusses von selbst in die Augen. Denn obgleich die Sache selbst in facto ihre vollkommene Richtigkeit hat: so ergeben doch die ganzen Acten, daß Gräflich Lippischer Seits den darin befindlichen assertis, nemlich der Lehnbarkeit der Grafschaft Sternberg überhaupt, und der in Frage befangenen Stücke insonderheit, jederzeit standhaft widersprochen worden, bey solchen Umständen also kaum zu begreifen stehet, wie man solche Production für ein stillschweigendes Geständniß der Lehnbarkeit ansehen könne;

s. *Böhmeri* ius eccles. lib. II. t. 18. §. 2. sqq.

§. 57.

Das Geständniß der Frau Gräfin Katharina beweiset die Lehnbarkeit nicht.

Was ferner den, aus dem Geständnisse der Frau Gräfin Katharina, so wohl in dem Memorial an Kaiserliche Majestät, als in den exceptionibus summariis in possessorio, gezogenen Schluß anbetrifft: so ist zuvorderst in facto

cto anzumerken, daß nur gedachte Frau Gräfin, nach dem Tode ihres Gemahls, mit dem Herrn Grafen Johann Bernhard, über die Vormundschaft so wohl, als das Erbfolgsrecht ihrer Kinder, in große Streitigkeiten gerathen, und sie nicht allein ohne Räthe gewesen, sondern so gar das Archiv außer Landes gebracht worden, und Sie dazu keinen Zutritt gehabt hat; daher es nicht zu bewundern ist, daß selbige, als eine der Rechte unerfahrne Dame in solchen Sachen, welche theils die genaueste Kenntniß der Rechte, theils der Lippischen Hausverfassung erforderten, Fehltritte begehen und irren können, zumahl da ihre einzige Rathgeberin die verwittibte Frau Gräfin Elisabeth von Schaumburg gewesen, von welcher Sie eben die zum Theil unvollkommene, zum Theil unrichtige Nachrichten von der Beschaffenheit der Sternbergischen Güter und Herrschaften erhalten hat.

Nun ist es aber unbezweifelten Rechtens, daß ein error in facto, während des Rechtsstreites allemahl von den Partheyen revociret werden darf,

L. 7. C. de iur. & facti ignor. c. 3. x. de confess.
Faber in Cod. lib. 2. t. 6. d. 1.
Cocceji in iure contr. tit. de procurat. qu. 14.

daher es auch unter den gegenwärtigen Umständen der, sonst den Minderjährigen gegen dergleichen nachtheilige Handlungen ihrer Vormünder zukommenden, Herstellung in den vorigen Stand keinesweges bedarf,

L. 3. C. si tut. vol. cur. interu.
de *Lynker* P. 3. d. III.
de *Wernher* T. I. P. I. obs. 264. p. 236. sq.

Außerdem ist das Geständniß der mehr hochgedachten Frau Gräfin von der Beschaffenheit, daß selbiges die Lehnbarkeit, zum Besten des Hochstifts Paderborn, zu beweisen nicht vermag, indem darin auf keine bestimmte, in den Rechten erforderliche Art, was eigentlich aus der Sternbergischen Nachlassenschaft für Paderbornisch Lehen zu halten sey? abzunehmen stehet. Vielmehr heißt es in der Exceptionsschrift ausdrücklich, daß

1) Schloß, Stadt und Amt Sternberg, wie auch die dazu gehörige Stadt Bösingfeld, nebst dem Schlosse Alverdissen für wahre und unbezweifelte Erbstücke anzusehen seyen, hingegen
2) nur das Schloß Beringdorf, nebst dem Dorfe Uffeln für Paderbornische Lehen zu halten,

wobey jedoch ausdrücklich die Verwahrung vorkommt, daß unter dem Dorfe Uffeln nicht die im Lippischen territorio belegene, privilegirte, und in viele Wege dotirte Stadt Salzuffeln zu verstehen sey, ob man selbige gleich, Paderbornischer Seits, dafür surrogiren wollen.

Es würde also dieses Geständniß, falls selbiges auch, wie jedoch aus vorher deducirten Grundsätzen nicht geschehen kann, dem Hochgräflich Lippischen Hause zum Nachtheil angeführet werden könnte, dem Hochstift Paderborn nur allein wegen des Schlosses Beringdorf, und eines Dorfes Uffeln, dessen Existenz sogar bezweifelt wird, zu Statten kommen können, hingegen die rei vindicationem, in der Maaße, als solche angestellet worden, zu begründen keinesweges vermögen.

Endlich ist auch dabey noch allerdings in Betrachtung zu ziehen, daß diese

in possessorio vorgebrachte, in facto irrige Umstände als bloße Einreden zu betrachten sind, welche in den Rechten für kein Eingeständniß gehalten werden

L. 9. C. de except.

c. 63. de reg. iur. in 6.

Sam. *Stryk* de excipiente non confesso.

welches seine Anwendung in gegenwärtigem Falle um so mehr findet, da die Frau Gräfin ihrer Erklärung die Protestation de lese non intromittendo nec consentiendo angehängt hat, und selbige daher, auch in diesem Betrachte, für ein in petitorio zureichendes gerichtliches Eingeständniß nicht angesehen werden mag.

Auf das von dem Grafen Johann Bernhard geschehene angebliche Eingeständniß der Lehnbarkeit aber, und wie weit solches dem Gräflich Lippischen Hause nachtheilig seyn könne? ist bereits §. 55. das Nöthige geantwortet worden.

§. 58.

Spangenbergs Chronik beweiset nichts gegen Lippe.

Was endlich noch die aus des Cyriacus **Spangenbergs** Schaumburgischer Chronik hergenommene Paderbornische Einreden anbetrifft: so ist bereits oben (§. 1.) von diesem elenden Geschichtschreiber, oder vielmehr Schmierer, ein gegründetes Urthel gefället worden, welches man hier zu wiederholen für unnöthig hält.

Hier ist es genug, zu bemerken, daß, wenn auch einem Geschichtschreiber, historisch betrachtet, die von ihm erzählte Thatsachen geglaubet werden, solches dennoch nicht zur fide iuridica für zureichend angesehen wird, sondern dazu Beweise aus würklich beygebrachten und als richtig anerkannten Urkunden, oder anderen rechtlichen Beweismitteln, erforderlich sind.

Ge. *Franzkii* variae resolut. lib. III. resol. 1. n. 132.

C. *Thomasius* de fide iurid.

H. *Bodinus* de eo quod iustum est circa testimonium historicorum.

I. W. *Kipping* de historiae, eiusque nominis, abusu c. 3. §. 2. p. 79. sqq.

Nun hat sich zwar dieser Meister Scribler des Namens archivalischer Urkunden bedienet, und daß er solche gelesen, auch ächt und unverletzt gefunden habe, behauptet. Aber er hat seinen Lesern keine einzige würklich mitgetheilet; daher seinen relatis, bey gänzlicher Ermangelung des referentis, nicht der geringste juristische Glaube beygeleget werden kann. Sein Urthel über die Beschaffenheit der Urkunden aber, und ob solche für ächt anzusehen oder nicht? verdienet ebenfalls nicht die mindeste Aufmerksamkeit, indem zu Spangenbergs Zeiten die Diplomatik noch gar nicht bearbeitet gewesen, und man daher falsche und wahre Urkunden zu unterscheiden noch nicht im Stande war, vielmehr viele tausend offenbar falsche Urkunden, mit blindem Köhlerglauben, für wahr und richtig angenommen worden. Es würde also äußerst hart und widerrechtlich seyn, in Sachen, wo es nicht auf flacianische Streitigkeiten, oder den Gebrauch des Binde- und Löseschlüssels, sondern auf Land und Leute ankommt, einem solchen Schmierer Glauben beyzumessen; zumal da er sich in den wichtigsten, in die gegenwärtige Rechtssache einschlagenden Thatsachen offenbar widerspricht, und aus dem ganzen Werke eine augenscheinliche Partheylichkeit gegen das Hochgräfliche Haus Lippe hervorleuchtet.

Drittes Kapitel.

Weitere Befestigung der Lippischen Gerechtsame auf Barentrupp, Salzuffeln u. s. f.

§. 59.

Einleitung.

Aus der bisherigen Ausführung erhellet, daß die von dem Hochstifte Paderborn beygebrachte Beweismittel und Urkunden

1) zum Theil falsch und untergeschoben;

2) großentheils bloße unbeglaubigte, die folglich gar keine Beweiskraft mit sich führen; auch

3) von der Beschaffenheit sind, daß sie, in Ansehung des beklagten Gräflichen Hauses, als res inter alios acta anzusehen sind, und dieses folglich nicht verbinden; endlich

4) die übrigen, aus den Acten und dem angeblichen Eingeständnisse des beklagten Theiles hergenommene Rechtsgründe ebenfalls theils irrelevant, theils unrichtig und unerwiesen sind.

Man könnte also, von Seiten des Hochgräflichen Hauses, mit Recht nach dem Grundsatze: actore non probante reus absoluitur, die ganze Sache auf sich beruhen lassen, und einer allerhöchsten reformatorischen Urthel mit Zuversicht entgegen sehen. Allein um auch allen Schatten des Verdachts, als ob man viele in den Acten vorkommende Einstreuungen für zu unwichtig angesehen und übergangen habe; und um zugleich die Gräflich Lippischen Gerechtsame noch in ein helleres Licht zu setzen, will man die seichte Beschaffenheit der von dem Herrn Gegentheil erhobenen petitorischen Klage noch näher entwickeln.

§. 60.

Der Paderbornische Klaglibell ist überhaupt dunkel, unbestimmt, und folglich ineptus.

Daß die von Seiten des Hochstifts Paderborn erhobene Klage rei vindicatio sey, liegt vor Augen, und ist eine unter beiden Theilen unstreitige Sache.

Nun ist aber aus den ersten Grundsätzen der Rechte bekannt, daß

1) der Gegenstand dieser Klage res certa seyn müsse,
L. 6. L. 11. D. de rei vind.
L. 1. 2. C. de sent. quae sine cert. quant. prof.

auch

2) die Klage überhaupt nur gegen den Besitzer Statt finde.

Man wende beide Sätze auf den gegenwärtigen Fall an: so wird sich augenscheinlich zeigen, daß der Libell unmöglich bestehen und gerettet werden könne.

In Rücksicht auf den ersten Satz ist evident, daß, wer Land und Leute mittelst einer solchen Klage vindiciren will,

1) den geographischen Umfang derselben genau bestimmmen,

2) die Gränzen accurat angeben,

3) die dazu gehörig seyn sollenden Pertinenzien ebenfalls accurat determiniren, vor allem andern aber

4) die Existenz der als Eigenthum in Anspruch zu nehmenden Sachen darthun müsse.

An allen diesen Erfordernissen mangelt es den Fürstlich Paderbornischen Schriftstellern gänzlich.

Man hat keine Charte, kein Lagerbuch u. d. g. beyzubringen gewußt, woraus, was eigentlich unter dem Namen der Grafschaft Sternberg, oder der Sternbergischen Schlösser und Aemter zu verstehen sey, beurtheilet werden könnte.

An Gränzbüchern und Flurcharten fehlet es gänzlich, daher man das petitum in dem

petitorischen Klaglibell p. 20.

auf eine sehr unschickliche Art bey dem Amte Barrentrupp so eingerichtet hat:

> zusammt dem ganzen Amt Barrentrupp, so weit selbiges von uralter Zeit sich erstrecket hat, und zum Theil annoch, als dahin destiniret, berechnet wird;

welche unbestimmte Ausdrücke sich auch bey den übrigen in Anspruch genommenen Stücken befinden.

Noch weniger ist man im Stande gewesen, die vindicirten angeblichen Pertinenzien genau zu bestimmen. Um daher nicht zu wenig zu erhalten, hat man so vortreflich libelliret, daß fast alle Regalien, Zölle, Zinsen, Dorfschaften u. s. f. kurz fast das ganze Land des Hochgräflichen beklagten Hauses darauf gehen müßte, falls nach der Schlußbitte des petitorischen Klaglibelles erkannt werden sollte.

Man fordert ein Dorf Uffeln, was im ganzen Bezirke der Gräflich Lippischen Herrschaften nicht anzutreffen ist. Man vindiciret eine Vogtey Müddenhorst, die ebenfalls nicht in rerum natura existiret.

Man vindiciret eben diese Vogtey Müddenhorst von dem Hochgräflichen Hause, ohnerachtet solche nie in deren Besitze gewesen, und noch nicht ist.

Mit Recht hätte also die ganze Klage, **immaßen sie angebracht**, von dem allerhöchsten Richter gänzlich verworfen werden sollen. Jedoch, es ist nöthig, eine weitere Zergliederung hinzu zu fügen.

§. 61.

Von der Vindication des Schlosses, Stadt und Amt Barrentrupp.

Den ersten besondern Gegenstand der petitorischen Klage macht Schloß, Stadt und Amt Barrentrupp aus. In dem petitorischen Libelle wird daher gebeten:

> Das Schloß Berindorf, vulgari vsu loquendi genannt Barrentrupp, mit dessen an und um selbiges Schloß gelegenen, eben auch solchen Namen von dem uralten Schloß habenden Stadt, zusammt dem ganzen Amt Barrentrupp — cum appertinentiis supra *partim* specificatis u. s. f.

dem Hochstifte Paderborn, als dessen Eigenthum, zuzuerkennen.

Daß

Daß ein solches Schloß, Stadt und Amt Barrentrupp existire, und im Besitze des beklagten Hochgräflichen Hauses sey, hat seine vollkommene Richtigkeit.

Ob es aber, wie es im Libell heißt, ein **Paderbornisches** Schloß, Stadt und Amt sey? ist eine andere Frage.

In denen von dem hohen Gegentheile zu den Acten gebrachten Lehnbriefen und Reversalien des ausgestorbenen Gräflichen Holstein-Schaumburgischen Hauses (§. 38. u. f.) kommt freylich der Ausdruck vor:

Mit dem Schlotte to Berinktorpe, mit siner Tobehörunge,

und die neueren Urkunden enthalten eben diesen Ausdruck.

Ist aber 1) das in diesen Lehnbriefen und Reversalien angeführte **Schlott Berinktorp** das heutige Schloß Barrentrupp? Dis wird von Seiten des Hochgräflichen Lippischen Hauses gänzlich geleugnet. Natürlicher Weise hätten also die Paderbornischen Schriftsteller die **Identität** von **Berinktorp** und **Barrentrupp** beweisen sollen, und man schämt sich diesseits so gar, die Richtigkeit dieses, einem jeden Institutionisten bekannten Rechtssatzes mit Gesetzen und Allegationen zu belegen.

Ist es aber, Paderbornischer Seits, würklich geschehen? Man kann, nach der mühsamsten Durchlesung der ungeheuren, seit mehr als hundert und vierzig Jahren aufgehäuften Acten mit reinem Gewissen antworten: Nein!

Um die Identität von beiden Namen darzuthun, hat man sich zweener Hauptgründe bedienet:

a) Die Aehnlichkeit des Namens Berinktorp und Barrentrupp.

b) Das Geständniß der Frau Gräfin Katharina.

Allein ad a) hat es zwar seine unleugbare Richtigkeit, daß die ursprünglichen Namen der Familien und Ortschaften durch den Sprachgebrauch sich oft auf eine unglaubliche Art verändert haben, und würde es eine ängstliche und armselige Gelehrsamkeit verrathen, diese allgemein bekannte Sache mit Beyspielen und Anführungen zu erläutern. Man lese inzwischen zum Beyspiel die vortrefliche zu Cassel im Jahr 1780 gedruckte

Nachricht von dem Pommerschen Geschlechte der von Sliwin oder Schlieffen. p. 81. u. f.

Wenn aber eine solche Veränderung in Zweifel gezogen wird, wie in diesem Falle geschehen ist: so muß entweder durch Urkunden, oder durch das Geständniß der gegenseitigen Parthey, oder auf andere in den Rechten zugelassene Art die würkliche Identität von dem Beweisführer dargethan werden. Ist dis aber von den Paderbornischen Schriftstellern würklich geschehen? Wahrlich nicht.

Urkunden, welche die Identität beider Benennungen erweisen könnten, sind gar nicht in den Acten.

Von dem Geständniß der Frau Gräfin Katharina, und wie wenig solches für Paderborn relevire, wird gleich gehandelt werden.

Andere Beweismittel aber, um diese Identität darzuthun, finden sich wiederum nicht in den Acten. Denn der Schluß: daß Barrentrupp ohngefähr in der Gegend liege, wo das ehemalige **Schlott Berinktorp** gelegen haben könnte, und beides daher für eins zu halten sey, wird bey keinem der Sache kun-

digen Leser, und unbefangenen Richter, rechtlichen Eingang finden, zumahl wenn man bedenkt, wie gar oft, im mittleren Alter, in Teutschland überhaupt, und namentlich am Rheinstrom, in Westphalen und Schwaben, die Lage der Schlösser verändert worden, und wie oft man mit diesen bevestigten Adlersnestern gewechselt habe. Es würde also äußerst hart seyn, auf die bloße Angabe der Paderbornischen Schriftsteller: daß Berinktorp und Barrentrupp ein und eben dasselbe sey, da selbiges gänzlich in Abrede gestellet worden, eine zum offenbaren Ruin eines uralten reichsständischen Hauses gereichende Entscheidung zu bauen.

Aber wird man ad b) sagen, die Frau Gräfin Katharina hat doch in ihrer Exceptionsschrift in possessorio solches eingestanden? Freylich hat dieses seine Richtigkeit. Es heißt nemlich in dieser Schrift:

s. Lippische Anmerk. in den Beylagen lit. addit. D.

„des Paderbornischen Schlosses Beringdorf, oder wie es nunmehr vulgari „idiomate & vsu loquendi genannt wird, Baindorf.

Man erwäge aber dagegen, daß

1) dieses eine in possessorio, und unter der ausdrücklichen Protestation de se non intromittendo & consentiendo gemachte Einrede ist, und eine Exception in den Rechten für kein Geständniß angesehen wird; sodann daß

2) Hochgedachte Frau Gräfin durch ein solches sachwidriges und ungegründetes Geständniß, weder Ihren Kindern, noch weniger den ex pacto & providentia maiorum in der Regierung gefolgten Grafen zur Lippe schaden wollen noch können, auch

3) der desfalls begangene Irrthum, in der Folge, toties quoties wiederrufen worden: so wird man, anderer §. 57. ausgeführter Gründe hier nicht zu gedenken, die Irrelevanz dieses angeblichen Geständnisses nicht in Abrede zu stellen im Stande seyn.

Eben dieses dienet auch zur Antwort auf das angebliche Geständniß des Herrn Grafen Otto von Lippe-Brake (§. 46. 4) §. 57.)

Daß endlich in der Ehestiftung von 1585 Schloß, Stadt und Amt Barrentrupp vorkomme, hat seine Richtigkeit, und dies braucht, da deren Existenz nicht bezweifelt wird, gar keines Beweises. Ob aber Barrentrupp **dat Schlott Berinktorpe** sey? sagt die Urkunde mit keinem Worte.

Kurz: die Identität beider Oerter gehöret noch immer unter diejenigen Sachen, welche, Paderbornischer Seits, bewiesen werden sollen, aber zur Zeit nur auf einseitigen, von Lippe widersprochenen Behauptungen beruhen.

§. 62.

Paderbornische Behauptungen von den Zubehörungen des Schlosses Berinktorpe.

In den oftbemeldeten Lehnbriefen und Reversalen heißt es:

Dat Schlott Berinktorp mit siner Tobehörunge.

Daß das Schloß gewisse Zubehörungen gehabt haben müsse, kann man also als unstreitig annehmen. Aber worin bestanden sie?

Paderbornischer Seits sagt man: Stadt und Amt Barrentrupp, nebst allen dazu gehörigen Ländereyen und Gerechtigkeiten.

Um

Um diese Angabe nun einigermaßen wahrscheinlich zu machen, hat man sich besonders folgender anscheinender Rechtsgründe bedienet:

1) Sey überhaupt bey jedem castro eine Menge von Dorfschaften mit Zinsen, Diensten und anderen Gerechtigkeiten, nach dem Gebrauche des mittleren Alters, zu vermuthen;

2) Habe der Graf Otto von Schaumburg in dem Loskündigungsinstrumente von 1564 (§. 6. §. 54.), Schloß, Stadt und Amt Barrentrupp ausdrücklich für Paderbornisches Lehen angegeben;

3) Habe die Frau Gräfin Katharina in ihrem an Kaiserliche Majestät unterm 10 May 1641 gerichteten Memorial ausdrücklich angegeben:

„Daß die Behaltung Paderbornischer Lehne zur Aufnahme des Gräflich „Lippischen Mannsstammes gereiche,

welches von einem sterilen Schlosse nicht behauptet werden könne, und daher allerdings höchst wahrscheinlich sey, daß darunter Stadt und Amt Barrentrupp zu verstehen sey; endlich

4) Sey zu bemerken, daß noch jetzo alle vom Amte Barrentrupp fallende Einkünfte an das Lehnschloß Barrentrupp prästiret, auch sogar von da aus die iurisdictionalia verwaltet würden; mithin auch in diesem Gesichtspuncte Stadt und Amt Barrentrupp für eine Zubehör des Schlosses angesehen werden müßten.

§. 63.

Lippische Gegenantwort und Widerlegung.

In Beantwortung dieser Paderbornischen Behauptungen ist nun zuvorderst der allgemeine juristische Lehrsatz voraus zu setzen: daß zu allen Pertinenzien ein factum hominis voraus gesetzet wird, durch welches eine Sache zum ewigen Gebrauche der anderen bestimmet wird, und daher eben um deswillen, weil facta in den Rechten nie vermuthet werden, sondern derjenige, der sich darauf beziehet, solche erweisen muß, im Fall eines Widerspruches die qualitas pertinentiarum, und ihre einzelne Bestandtheile, dargethan werden müssen.

Sam. *Stryk* de probatione pertinentiarum. Frf. 1694.
G. L. *Menken* de probatione pertinentiarum feudalium. Vit. 1723.

Insonderheit aber ist dieses bey den gegenwärtig in Untersuchung befangenen Lehnspertinenzien unumgänglich nothwendig, da alle Sachen, und selbst die zu einem Lehen geschlagene Pertinenzien, in zweifelhaftem Falle, so lange für Erbe gehalten werden, bis deren Lehnseigenschaft aus Lehnbriefen, Verjährung, oder Verträgen, erwiesen werden kann,

II. F. 26. §. 1.
Meuius P. 7. d. 373.
de *Ludolf* P. 2. obs. 199.
Strubens Nebenst. T. III. obs. 17. §. 2. sq.

wie dann auch hierzu die bloße Belehnung **mit der Tobehörunge**, zur Bestimmung der Frage: welche einzelne Stücke für Lehnspertinenzen zu halten seyen, oder nicht? in den Rechten für zureichend nicht gehalten wird.

G. *Schweder* de clausula inuestiturae: cum pertinentiis.
Ah. *Fritsch* de litteris reuersalibus. c. 8. §. 6.

Dieser Beweis aber muß überhaupt auf stringente, das factum destinationis perpetuae erprobende Thatsachen begründet werden, wofür jedoch die bloße compossessio, Leistung der Dienste u. d. g. nicht anzusehen sind.

de *Ludolf* P. 3. obs. 245.
Strube ius villicorum c. 5 §. 19.
Eben desselben rechtl. Bedenken T. I. resp. 75. p. 182.
de *Engelbrecht* sel. obs. forens. sp. 1. obs. 18.

Unter dieser Voraussetzung also kommt es, in vorliegendem Falle, darauf an, ob Paderborn diesen Beweis geführet habe, oder nicht?

Lehnbriefe, welche die Zahl und Größe der Zubehörungen des Schlosses bestimmen, sind nicht vorhanden; die allgemeine Klausel: **mit sinen Tobehörungen** aber beweiset nichts; Dinumeramenta feudalia, dergleichen sonst bey Paderbornischen Lehen beygebracht werden müssen,

Lünig corp. iur. feud. Germ. T. I. p. 1664.

finden sich auch nicht in den Acten, und daß Amt und Stadt Barrentrupp durch Verträge oder Verjährung eine Lehnspertinenz des Schlosses geworden seyen, ist sogar nicht einmal in den Acten, von Seiten des Hochstifts Paderborn, behauptet worden.

Man kann also, so lange der Herr Gegentheil nicht den Beweis vom Amte und Stadt Barrentrupp beygebracht hat, mit vollem Beyfalle der Rechte, die angebliche qualitatem pertinentiae um so mehr in Zweifel ziehen, da derselben in keinem einzigen Lehnbriefe Erwähnung geschehen ist.

Die hierwider von dem Fürstlichen Herrn Gegentheil angebrachte Rechtsgründe aber sind leicht zu beantworten. Denn

ad 1) ist freylich richtig, daß viele Rechtsgelehrte mit dem Worte: castrum, einen Inbegriff von vielen dazu gehörigen Gütern, Einkünften und Gerechtigkeiten verbinden.

S. besonders Phil. Car. de *Knigge* de natura & indole castrorum in Germ. Goett. 1747. §. 80.

Allein so unrichtig dieser Satz überhaupt ist: so wenig läßt sich derselbe in vorliegendem Fall zur Anwendung bringen. Denn

a) ist, besage der
Lippischen Anmerk. p. 94.
Barndorf nicht einmal ein Schloß, sondern nur ein herrschaftliches Haus, welches auswärts nicht mit Mauren und Graben umgeben ist, wie bey den Schlössern, besonders in mittleren Zeiten, schlechterdings erfordert wurde,

s. **Strubens** vernichtigter Beweis der vollen Landeshoheit vor dem Interregno. §. 38.
Wachter in glossar. germ. v. Schloß.

b) Hing es unstreitig von dem Gutbefinden des Erbauers eines jeden Schlosses ab: ob, und was für Güter und Einkünfte, auch Gerechtigkeiten er zu dem von ihm errichteten Schlosse schlagen wollte. Wie ist es also möglich, eine allgemeine Vermuthung bey solchen Dingen zu formiren, die von dem Gutbefinden eines jeden Eigenthümers abhingen? Es zeigt auch die Erfahrung, und unzählige Urkunden, daß nicht alle castra einerley Zubehör und

Ge-

Gerechtigkeiten gehabt haben; daher sich von einem castro zum andern, mit Bestande Rechtens, kein sicherer Schluß ziehen läßt, sondern wenn die Frage von den Zubehörungen eines solchen castri vorwaltet, unstreitig bey jedem einzelnen Schlosse dargethan werden muß, was der erste Erbauer, oder die nachherigen Inhaber desselben, für Ortschaften, Einkünfte und Gerechtigkeiten, dazu zu schlagen, ihrer Convenienz gemäß gefunden.

Strubens Nebenst. P. 5. p. 166. sqq.
von Cramers Wetzl. Nebenst. P. 57. obs. 3.
Ge. H. *Oesterley* de iure castrorum in Germ. Goett. 1781.

Widrigenfalls kann

c) bey einem Schlosse nichts vermuthet werden, wie der Verfasser der Lippischen Anmerk. p. 92.

richtig erinnert, als was sich vom Wesen eines solchen Schlosses nicht trennen läßt, als Mauren, Wälle, Graben, Vor- und Innerhöfe, darin belegene Garten und Brücken u. d. g. daher

Schweder de dinumerantis & reuers. th. 118.

gar recht schreibt: licet castrum in feudum datum sit cum omnibus pertinentiis, & dominus non probet, siluas, agros, prata &c. esse feudalia, solum castrum cum suis muris & fossis feudum esse praesumitur; bey welchen Umständen also aus der bloßen Idee eines, ohnehin in facto nicht einmal vorhandenen castri unmöglich ein Schluß, daß eine ganze Stadt und Amt als ein Zubehör desselben anzusehen sey, gezogen werden mag; und dem zufolge, daß das Hochstift Paderborn den ihm desfalls obliegenden besonderen Beweis zu führen schuldig sey, nicht gezweifelt werden mag.

ad 2) Daß der Graf Otto von Schaumburg, Schloß, Stadt und Amt Barntrupp, Paderbornisches Lehen genannt habe, ist in Ansehung des Gräflichen Hauses Lippe, als eine res inter alios acta anzusehen, und kann demselben um so weniger zum Nachtheile gereichen, da es mit demselben dieserhalb in einem weitläuftigen Rechtshandel verwickelt gewesen, und derselbe wahrscheinlich, um das Hochstift Paderborn in sein Interesse zu ziehen, vielleicht freygebiger in Angabe der vermeintlichen Paderbornischen Lehen gewesen ist, als er hätte seyn sollen. Indessen mag er dahin gerechnet haben, was er will: so hat er durch solche Behauptung den Rechten eines rechtmäßigen dritten Besitzers unmöglich etwas vergeben können;

ad 3) die Angabe der Frau Gräfin Katharina releviret nichts. Sie war, wie schon mehrmals erinnert worden, nicht genugsam unterrichtet, auch ohne Räthe und Archiv, und glaubte daher treuherzig, was Ihr von der verwittibten Frau Gräfin Elisabeth von Holstein-Schaumburg war vorgesaget worden. Ohnehin sind die angezogenen Worte zu allgemein, als daß darauf auf ein ganzes Amt und Stadt ein Schluß gefolgert werden könnte. Wittwen halten oft, aus zärtlicher Liebe für ihre Kinder, zumal wenn sie im Gedrenge sind, eine Sache für wichtiger, als sie in der That ist. Dies verändert aber die Natur des Lehns nicht.

ad 4) ist es eine aus der täglichen Erfahrung bekannte Sache, daß ganze Aemter, zu Ersparung der Kosten, welche die Bestellung mehrerer Beamten erfordert, zusammen geschlagen werden. Ohnehin hängt es ja von dem Willkühr des Landesherrn ab, wo und wie er seine Einkünfte erheben? und wie er seine Gerichtsbarkeit ausüben will. Gesetzt also auch, wie jedoch nicht

einmal Lippischer Seits völlig zugegeben wird, daß jetzo alle Einkünfte aus dem ganzen Amte auf das Schloß geliefert werden, auch von dort aus alle Jurisdictionalien besorget werden: so beweiset dieses keinesweges, daß beides eine Pertinenz des Schlosses sey, und vom Hochstift Paderborn würklich in solcher Qualität ehedem zu Lehen gegeben worden sey, zumal da nicht einmal aus den Acten constiret, wenn diese Einrichtung gemacht worden? und ob solche namentlich zur Zeit der angeblichen ersten Paderbornischen Belehnung schon vorhanden gewesen sey?

§. 64.

Von der Vindication der Stadt Salzuffeln.

Was den Anspruch des Hochstifts Paderborn auf die Stadt Salzuffeln anbelanget: so begründet sich derselbe einzig und allein auf die dem Gräflichen Hause Holstein-Schaumburg ertheilte mehrberührte Lehnbriefe, Inhalts deren besagte Grafen von den Bischöfen zu Paderborn

mit dem Dorpe tho Ufflen, mit sinen Thobehörungen

belehnet worden seyn sollen; wobey es allerdings merkwürdig ist, daß dieses Ortes in dem so hochgerühmten Extracte des alten Paderbornischen Lehnregisters (§. 37.) gar keine Erwähnung geschehen ist. Statt dieses Dorfes Uffeln fordert nunmehro Paderborn die mit stattlichen Privilegien und einem Salzwerke versehene Stadt Salzuffeln, und hat das unerwartete Glück gehabt, daß ihm solche in dem leztern, übrigens höchstverehrlichen Reichshofrathsurtheil, jedoch nur quoad dominium priuatum, zuerkannt worden. Wie wenig aber auch diese Ansprüche gegründet seyen, im Fall man auch die Richtigkeit und Verbindlichkeit der producirten Lehnbriefe auf einen Augenblick zugestehen wollte, wird sich aus folgender Abhandlung ergeben.

§. 65.

Lippische Gegengründe und Widerlegung.

Es erhellet nemlich

1) aus dem ersten Anblicke der vermeintlichen Lehenbriefe von 1402, 1489, 1500, 1600, und 1638, daß das Hochstift Paderborn die Grafen von Holstein-Schaumburg mit einem **Dorpe to Uffeln** belehnet habe; nun ist aber

2) in der ganzen Grafschaft kein Dorf dieses Namens vorhanden, auch ist

3) evident, daß die Stadt Salzuffeln schon im Jahr 1447 Stadtrecht gehabt, und im Jahr 1488 vom Grafen Bernhard von der Lippe ansehnliche Privilegia erhalten habe, welche in den

Lippischen Anmerk. Anlage lit. K.

eingedruckt sind. Daß aber

4) diese Stadt Salzuffeln mit dem in den Lehnbriefen aufgeführten **Dorpe to Uffeln** einerley sey, ist Paderbornischer Seits behauptet, jedoch mit nichts bewiesen, und von Seiten des Beklagten Gräflich Lippischen Hauses jederzeit standhaft widersprochen worden, mithin so lange dieser Beweis nicht auf eine zu Recht beständige Art geführet worden, die behauptete, aber widersprochene Identität beider Orte mit Recht in Zweifel zu ziehen, gestalten solches

5) auch bereits in den exceptionibus summariis in possessorio geschehen, wo die Frau Gräfin Katharina schreibt:

> Das Dorf Ufflen, wofür die in dem Lippischen territorio erbauete, privilegirte, und in vielen Wegen dotirte Stadt Salzuffeln gerne surrogiret gesehen werden wollte.

Ueberdem ist

6) in den Acten klar erwiesen, daß ein Viertel der Stadt, namentlich der Schuthoof, von der Abtey Hervorden an das Gräfliche Haus zu Lehen gegeben worden, mithin die Stadt Salzuffeln unmöglich mit dem ehemaligen Dorfe Uffeln, welches von Paderborn gänzlich zu Lehen gegangen seyn soll, einerley seyn kann; wie dann

7) auch nicht zu vermuthen stehet, daß, wenn man von der Identität beider Oerter in Paderborn überzeugt gewesen wäre, man gleichwohl in den Lehnbriefen den alten Ausdruck: mit dem Dorpe to Ufflen, beybehalten haben sollte. Denn ob man gleich, Paderbornischer Seits, dagegen eingewendet hat, daß man in Lehnbriefen gewöhnlich das alte Formular beybehalte: so ist dies eines Theils in Ansehung der Paderbornischen Lehnscurie nicht richtig, und beweisen solches die in der gegenwärtigen Streitsache producirte Lehnbriefe selbst augenscheinlich, andern Theils aber läßt sich solches nur von den gewöhnlichen Curialien und Formalien, nicht aber von Materialien behaupten, welche den Lehnsherren nachtheilig werden können, wo diese, besonders Geistliche, den Grundsatz: iura vigilantibus sunt scripta, nur gar zu gut beobachten. Daß nun

8) neben der Stadt Salzuffeln außer einem Ritter- noch ein Dorf Uffeln existiret habe, dies erhellet nicht nur aus dem Geständniß des Gräflichen Hauses und aus denen in anteactis dafür beygebrachten Beweisen, sondern auch vorzüglich aus der in den exceptionibus summariis in possessorio Nr. 1. beygebrachten Urkunde, worin Graf Simon die Hälfte dieses Dorfes an den Bischof Wilhelm von Paderborn, mit Consens seiner Agnaten, verpfändet, und der Bischof solches

öre Dorp

nennet, welcher Ausdruck sich aber zu einem von Paderborn zu Lehen gehenden Dorfe keinesweges qualificiret, wo man in solchen Fällen:

unse und unser Kerken Leihen

zu schreiben pflegte. Dagegen wende man

9) nicht ein, daß gleichwohl in den Paderbornischen Lehenbriefen bis zum Absterben der Grafen von Holstein-Schaumburg noch immer ein Dorf Uffeln aufgeführet werde, und solches doch noch immer existiren müsse, wohlfolglich zu vermuthen sey, daß darunter die heutige Stadt Salzuffeln verstanden werde. Denn wie viele tausend Dorfschaften sind in den vorigen Kriegen, und aus anderen Ursachen, in Teutschland eingegangen? Und dennoch behält man gewöhnlich nicht allein den alten Namen in den Markungen bey, sondern selbst in den Lehnbriefen, ohne daß oft der Lehnsherr, oder der Vasall, angeben kann, worin das Lehen bestehe? oder wo es gelegen sey? So wird z. E. das Haus Braunschweig-Lüneburg von dem Hrn. Abt von Corvey mit Gütern beliehen, die man in Corvey so wenig, als in Hannover, anzugeben weiß, (Aug. de *Leyser* epistola in adp. diss. Wismanneanae de feudis Brunsuic. §. 22.) obgleich **Schatenius** (T. II. annal. Paderb. p. 605.) gern den Sollinger Wald dazu rechnen wollte, welches aber, von Seiten des Churhauses Hannover,

schwerlich zugegeben werden möchte. In solchem Falle ist es also allerdings die Schuldigkeit des Lehnsherrn, bey erfolgtem Widerspruche, zu beweisen, daß der von ihm als Lehen in Anspruch genommene Ort, z. E. die Stadt Salzuffeln, eben derjenige sey, welcher in dem Lehenbriefe aufgeführet worden. Dieses ist um so nöthiger, wenn würklich, wie in gegenwärtigem Falle, mehrere Oerter von einerley Namen, in einer Gegend, und in deren Nachbarschaft angetroffen werden. Ist dies aber, in unserem Falle, von Paderborn geschehen? Wahrlich nicht! Paderborn behauptet zwar: das Dorf Uffeln, und die Stadt Salzuffeln sey einerley. Es hat aber keine Beweise beygebracht, und bloße Behauptungen des Lehnsherrn werden in den Rechten für keine Orakelsprüche gehalten, da der Lehnsherr, falls die Lehnbarkeit abgeleugnet wird, solche zu erweisen schuldig ist, und ihm hier ein mehreres nicht zugebilliget werden kann, als der klare Buchstabe der Lehnbriefe mit sich bringet.

§. 66.

Vindication der Vogtey Müddenhorst.

Endlich hat man auch noch, von Seiten des Hochstifts Paderborn, eine sogenannte **Vogtey Müddenhorst** in Anspruch genommen, welche unter dem Namen **eines Hofes zu Müddenhorst**, besage des lezteren höchstverehrlichen Reichshofrathsurthels, von dem Hochgräflichen Lippischen Hause an Paderborn restituiret werden soll.

Nun ist freylich wahr, daß in den angeblichen alten Paderbornischen Lehnbriefen (§. 37. 38.) eine **Vogedie to Müddenhorst** vorkommt.

Aber was ist die Vogtey Müddenhorst? was begreift sie? und wo ist sie gelegen?

Das Wort **Vogtey** ist in den alten Urkunden ein so unbestimmter und schwankender Ausdruck, daß es fast unmöglich ist, einen allgemeinen Begriff davon anzugeben.

Haltaus in gloss. Germ. p. 1981. sqq.
L. M. *Kahle* de variis feuda advocatiae constituendi modis.

Man nehme aber aus den verschiedenen Bedeutungen des Wortes eine heraus, welche man will: so muß doch wenigstens der Lehnsherr beweisen, wo seine Vogtey belegen sey? ob selbige sein Beklagter besitze? und aus welchen Bestandtheilen sie bestehe?

Nun ist aber in dem ganzen Bezirke des Gräflich Lippischen Gebietes gar kein Ort dieses Namens anzutreffen, und die beklagten Herren Grafen besitzen auch keinen Ort, der diesen Namen führte.

Man scheinet dieses auch, Paderbornischer Seits, selbst anerkannt zu haben, indem man nach dem Tode des lezten Grafen von Holstein-Schaumburg, da man, von Seiten des Hochstifts, mit bewafneter Hand den Besitz nahm, besage des Notariatsinstrumentes, welches dem Paderbornischen Memorial vom 30 December 1640 sub Nr. 3. beygelegt ist, in solcher Absicht einen Hof Müddenhorst, im Ravensbergischen, ohnweit Sparenberg gelegen, in Besitz zu nehmen suchte.

Von diesem Hofe erzählt *Schatenius* (T. I. p. 80.) daß er bereits im Jahr 789 von einem gewissen Grafen Waltger dem collegio virginum zu Herford geschenket, und von diesen, in der Folge, denen von Elsen zu Lehen gegeben

ben worden sey. Der lezte Theil dieser Angabe erhellet auch großentheils aus denen den

Quadruplicis in petitorio fol. 41. seq.

angehängten Urkunden.

Ob nun der Fürstliche Herr Kläger in der Angabe: daß dieses seine Vogtey Müddenhorst sey, Recht habe, und sein Heil desfalls gegen die Fürstliche Abtey Hervord, und die von Elsen versuchen wolle? ist dem Gräflichen Lippischen Hause vollkommen gleichgültig.

Daß man aber, von Seiten des Hochstifts, die Herren Grafen von der Lippe, wegen einer Vogtey Müddenhorst in Anspruch genommen hat, welche sie gar nicht besitzen, noch jemahls besessen haben, ist wahrlich unbegreiflich. Noch unbegreiflicher aber ist es, das beklagte Gräfliche Haus zu deren Restitution, so gar nebst den erhobenen Früchten schuldig zu vertheilen, ohne daß dasselbe des würklichen Besitzes und der Benutzung dieser Vogtey vorher überführet worden.

§. 67.

Schlußanmerkung.

Nimmt man nun die Hauptgrundsätze wegen dieses Theils der Paderbornischen Vindicationsklage zusammen: so ergiebt sich, daß

1) das Hochstift Paderborn die Lehnbarkeit dieser in Anspruch genommenen Sternbergischen Güter und Herrschaften nicht einmal gehörig erwiesen habe, wenigstens die dieserhalb producirte Lehnbriefe theils untergeschoben, theils bloße Abschriften sind, und zum Theil nur gegen das Haus Schaumburg beweisen, in Ansehung des Gräflich Lippischen Hauses, als res inter alios actae & transactae anzusehen sind, hiernächst

2) wenn man sie auch einen Augenblick als richtig und relevant annehmen wollte, daraus höchstens nur die Lehnbarkeit des armseligen sogenannten Schlosses Beringtorp, und eines nicht existirenden Dorfes Uffeln zu erweisen seyn würde, hingegen in Rücksicht auf Stadt und Amt Barrentrupp, und auf die Stadt Salzuffeln daraus gar nichts gedeihliches für Paderborn gefolgert werden könne, so lange dieses nicht, besser als geschehen, erweisen kann, daß

a) Stadt und Amt Barrentrupp ein Pertinenz des Schlosses, und

b) die Stadt Salzuffeln mit dem Dorfe Uffeln einerley sey, endlich daß

3) die Existenz der Vogtey Müddenhorst gar nicht erwiesen ist, das Haus Lippe auch keinen Ort dieses Namens besitzet, mithin desfalls überhaupt nicht in Anspruch genommen, noch weniger aber zu deren Restitution, mit Bestande Rechtens, angehalten werden könne.

Zweyter Abschnitt.

Von den Lehnsansprüchen des Hochstifts Paderborn auf die ganze Grafschaft Sternberg.

§. 68.

Von diesen Ansprüchen überhaupt.

Es ist zwar schon oben (§. 16. 36.) bemerket worden, daß das Hochstift Paderborn seiner Behauptung der Lehnbarkeit der ganzen Grafschaft oder Herrschaft Sternberg selbst nicht viel zutraue, und daher

1) sie schon in possessorio, seit dem Jahr 1657, bloß auf die im vorigen Abschnitte berührte angebliche Bruchstücke der Sternbergischen Erbschaft eingeschränket habe, auch

2) in petitorio selbst die vornehmsten Beweisgründe ebenfalls bloß auf sothane Güter und Aemter gerichtet worden.

Man könnte daher allenfalls dasjenige, was die ganze Herrschaft überhaupt betrifft, hier ganz übergehen. Da inzwischen doch noch immer der Paderbornische Anspruch auf das ganze Land in allen Schriften wiederholet wird, auch zu dessen Unterstützung der Fürstliche Herr Kläger die Edition der dazu gehörigen Urkunden aus dem Archive des beklagten Gräflichen Hauses nachgesuchet, und zu dem Ende sogar der höchstpreisliche Kaiserliche Reichshofrath auf dieses Gesuch, nach vorgängiger Ausschwörung des Editionseides, würklich erkannt hat: so ist es nothwendig, kürzlich die Gründe dieser Paderbornischen Ansprüche aus den Acten zusammen zu suchen, und selbigen die Gründe des Gräflichen Hauses Lippe entgegen zu setzen.

§. 69.

Paderbornische Rechtsgründe des Anspruches auf die ganze Herrschaft.

Man hat sich also zu Behauptung des Satzes, daß das ganze Land für ein dem Hochstifte anheim gefallenes Land anzusehen sey, hauptsächlich folgender Rechtsgründe bedienet:

1) Nach dem Zeugniß des Lippischen Chronographen, Johann Piderits

in chronico Lippiae lib. I. c. 13. p. 71.

sey Barrendorf, oder wie es jetzo genannt wird, Barrentrupp,

zuvor vor eine Hauptstadt der Grafschaft Sternberg geachtet, und auf die Stadt Lemgo privilegiret worden.

Da nun, nach der Gewohnheit des mittleren Alters, mehrentheils in den Lehnbriefen nur des vornehmsten Castri Erwähnung geschehe, gleichwolen darunter gewöhnlicher Weise das ganze Land begriffen werde: so sey allerdings zu vermuthen, daß, da die Grafen von Schaumburg mit dem Schlosse Barrentrupp von Paderborn belehnet worden, unter demselben das ganze den ehemaligen Grafen von Sternberg zugehörig gewesene Land zu verstehen sey.

2) Nach dem klaren Inhalte der Lehenbriefe wären die Grafen von Holstein-Schaumburg nicht allein mit dem Schlosse Beringdorpe, und dem Dorpe Uffeln, nebst ihren Zubehörungen, sondern auch mit allen Zehnten und Gütern,

die

die gelegen sind in der Herrschaft von der Lippe, in der Herrschaft von Ravensberg, und auf der Bega, belehnet worden; hierunter aber ohne Zweifel die ganze Grafschaft Sternberg zu verstehen, weil solche gerade zwischen Barrentrupp und Uffeln größtentheils belegen sey, und die Bega ohnweit Barrentrupp durch, und nach Uffeln hinfließe;

3) Erhelle aus denen vom
Cyriacus **Spangenberg** in der Schaumburgischen Chronik lib. V. c. 18.
beygebrachten und angeführten Urkunden, daß, nach dem Abgange der Grafen von Sternberg, das Gräflich Holstein-Schaumburgische Haus von dem Hochstifte Paderborn mit der ganzen Grafschaft Sternberg beliehen worden, dessen Zeugniß aber um so mehreren Glauben verdiene, da sich solches auf die demselben aus dem Schaumburgischen Archive mitgetheilte Originalurkunden begründe;

4) In der vom Bischofe Erich von Paderborn und dem Domkapitel im Jahr 1519 ertheilte Bestätigung des zwischen den Gräflichen Häusern von der Lippe und Schaumburg wegen Nichtablösung der angeblich an Lippe versetzten Herrschaft Sternberg geschlossenen Vertrages werde diese von dem Bischofe
unse und unser Kerke Leyn
ausdrücklich genannt, und da dieser Vertrag, Gräflich Lippischer Seits, nicht nur nicht widersprochen, sondern vielmehr anerkannt worden: so sey daraus ein starker Beweisgrund für die Lehnbarkeit der ganzen Herrschaft Sternberg herzunehmen;

5) Besage des oben (§. 44.) angeführten Memorials vom 13ten September 1638 habe der Graf Johann Bernhard von der Lippe ebenfalls beym höchstpreislichen Reichshofrath die Lehnbarkeit der ganzen Grafschaft anerkannt, anbeneben

6) ergebe sich solches auch aus der vom Bischof Erich zu Paderborn im Jahr 1511 ertheilten Bestätigung der zwischen den Grafen Anton und Johann, Gebrüdern, auch Jostens Sohn, Gevettern zu Holstein-Schaumburg, an der einen, und den Gebrüdern Simon und Berend, Grafen von der Lippe, an der andern Seite, errichteten Erbverbrüderung, indem darin folgende nachdrückliche Klausel enthalten sey:

> sodann gemelter unser lieben Ohmen von Holstein und Schaumburg, und von der Lippe, Lande, Herrlichkeiten, und Gebiete, etliche von Uns und unserm Stifte Lehnrörig seyn.

Aus allen diesen Gründen erwachse aber überhaupt eine so starke Vermuthung für die Lehnbarkeit der ganzen Herrschaft, und die lehnsherrliche Gerechtsame des Hochstiftes Paderborn an derselben, daß, so lange das beklagte Hochgräfliche Haus Lippe nicht die Allodialität derselben darzuthun vermöchte, die Paderbornischen Ansprüche auf die ganze Sternbergische Erbschaftsmasse für in iure & facto gegründet, allerdings anzusehen seyen.

§. 70.

Lippische Beantwortung der Paderbornischen Rechtsgründe.

So scheinbar und auffallend aber auch diese von den Paderbornischen Schriftstellern aufgeführte Grundsätze beym ersten Anblicke seyn möchten: so leicht sind selbige zu beantworten.

Was also 1) den aus der Belehnung mit dem Schlosse Beringdorpe hergeholten Rechtsgrund anbelanget: so ist freylich von verschiedenen Geschichtschreibern und Rechtsgelehrten der Satz behauptet worden, daß, im mittleren Alter, unter dem Namen eines Castri das ganze Land begriffen werde. So behaupten z. E. die Braunschweig-Lüneburgischen Geschichtschreiber, daß bey dem im Jahr 1235 zwischen Kaiser Friedrich II und dem Herzog Otten dem Kinde geschlossenen Vertrage, unter dem Namen des castri Luneburgi & Brunsuici, die gesammten Braunschweig-Lüneburgischen Lande zu verstehen seyen, und selbige auch seit der Zeit als würkliche und unstreitige Reichslehen betrachtet worden.

H. *Meibom* de erectione ducatus Brunsuicensis; in den opusculis p. 495. sqq.

Fellers Genealogische Nachrichten vom Hause Braunschweig-Lüneburg. p. 420. sqq.

Origines Guelficae. T. IV. p 47. sqq.

Gleichergestalt wird von verschiedenen Hessischen Schriftstellern der Lehrsatz angenommen, daß unter dem Orte Eschwege, welchen Henrich das Kind im Jahr 1292 dem Reiche zu Lehen aufgetragen, die ganze Landgrafschaft Hessen zu verstehen sey.

s. *Estor* origines iur. publ. Hassiaci lib. III. c. 18.; in den Electis iur. publ. Hass. p. 126. sqq.

Allein so richtig dieser Satz in einzelnen Fällen, besonders bey Privatpersonen, seyn kann: so beruhet er, so fern es auf ganze Länder ankommt, dennoch auf bloßen unerweislichen Hypothesen.

In dem Falle mit Braunschweig-Lüneburg sagt Kaiser Friedrich II: ciuitatem Brunsuicum & castrum Luneburg *cum omnibus castris, hominibus & pertinentiis suis* vniuimus, & creauimus inde ducatum; daher es offenbar falsch ist, daß die Benennung des castri Luneburg die gesammten Braunschweig-Lüneburgischen Lande unter sich begreife. Ob nun gleich aus dieser Urkunde erhellet, daß, nach der Absicht des Kaisers, alle im geographischen Umfange der Braunschweig-Lüneburgischen Lande belegene Schlösser und Herrschaften, unter dem Namen eines Reichslehnbaren Herzogthums vereiniget werden solle: so ergiebet doch der Erfolg der Geschichte, daß viele Grafschaften und Herrschaften noch immer für Allodium gehalten, und erst nach und nach, besonders um die Töchter von der Erbfolge auszuschließen, den Lehnbriefen eingetragen worden, und dadurch erst die Lehnseigenschaft angenommen haben.

s. des Kanzler **Stucks** consilia p. 883. sqq.
de *Ludolf* de iure primogenitorae P. spec. §. 6. n. 24.

Und was den Fall mit Hessen anbetrifft: so hat besonders

M. C. *Curtius* de Principis & Landgrauii honoribus, Hassiae dominis, ante Adolphi tempora, propriis. Marb. 1770. und in seinen historischen und politischen Abhandlungen p. 43. sqq.

gründlich erwiesen, daß unter dem Namen Eschwege und des castri Bomeneburg bey weitem der kleinste Theil verstanden werden müsse.

Wollte und könnte man aber auch diesen Satz, in Rücksicht des mittleren Alters, in abstracto als richtig annehmen: so läßt sich doch derselbe auf den vorliegenden Fall in concreto keinesweges anwenden.

Denn

Denn 1) ist Barrentrupp oder Beringdorf, wenn man auch beides für eins annehmen wollte, kein wahres castrum oder Schloß (§. 63.).

2) **Piderits** unbescheinigte Angabe, daß Barndorf die Hauptstadt von der ganzen Grafschaft Sternberg gewesen sey, verdienet eben um deswillen, weil sie nicht erwiesen ist, keine rechtliche Aufmerksamkeit. Hiernächst ist

3) aus der obigen Ausführung klar, daß Pertinenzen überhaupt nicht vermuthet werden können, und selbst bey den sogenannten castris eben dieser Grundsatz angenommen werden müsse; nicht zu gedenken, daß

4) die Lehnbriefe, worauf man sich, Paderbornischer Seits, beziehet, theils bloße Abschriften sind, die gar nichts beweisen, theils aber in Ansehung des Hochgräflichen Lippischen Hauses, als eine irrelevante res inter alios acta & transacta, nicht weiter in rechtliche Betrachtung kommen. Außerdem ist noch

5) dabey in rechtliche Erwägung zu ziehen, daß alle Lehnbriefe in solchen Sachen, welche sich nicht auf das gemeine Recht oder die Natur der Lehen gründen, strictae interpretationis sind, und auf nichts weiter, als was klar darin enthalten ist, ausgedehnet werden können

Schraderi tract. feud. P. 2. c. 2. n. 4.
Rosenthal synops. feud. c. 1. concl. 5. n. 3. sqq.
de *Wernher* obs. forens. P. 1. obs. 78. p. 71. sq.

wohlfolglich im gegenwärtigen Falle, da es auf angebliche zum Schlosse Beringdorf geschlagene Pertinenzien ankommt, unmöglich eine solche allgemeine Vermuthung der Lehnbarkeit der ganzen Grafschaft Sternberg, nach der Natur der Sache angenommen werden kann, so lange das Hochstift Paderborn nicht pertinentere Beweise, wie es zu thun schuldig ist, beyzubringen vermag.

§. 71.

Fortsetzung der Lippischen Gegengründe.

ad 2) Ist eines Theils aus dem obigen klar, daß die angebliche Belehnung mit dem Schlosse Beringdorf und dem Dorfe Uffeln gutentheils auf nichts beweisenden und unbeglaubigten Abschriften, welche folglich gar nichts releviren, beruhe; andern Theils aber können solche gegen das Gräfliche Lippische Haus als einen, bey deren Verfertigung nicht zugezogenen Dritten, gar nichts beweisen. Mithin ist sogar die Frage: ob Beringdorf und Uffeln Paderbornisches Lehen sey? in facto & iure nicht einmal für rechtlich erwiesen zu halten. Gesetzt aber, man wollte und könnte auch diesen Beweis für würklich geführet annehmen: so kann jedoch daraus, daß zwey in der Grafschaft Lippe und Sternberg, am Begestrom, wie hier doch nicht einmal ist, belegene Oerter von Paderborn zu Lehen gehen, kein Schluß gezogen werden, daß alle dazwischen gelegene Oerter gleichfalls für Lehen anzusehen sind, da der Vasall durch Annehmung eines Lehnbriefes nur dasjenige, was darin enthalten ist, für Lehen anerkennet

de *Ludolf* symph. T. I. symph. 2. p. 202.
Stryk de praesumtione feudali c. 2. n. 15.
Mosers Reichshofrathsproceß T. IV. p. 232. sqq.
Strubens Nebenst. T. III. p. 241. sqq.

zumal da dergleichen Lehenbriefe gegen einen Dritten, dergleichen hier das Gräfliche Haus Lippe ist, gar nichts erweisen

de *Wernher* T. I. P. I. obs. 84.
Leyser sp. 284. m. 1.
Strube l. c. p. 243. sq.

und lehret daher

de *Ludolf* T. I. obs. 199.

gar recht: vagae expressiones hic non sufficiunt. Si itaque in inuestiturae litteris opera sit data in denominandis partibus feudalibus, clausula generalis: cum pertinentiis, non valebit pro complexu generico bonorum non nominatorum.

S. auch *Hertius* T. I. resp. 600. p. 987. sqq.

ad 3) Spangenbergs Zeugniß kann aus denen §. 1. und 58. angeführten Gründen überhaupt gegen das beklagte Gräfliche Haus nichts erweisen, zumal da er keine einzigen, von ihm angeführten Lehnbriefe, integraliter beygebracht hat, und selbige ohnehin, falls sie auch noch in der Urschrift existirten, und producirt werden sollten, aus vorgedachten Gründen, gegen das Hochgräfliche Haus nichts erweisen könnten.

ad 4) ist ein unbezweifelter Satz, daß sogar nicht einmal das Geständniß des Vasallen über die Lehnbarkeit eines Gutes gegen einen Dritten etwas erweiset, zumal da solches oft nur, um das Frauenzimmer oder die Gläubiger abzuweisen, geschehen ist.

de *Ludolf* T. I. obs. 93.
idem in symphor. consult. & decis. forens. T. II. p. 376. sq.

Vielweniger aber kann die einseitige vom Vasallen selbst nicht einmal genehmigte Erklärung: daß dieses oder jenes sein Lehen sey, diesen Beweis ersetzen, und zum Nachtheile eines Dritten angewendet werden. Ueberdem ergibt sich sogleich aus einer flüchtigen Einsicht der Confirmationsurkunde, daß selbige mit dem Vertrage, welchen sie bestätigen soll, gar nicht übereinstimmt. In dem Vertrage der Grafen Anton und Johann von Schaumburg mit dem Grafen Simon von der Lippe, heißt es:

de Herschop Sternberg mit erer Gerechtigkeit und Tobehörunge, so de syner Leve Pand, und **unse Erve is.**

Die Paciscenten nehmen also die ganze Herrschaft Sternberg, mit allen Gerechtigkeiten und Zubehörungen

für ihr Erbe,

folglich als ein unstreitiges Allodium an. Der Bischof hingegen in der Bestätigung des angeblichen Pfandcontractes nennt sie

Unse und unser Kerken Leyn;

dies ist offenbar protestatio facto contraria, und eine einseitige, ohnehin verbis enunciatiuis geschehene Angabe, welche unmöglich etwas gegen die zu bestätigende Urkunde bewürken kann, da von dem Hochstifte Paderborn keine einzige Urkunde beygebracht worden, woraus die allgemeine Lehnbarkeit der Grafschaft überhaupt, mit Beyfalle der Rechte, zu erweisen stehet. Ohnehin hat das beklagte Gräfliche Haus Lippe die ganze angebliche Pfandschaft jederzeit

zeit standhaft geleugnet, und kann also, aus denen im folgenden Abschnitte vorkommenden Rechtsgründen, diese Urkunde gegen dasselbe um so weniger angezogen werden, da nicht erwiesen ist, daß ihm solche jemals vorgeleget, oder sie von dem Gräflichen Hause genehmiget worden.

ad 5) ist schon oben §. 44. dargethan worden, daß

a) die Stelle des Memorials des Grafen Johann Bernhard von der Lippe völlig unverständlich und irrelevant ist, und solches Geständniß auch

b) gegen das Gräfliche Haus nichts releviret, da es von einem apanagirten Herrn geschehen ist, welcher den Rechten des regierenden Hauses überhaupt nichts präjudiciren konnte, zumal da derselbe mit diesem in offenbaren Feindseligkeiten lebte, und seine Absicht, selbst auf Kosten des ganzen Hauses, das Hochstift Paderborn in sein Interesse zu ziehen, aus der Sache selbst sich deutlich zu Tage leget. Endlich

ad 6) reliviret die bischöflich Paderbornische Bestätigung der Erbverbrüderung von 1511 ebenfalls nichts. Es wird nemlich darin nicht gesagt, daß die ganze Herrschaft Sternberg Paderbornisches Lehen sey; sondern nur, daß die erbverbrüderte Grafen von Holstein-Schaumburg und von der Lippe **etliche Lande, Herrschaften und Gebiete** vom Bischofe und dem Hochstifte Paderborn zu Lehen tragen. Dies hat seine Richtigkeit, und ist oben §. 52. selbst ausgeführet worden. Mithin war, in solcher Rücksicht, die Bischöfliche Bestätigung der Erbverbrüderung allerdings wesentlich nothwendig; jedoch ist daraus kein Schluß auf die Lehnbarkeit der ganzen Grafschaft Sternberg, mit Bestande Rechtens, zu folgern.

§. 72.

Schlußanmerkung.

Wenn man also die bisher von der ganzen Grafschaft Sternberg vorgetragene Grundsätze zusammen nimmt: so ergiebt sich daraus, daß

1) selbige unter den ehemaligen Grafen von Sternberg selbst nicht von Paderborn lehnrührig gewesen sey (§. 48.)

2) daß zwar das Hochstift Paderborn, seit den Zeiten der Grafen von Schaumburg (§. 49. u. f.), einige Stücke der Sternbergischen Herrschaften als Paderbornische Lehen angesehen, auch Belehnung und Lehnbriefe darüber ertheilet habe; gleichwol diese Belehnungen theils in facto unerwiesen sind, theils gegen das Gräfliche Haus Lippe nichts erweisen, und daß endlich

3) noch zur Zeit, so wenig in possessorio als petitorio, von Seiten des Hochstifts, der geringste stringente Beweis der Lehnbarkeit der ganzen Grafschaft beygebracht worden, mithin selbige, mit vollem Beyfalle der Rechte, als ein wahres Allodium angesehen werden müsse.

Dritter Abschnitt.

Widerlegung der angeblichen Pfandgerechtsame des Hauses Lippe an der Sternbergischen Herrschaft.

§. 73.

Von dieser Materie überhaupt.

Von dem ersten Ursprunge dieses Rechtsstreites hat man, von Seiten des Hochstiftes Paderborn, den Lehrsatz aufgestellet, daß

1) die Grafen von Holstein-Schaumburg die Grafschaft Sternberg, nebst denen davon abhängigen Gütern und Herrschaften, als Paderbornisches Lehen besessen, und

2) solche an die Grafen von der Lippe Pfandweise überlassen, diese auch solche, bis zum Ausgange des Holstein-Schaumburgischen Mannsstammes, unter keinem andern Rechtstitul inne gehabt, und daher

3) nach dem Absterben der Schaumburgischen Pfandschuldner das ganze Pfand, nach dem bekannten Grundsatze: resoluto iure concedentis resolui ius concessum, an den Lehnsherrn zurückgefallen sey.

Da nun auch verschiedene, von dem eigentlichen Hergange der Sache nicht genugsam unterrichtete Schriftsteller, auf **Spangenbergs** Treue und Glauben, diese Fabel nacherzählet haben, und selbst der höchstpreisliche Kaiserliche Reichshofrath die ganze Erzählung zum Grunde der zwar sonst höchstverehrlichen aber übrigens für das beklagte Gräfliche Haus äußerst gravirlichen Entscheidung, gelegt zu haben scheint; so ist es nothwendig, ehe man den wahren Grund, worauf der Lippische Besitz und Recht in Ansehung der Sternbergischen Güter und Herrschaften beruhet, aus einander setzet, zu untersuchen, in wie weit diese Verpfändungsgeschichte überhaupt gegründet sey? und daraus eine Klage gegen das Haus Lippe habe angestellet werden können?

§. 74.

Voranmerkung.

Um nun in der gegenwärtigen Untersuchung, aller unnöthigen Verwirrung vorzubeugen, ist nothwendig zu bemerken, daß

a) so viel die Grafschaft oder Herrschaft Sternberg betrifft, Paderborn, nach seinem eignen Geständniß, und nach dem klaren Inhalte der in dieser Sache ergangenen Erkenntnisse (§. 16. 36. 68.) seine angebliche Lehnherrliche Gerechtsame, zur Zeit mit nichts erwiesen, sondern nur, zu Führung dieses Beweises, die Edition der dahin gehörigen Urkunden, von dem Gräflichen Hause nachgesuchet hat. Man würde also eine vergebliche Sache unternehmen, wenn man, nach der gegenwärtigen Lage, untersuchen wollte: was es mit der Verpfändung der Grafschaft Sternberg an das Haus Lippe für eine Bewandniß habe? Vielmehr gehöret diese Frage zu dem künftigen Beweise des Hochstifts Paderborn; welchem man diesseits getrost entgegen siehet. Was also

b) gegenwärtig in Untersuchung kommen kann, betrifft lediglich diejenigen Sternbergischen Güter, worauf

1) Paderborn seinen Hauptbeweis gerichtet, und worauf auch

2) das höchstverehrliche Reichshofrathsconclusum vom 8ten Febr. dieses Jahrs hauptsächlich gerichtet ist, nemlich Schloß, Stadt und Amt Barrentrupp, die Stadt Salzuffeln, und die angebliche Vogtey Müddenhorst.

§. 75.

Paderbornische Gründe für den Pfandbesitz des Hauses Lippe.

Eine kurze historische Uebersicht der angeblichen Verpfändung ist bereits §. 7. dem Leser vorgelegt worden.

Hier aber ist es nothwendig, die Gründe beider Theile genauer zu zergliedern. Man hat sich also, Paderbornischer Seits, folgender Beweisgründe und Urkunden, zu Behauptung des Lippischen Pfandrechtes bedienet:

1) Extract der Gräflich Lippischen Reversalien auf die Herrschaft Sternberg vom Jahr 1405. Er befindet sich bey der den 30ten Julius 1653 übergebenen Paderbornischen Replik in possessorio (§. 14.) sub N. 1. und ist folgenden Inhalts:

> V. G. G. Wy Hermann Grave to Eberstein, and Herr to der Lippe, und wy Berend Herr tho der Lippe und tho Everstein — bekennet — dat de Edle Grave tho Holstein und to Schowenborg — uns schuldig sind, rechter Schuld, 600 lödige Mark Brunswikischen Silbers, — und acht und twintig hundert Gülden und vertig Gülden Rinesches Goldes. — Hievor hebben se uns gesetzt und verpendet **öhre Herschop von dem Sternberge**, by Namen **dat Schlot to dem Sternberg**, alse dat de van Zertzen mit dem Bölsingfelde in hedden, und **Alverdissen**, als dat Friedrich de Wend, Hermanns Sohne, inne hedde, mit allen siner Rechten und Tobehörungen, und fort mehr, wat von allen diesen vorschrewen Schlotten und Landen nicht verselket und verpendet is; und wy sollen und mögen dese vorgeschrevene Herschop, Schlott, Land und Lüde bruken tho allen unsen Nutte und Behoef, und se schalt und wilt uns in deser vorgeschreven Herschup, Schlott und Lande vorbenannt, **thein Jahr lang** besitten laten — **und wenn de tein Jahr verlopen** sind, **so mögen se** oder öre Erven, uns eder unsen Erven **eine Losekundung laten** — so schöle Wy, oft unse Erven, en oft öhren Erven, de Herschop von dem Sternberg, mit eren Thobehörungen — von Stund an ledig wedder antworten, sonder lenger Vertog. Wenn de tein Jahr verlopen weren: so möten se — Uns — unse Geld geven, als vorgeschreven ist. Wehre ok, dat dese vorgeschreven Schlote Buwens behöveden — so schollen se und willt binnen vertein Nachten — twe erer Fründe by twe unsrer Fründe senden, de den Buwe ein werden — und was wy den also verbuweden, an Rade und Verdrege unser beede Fründe — dat wy bewiesen möchten, dat scholn se uns mit disser verschreven Hovet Summe weder geven, wenn se dese — Herschop weder lösen. — **Ock schollen se und wilt alle Manschop unde Leben vorhenöhmter Herschop by einholden** — Gegeven ist — vertein hundert Jahr, darna in dem vyften Jahr des Sonnabends an unses HErrn Himmelfahrt.

2) Revers Grafens Anton von Schaumburg vom Jahr 1515. Dieser ist von dem Gräflich Lippischen Hause selbst bey der Duplik in possessorio vom 11 May 1654 (§. 15.) übergeben worden. Die Hauptstelle lautet so:

Wy Antonius Greve to Holstein und Schaumborgh — dat wy und unse Erven schollen noch wollen den Edeln unsen leven Ohmen Simon Edelherrn tor Lippe, öme und sinen Lives gebornen Erven nicht aflösen, efte aflösen laten de Herschop tom Sternberge, dewele unse leve Ohme von der Lippe, und von sinem Live geborne Erve sin, und efte dat sülte — nicht geholden werden — dat ich gerne verhöt — so hebbe ich — bewilligt — und Kraft disses Breves und myner eigen Handschrift, dat ich hebbe mynen leven Ohme von der Lippe, und synen Lives Erben, geben und bewilliget, **unses Erves** so lete **in und von der Herschop Sterneberge**, alse my **von rechten Erfftele davon gebören und tokommen mag** — Anno Domini, so man schrifft XV und XV Jahr an dem Mytwochen na Martini episcopi.

3) Bestätigung dieses angeblichen Pfandschaftcontractes vom Bischof Erich von Paderborn, vom Jahr 1519. Diese ist bereits oben (§. 42.) in Ansehung ihres Hauptinhaltes, beygebracht.

4) Ein vom höchstpreislichen Reichskammergericht den 8 Februar 1572 in Sachen des Herrn Otten Grafens zu Schaumburg, und Herrn zu Gehmen, als Klägern, entgegen und wider Herrn Simon, Grafen zur Lippe als Beklagten, publicirtes, die Wiederablösung des Schlosses, Stadt und Amtes Barrentrupp betreffendes Urthel, worin Herr Beklagter von der Klage absolviret, und Herr Kläger mit seiner Forderung an gebührende Orte verwiesen worden;

5) Die, in Gemäßheit dieses Reichskammergerichtlichen Urthels vom Grafen Otto zu Schaumburg im Jahr 1575 geschehene Requisition auf die Austräge, und das darauf gefertigte Aufkündigungsinstrument, welches den Lippischen animaduersionibus sub N. VII. beygelegt ist;

6) Der Vertrag zwischen Grafen Adolf zu Schaumburg und Simon Grafen zur Lippe vom Jahr 1585, worin jener für sich und seine Erben versprochen: daß, so lange Er, seine Kinder, und deren Erben am Leben seyn würden, dieselbe wegen der Herrschaft Sternberg, Hauses, Städtleins und Amt Barntorfs, wie auch Salzuffelns, nebst ihren Zubehörungen, nicht molestiret, nach deren Tode aber ihm solche Einlösung frey stehen solle;

7) Ein Pfandbrief über die von Graf Simon und Berend von der Lippe an den Bischof Wilhelm von dem Berg zu Paderborn im Jahr 1409 geschehene Verpfändung des halben Dorfes Salzuffeln, worin zugegeben wird, daß es ein Pfand der Grafen von Schaumburg sey. Hier ist der wesentliche Inhalt aus den Lippischen exceptionibus in summario:

Wy Wilhelm von dem Berge v. G. G. Bischop to Paderborne, und Greve to Ravensberg, bekennen, dat de Edele Simon und Berend Heren tor Lippe uns gesat hebben, **de Helfte des Dorpes to Salzuffeln** mit allen Recht und Tobehörungen — so se dat hebbet **von** den Edlen Adolph **Graven to** Holstein und **Schomberg gehat**, went an düsse Tidt, und **dat to gebrucken** — **so lange als de Sate werer**, vor 1000 Rinsche Gulden — und **schollen uns dessülven Dorpes wegen** mit siner Tobehörunge **rechte Warschup don**, wie, wenn und wo dicke uns dis not si, en se von uns darum gemant werden — wann se edder ere Erben von uns **dat vorbenannte öre Dorp** wedder lösen vor düsse vorgeschrevene Summe Gulden, **de Losse** sollen se uns verkündigen in des Mytwinters Fyertagen.

8) Das

8) Das eigne, vom Gräflichen Lippischen Hause den 10 May und 10 December 1641, sowohl in den exceptionibus summariis als duplicis in possessorio gethane Geständniß dieser Verpfändung (§. 15.), und endlich

9) das Zeugniß des oftbemeldeten Spangenbergs, welchem die Originalurkunden über sothane Verpfändung aus dem Schaumburgischen Archive vorgeleget worden.

§. 76.

Widerlegung der Paderbornischen Behauptung der Verpfändung.

So scheinbar nun auch übrigens diese von dem Hochstift Paderborn für den pfandschaftlichen Besitz des Hauses Lippe beygebrachte Beweisthümer seyn möchten: so fällt doch deren Beweiskraft bey genauerer Untersuchung gänzlich weg. Denn was

1) die Gräflich Lippischen Reversalien von 1405 anbetrifft: so sind selbige

a) in bloßer unbeglaubigter Abschrift zu den Acten gebracht worden, und Paderborn hat selbst nicht einmal die Existenz einer Urschrift davon angeführet, noch weniger aber solche produciren können. Sie beweisen also gar nichts.

b) Hat man, Paderbornischer Seits, sothane Urkunde in der Absicht produciret, um daraus zu erweisen, daß das beklagte Haus Lippe, Schloß, Stadt und Amt Barrentrupp, die Stadt Salzuffeln, und die Vogtey Müddenhorst, von den Grafen von Holstein-Schaumburg pfandweise an sich gebracht habe; gleichwohl enthält selbige kein Wort von diesen Ortschaften.

c) Erhellet so gar nicht einmal aus diesem angeblichen Pfandbriefe, daß die Grafen von der Lippe die Pfandgläubiger gewesen. Es nennen sich zwar die beiden Pfandherren ausdrücklich **Herr thor Lippe**, aber mit dem Zusatz, **Grave to Eberstein**, und Herr to Everstein. Es ist also wahrscheinlicher, daß es Grafen von Eberstein gewesen sind. Diese hatten nemlich lange Zeit mit dem Gräflich Lippischen Hause in großer Feindseligkeit gelebt. Endlich aber wurde solche dadurch geendiget, daß Graf Simon von der Lippe sich mit der Gräfin Elisabeth von Eberstein, und Graf Hermann von Eberstein hinwiederum mit des Grafen Simons Schwester vermählte. Durch diese Doppelheyrath wurde eine Art einer Erbverbrüderung zwischen beiden Häusern zu Stande gebracht, und beide Paciscenten nahmen einer des andern Titel an, so daß sich die Grafen von Eberstein des Namens Grafen zur Lippe bedienten, und umgekehrt.

s. **Piderits** Lippische Chronik S. 515. in fin.

So lange also nicht einmal bewiesen ist, daß beide Pfandherren würklich Grafen von der Lippe gewesen sind: so kann aus diesen Reversalen, wenn selbige auch jemahls in der Urschrift produciret werden sollten, gegen das beklagte Hochgräflich Lippische Haus nichts gedeihliches erwiesen werden. Vielmehr sind bis dahin sothane Reversalien, in Ansehung desselben, als eine res inter alios acta & transacta anzusehen. Endlich

d) geschieht in sothaner Urkunde des Bischofs von Paderborn, als Lehnsherrns, gar nicht Erwähnung. Vielmehr ergiebt solche, daß die Grafen von Schaumburg die Herrschaft Sternberg als ihr freyes Eigenthum: **ohre Herschop**, betrachtet, und in solcher Eigenschaft selbige verpfändet haben; daher man nicht begreifen kann, wie daraus das Paderbornische thema probandum, nur einigem Rechtsschein, habe erwiesen werden können. Sodann

ad 2) den Revers des Grafen Anton von Schaumburg anbelangend, ist

a) derselbe ebenfalls in einer bloßen unbeglaubigten Abschrift zu den Acten gebracht worden, und führet solcher folglich gar keine Beweiskraft mit sich, hiernächst ist

b) von Barrentrupp, Salzuffeln und der Vogtey Müddenhorst, wovon hier allein die Rede ist, darin kein Wort befindlich. Vielmehr sagt der Graf Anton von Schaumburg nur: daß er den Grafen von der Lippe,

in und von der Herschop Sternberge

von welcher hier gar die Rede nicht ist (§. 73.), so viel Pfandweise lassen wolle:

alse my von rechten Erfftale davon gebören und tokommen mag;

daher Paderborn, wenn zuvor die Urkunde im Original herbeygeschafft worden, falls darauf einiger Beweis begründet werden sollte, vorläufig erweisen müßte, was

1) nur gedachtem Grafen Anton für ein Antheil in und von der Herrschaft Sternberg

na rechtem Erfftale

gebühret habe, und derselbe also

2) an das beklagte Gräflich Lippische Haus habe Pfandweise überlassen können, indem die Urkunde, so wie sie lautet, mit Bestande Rechtens, auf die gegenwärtig in Untersuchung befangene Güter, deren sie gar nicht erwähnet, unmöglich gezogen werden kann. Gesetzt aber auch

c) daß, von Seiten des Hochstifts Paderborn, dem diesseitigen gedoppelten rechtlichen postulato, wie man jedoch nicht glaubt, Genüge geleistet werden könnte und sollte: so würde dennoch diese Urkunde gegen das Gräfliche Haus nichts erweisen, da es eine einseitige Angabe des mehrgedachten Grafens Anton von Schaumburg ist, und, so wenig aus der Urkunde selbst, als sonsten, ersichtlich ist, daß das Haus Lippe bey deren Verfertigung zugezogen worden, oder ihren Inhalt genehmiget habe. Hiergegen thut auch nichts, daß selbige Gräflich Lippischer Seits selbst zu den Acten gebracht worden, indem man ihrem Inhalte, in Rücksicht auf die gegenwärtige Frage, ausdrücklich widersprochen, und folglich deren Production nicht zum Nachtheile des Hochgräflichen Hauses, in dem vorliegenden Falle, gereichen kann. Was ferner

ad 3) die vom Bischof Erich von Paderborn im Jahr 1519 geschehene Bestätigung des angeblichen Pfandschaftscontractes anbelanget: so ist

a) derselbe wiederum in einer unbeglaubigten Abschrift beygebracht worden, und beweiset also, schon in dieser Hinsicht, nichts. Hiernächst

b) redet solche wiederum bloß von der Herrschaft Sternberg, wovon gegenwärtig keine Frage ist (§. 73.), hingegen von Barrentrupp, Salzuffeln und der Vogtey Müddenhorst, ist wiederum kein Wort darin enthalten; sodann

c) ist mit nichts bewiesen, daß die Grafen von der Lippe um diese Bischöfliche Bestätigung nachgesuchet, oder nur ihre Einwilligung dazu gegeben haben sollten; daher das hinter ihrem Rücken von den Grafen von Schaumburg unternommene Factum nicht zu ihrem Nachtheile gereichen kann, wenn

auch

auch die Urkunde dermaleinst im Original zum Vorschein kommen sollte; nicht zu gedenken, daß

d) wenn es auch dereinst zum Beweise der angeblichen Paderbornischen Lehnbarkeit der ganzen Grafschaft Sternberg kommen sollte, diese Urkunde aus den oben (§. 71.) ausgeführten Ursachen gegen das Gräflich Lippische Haus für das Hochstift Paderborn überhaupt nichts gedeihliches erweisen würde. Ferner

ad 4) und 5) den zwischen den Gräflichen Schaumburgischen und Lippischen Häusern über die angebliche Loskündigung der Pfandschaft beym höchstpreislichen Reichskammergericht entstandenen Rechtsstreit anbelangend, so ist

a) aus dem Kammergerichtlichen Urthel vom 8ten Februar 1572 sogar nicht einmal der Gegenstand des Rechtsstreites, worin solches ergangen ist, zu ersehen; sodann

b) gibt der ganze Hergang der Sache zu erkennen, daß das Haus Lippe der angeblichen Pfandschaft, und dem daraus entspringenden Wiedereinlösungsrechte, standhaft widersprochen, und darauf

c) das Haus Schaumburg, sogar mit Vertheilung in die Kosten, vom Kammergerichte ab, und an die Austrägen verwiesen worden, dieses Haus auch

d) nach einer im Jahr 1575 pro forma geschehenen Requisition auf die Austrägen, auf erfolgten Lippischen Widerspruch, die Sache, bis zu dessen gänzlicher Erlöschung, auf sich ruhen lassen, welchem zufolge also

e) die einseitige beym Reichskammergericht von Holstein-Schaumburg geschehene, und von Lippe jederzeit standhaft widersprochene Angabe, daß die in Frage seyende Güter Pfandweise an das beklagte Gräfliche Haus gekommen seyen, die Pfandeigenschaft nicht erweisen kann; wohingegen

f) was die vom Grafen Otto von Schaumburg angeblich geschehene Loskündigung betrifft, **eines Theils** das dieserhalb zu den Acten gekommene Loskündigungsinstrument in seiner Urschrift nicht produciret worden, die unbeglaubigte Privatabschrift aber gar nichts beweiset, **andern Theils** aber billig in rechtliche Betrachtung gezogen werden muß, daß das Haus Lippe dem anmaßlichen Pfandschaftsrechte, so wie der darauf begründet werden wollenden Reluition standhaft widersprochen, und darauf das Haus Schaumburg, unstreitig aus Mißtrauen auf seine Sache, den ganzen Rechtsstreit, bis zum erfolgten Absterben des ganzen Hauses, gänzlich ruhen lassen; daher aus diesem Vorgange so wenig ein Rechtsgrund für die Paderbornische Lehnsbarkeit, als wenig eine Vermuthung für den angeblichen Lippischen Pfandbesitz, mit einigem Bestande Rechtens, zu ziehen stehet. So viel ferner

ad 6) den Vertrag zwischen dem Grafen Adolf zu Schaumburg und dem Grafen Simon zur Lippe anbetrifft, welcher sich auch in den
Lippischen Anmerkungen; in der Anlage lit. C.
befindet: so fehlet es

a) auch bey diesem an dem Original, daher die desfalls producirte Abschrift gar nichts beweiset;

b) ist in dem ganzen Vertrage der angeblichen Verpfändung mit keinem Worte Erwähnung geschehen, sondern der Graf Adolf zu Schaumburg verspricht nur, daß, so lange der Graf Simon und dessen Söhne und Enkel am Leben seyn würden, selbige wegen der Herrschaft Sternberg, desgleichen

des Hauses, Städtleins und Amts Varendorf, und Salzufflen, cum pertinentiis

in und außerhalb Rechtens, nicht sollen molestiret und angefochten werden, sondern — bey itzt ermeldeten Herrschaften, Häusern, Städten, Land und Leuten, in und außerhalb Rechtens, ohnangefochten und unbehindert bleiben sollen;

damit aber dieser Vertrag nicht dermaleinst zum Nachtheile des Gräflichen Hauses Lippe angezogen, oder als ein stillschweigendes Geständniß, daß selbiges die Güter qu. nur Pfandweise besitze, angesehen werden möchte; so wird die ausdrückliche Clausul angehängt:

wie dann auch Wir Graf Simon zur Lippe, alsdann Unseren Erben und Nachkommen, in ihren Gegenreden, Fürderungen, nichts vergeben, sondern ihnen dieselbige hiermit ausdrücklich reserviret und fürbehalten haben;

welche angehängte Protestation von der rechtlichen Würkung ist, daß dieser Vertrag niemalen zum Präjudiz des beklagten Hochgräflichen Hauses angeführet werden mag; protestationis enim ea vis est, vt agentis ius illaesum conseruet, atque in tuto collocet, efficiatque, ne ex actu illo, cui adjicitur, aliquod damnum ad posteritatem redundet

L. 8. §. 6. D. de op. nou. nunc.
L. 20. D. de adqu. hered.
Carpzov P. I. C. 17. d. 16.
de *Wernher* T. I. P. I. obs. 78. p. 71.

Demnächst

ad 7) den Pfandbrief von 1409 anbelangend, ist

a) die Identität des in dem bemeldeten Pfandschaftsreverse bemerkten Dorfes Salzuffeln mit dem Dorfe Uffeln, mit welchem die ehemaligen Grafen von Schaumburg von dem Hochstifte Paderborn beliehen seyn sollen (§. 40.), Lippischer Seits geleugnet (§. 64), und von Seiten des Herrn Klägers mit nichts erwiesen; vielmehr ergibt sich

b) das klare Gegentheil aus der Urkunde, angesehen

α) der Bischof Wilhelm von Paderborn von den Grafen von der Lippe verlanget, daß sie ihm

von dessülven Dorpes wegen, mit siner Tobehörunge, **rechte Warschüp don** sollen,

welches, wenn der Bischof das lehnsherrliche Obereigenthum über Salzuffeln gehabt, und damit die von ihm erworbene Rechte des Pfandgläubigers verbunden hätte, eine ganz überflüssige und lächerliche Cautel gewesen seyn würde, anbey

β) der Bischof selbst Salzuffeln **öre Dorp** nennet, und also das Eigenthum seiner Contrahenten dadurch anerkennet, auch

γ) daß er Lehnsherr desselben sey, und sich desfalls seine angebliche Lehnsgerechtsame vorbehalten wolle, in dem Pfandbriefe mit keinem Worte gedacht wird; hierbey ist auch noch

c) in rechtliche Erwägung zu ziehen, daß diese Urkunde von hochgedachtem Bischofe von Paderborn einseitig ausgestellet worden, und falls auch der Pa-

der-

derborniſchen Lehnbarkeit, oder der angeblichen Verpfändung an das Haus Lippe, wie jedoch nicht iſt, darin Erwähnung geſchehen ſeyn ſollte, ſolches dem Hochgräflichen Hauſe nicht zum Nachtheile gereichen könnte; anbeneben

ad 8) das, von Seiten des Hochgräflichen Hauſes, in poſſeſſorio gethane Geſtändniß der Verpfändung anbelangend, oben (§. 57.) ſattſam ausgeführet worden, daß ſolches

a) von der Frau Gräfin Katharina, als Vormünderin, geſchehen, und ſie dadurch denen ihrer Pflege befohlnen Herren Söhnen ſo wenig präjudiciren wollen, als können, ſothanes Geſtändniß auch

b) zu einer Zeit geſchehen, da ſelbige mit keinen Räthen verſehen geweſen, und keinen Zutritt zum Archive ihres Hauſes gehabt, und folglich auch in dieſem Betrachte nichts zum Nachtheile ihrer Gräflichen Kinder unternehmen können

ſ. S. *Stryk* de tutela materna Principum imperii.
Diet. Herm. *Kemmerich* de conſiliario Principis, curatore vxoris eius. Jen. 1725.
G. H. *Ayrer* de gynaecocratia tutelari viduarum illuſtrium S. 1. §. 22. p. 55. ſqq.
C. F. *Walch* de cura ſexus illuſtrium. p. 34.

endlich auch

c) dieſe Angabe nur in Geſtalt einer Einrede geſchehen, welche in den Rechten für kein Eingeſtändniß gehalten wird, und überdem ſolche in der Folge ſtandhaft widerrufen worden, und daher ſolche, zumal in dem jetzigen petitorio, nicht mehr in rechtliche Betrachtung kommen kann; ſo viel aber

ad 9) das aus Spangenbergs Schaumburgiſcher Chronik hergenommene Argument anbelanget: ſo iſt ebenfalls oben (§. 1.) darauf ſo geantwortet worden, daß eine Wiederholung dieſerhalb gänzlich unnöthig ſeyn würde.

§. 77.

Schlußanmerkung.

Aus dem bisherigen Vortrage ergibt ſich alſo, daß die Paderborniſchen Beweisthümer für den pfandſchaftlichen Beſitz des Hauſes Lippe

1) großentheils auf unbeglaubigten nichts beweiſenden Abſchriften beruhen,

2) großentheils das gegenwärtige thema probandum gar nicht betreffen, zum Theil

3) in Anſehung des beklagten Gräflichen Hauſes, als res inter alios actae anzuſehen ſind, und daher eben ſo wenig als

4) das aus Irrthum geſchehene, und bereits revocirte Angeben, und unbeſcheinigte Zeugniß eines armſeligen Chronologen zum Beweiſe der angeblich an das Haus Lippe verpfändeten Sternbergiſchen Güter, mit Beyfall der Rechte, gebrauchet werden mögen.

Vierter Abschnitt.

Beweis, daß das Haus Lippe die Sternbergischen Güter und Herrschaften als wahres Eigenthum besitze.

§. 78.

Voranmerkung.

In der bisherigen Ausführung ist, zu verhoffentlicher Ueberzeugung eines unbefangenen Publici, dargethan worden, daß

1) das Hochstift Paderborn in Ansehung der Lehnbarkeit der Grafschaft Sternberg gar nichts erwiesen habe, hingegen

2) die Lehnbarkeit wegen Barrentrupp, Salzuffeln und der Vogtey Müddenhorst auf unerwiesene und gänzlich irrelevante Beweisgründe gebauet sey, auch die Behauptung, daß die Herren Grafen von der Lippe die lezteren Güter bloß Pfandweise an sich gebracht, ebenfalls unerweislich sey.

Bey solchen Umständen also, und da klagendes Hochstift den ihm obgelegenen Beweis nicht geführet hat, hätte man, Gräflich Lippischer Seits, nach dem bekannten Grundsatze: actore non probante absoluitur reus, sich mit Recht eines obsieglichen Urthels beym Kaiserlichen höchstpreislichen Reichshofrathe schmeicheln können. Es scheinet auch bey dem seit einigen hundert Jahren fortgesetzten ruhigen Besitze dieser Grafschaft so gar nicht einmal nöthig zu seyn, die Rechtsgründe, worauf der Lippische Besitz gebauet ist, auszuführen, da es eine aus den ersten Grundsätzen der Rechte bekannte Sache ist, daß ein Besitzer den titulum seines Besitzes zu ediren nicht schuldig ist. Da indessen das beklagte Hochgräfliche Haus nicht Ursach hat, hierin das Licht zu scheuen: so will man, in möglichster Kürze, die Gründe, worauf der Lippische Besitz beruhet, dem Publico vor Augen legen.

§. 79.

Erster Lippischer Rechtsgrund: die Verjährung.

Daß die Herren Grafen von der Lippe sowol die eigentliche Grafschaft Sternberg, als die von diesem ausgestorbenen Hause besessene Ortschaften Barrentrupp, Salzuffeln u. s. f. seit einigen Jahrhunderten, ruhig besessen haben, ist eine, unter beiden Theilen, in facto ausgemachte Sache.

Daß sie aber solche animo rem sibi habendi besessen, und folglich ciuilem possessionem gehabt haben, erhellet ebenfalls aus den Acten, und ist, selbst von Seiten des Hochstifts Paderborn, nicht einmal in Zweifel gezogen worden.

Sie haben nemlich als würkliche Landesherren, während dieser ganzen Zeit, alle nur erdenkliche Handlungen des dominii priuati und territorialis s. publici ausgeübet. Sie haben unstreitig, lange vor dem Absterben der Grafen von Holstein-Schaumburg, alle aus diesem Lande eingehende Zinsen, Zehenten, ohne jemands Widerspruch oder Theilnehmung, erhoben.

Gleichergestalt haben sie von den Unterthanen alle Steuren und Abgaben erhoben; sie haben die Huldigung von den Unterthanen, als wahre und alleinige Landesherren, empfangen. Sie haben in Uffeln Salzquellen entdeckt, und darüber, als über ihr freyes Eigenthum, disponiret.

s. Io. Andr. *Hoffmann* de indigenatu p. 77.

Sie

Sie haben zu einer Zeit, wo sogar die mächtigsten Reichsstände Anstand nahmen, ohne Kaiserliche Concession Städte zu errichten, Salzuffeln sowohl, als Barrentrupp mit städtischen Privilegien versehen, wovon die Urkunden den Lippischen Anmerkungen, in den Anlagen beygedruckt sind.

Sie haben nicht allein am Schlosse zu Sternberg, sondern auch am Schlosse und Kirche zu Barrentrupp ihr Wapen einhauen lassen, wie solches sich aus dem instrumento notariali bey den Quadruplicis in possessorio tit. 2. zu Tage leget; und in den Rechten als ein Zeichen des Eigenthumes angesehen wird

Hoeping de jure insignium c. 3. n. 103.
Consilia Marburgensia Vol. I. cons. 30. n. 68.

Sie haben so gar einige zu diesen Herrschaften gehörige Stücke, als ihr Eigenthum, verpfändet. Der Bischof Wilhelm von Paderborn erhielt z. E. von ihnen halb Salzuffeln als Pfand, und nannte es selbst **ore Dorp** (§. 75.), wodurch er sie also als würkliche Eigenthümer anerkannt.

Da also die beklagten Herren Grafen nicht allein das Land, seit zwey hundert und mehreren Jahren, ruhig besessen, sich selbst für dessen wahre Eigenthümer gehalten, auch von anderen, und sogar von den Bischöfen von Paderborn dafür angesehen worden, und alle nur erdenkliche Rechte des Privateigenthumes sowohl, als der Landeshoheit ausgeübet, und sich so gar derselben zum Behuf des iuris reformandi, frey, und ohne jemands Widerspruch, bedienet haben: so läßt sich die Verjährung, zu Gunsten derselben, um so weniger verkennen, da es unbezweifelten Rechtens ist, daß Land und Leute, so wie die Landesherrliche Hoheit, durch die Verjährung, erworben und verloren werden können.

Moser von der Landeshoheit überhaupt. p. 88. sqq.

§. 80.

Einwürfe dagegen: 1) aus der Lehnsqualität dieser Lande.

Die Richtigkeit dieser in facto angegebenen Umstände haben die Paderbornischen Schriftsteller selbst unumwunden eingestehen müssen. Um aber die rechtlichen Folgen davon abzuwenden, hat man sich verschiedener Rechtsgründe bedienet, um die von dem Gräflichen Hause vorgeschützte Einrede der Verjährung zu elidiren.

Zuvorderst setzet man dabey voraus, daß nicht bloß die Grafschaft Sternberg, sondern auch namentlich, Schloß, Stadt und Amt Barrentrupp, die Stadt Salzuffeln, samt Zubehör, die Vogtey Müddenhorst u. s. f. von den Grafen von Holstein-Schaumburg, als Stift Paderbornische Lehen anerkannt worden, und folglich deren Veräußerung, von Seiten gedachter Grafen, an das Gräfliche Haus Lippe, wegen ermangelnden lehnherrlichen Consense, für null und nichtig zu achten sey.

In Begründung dieses Einwurfes scheint nun freylich dem Fürstlichen Herrn Kläger zu Statten zu kommen:

a) Die Verordnung Kaiser Conrads II,
II F. 40.
wo es heißt: vt liceat dominis, omnes alienationes feudi factas, *non obstante praescriptione*, reuocare, und

b) Die Verordnung Kaiser Friedrichs II,
II F. 55.

welche folgenden Inhalts ist: dum ex praedeceſſorum noſtrorum more vniuerſalis curiae Ronchaliae pro tribunali ſederemus, a principibus Italicis, tam rectoribus eccleſiarum, quam aliis fidelibus regni, non modicas accepimus querelas, quod beneficia eorum & feuda, quae vaſalli ab eis retinebant, ſine dominorum licentia pignori obligauerant, & quadam colluſione nomine libelli vendiderant, vnde debita ſeruitia amittebant, & honor Imperii, & noſtrae expeditionis felicis complementum minuebatur. Habito ergo conſilio Epiſcoporum, Ducum, Marchionum & Comitum, ſimul etiam & Palatinorum iudicum, & aliorum Procerum, hac edictali, Deo propitio, perpetuo valitura lege ſancimus, vt nulli liceat feudum totum vel partem aliquam vendere vel pignerare, vel quocumque modo diſtrahere, ſeu alienare, vel pro anima iudicare ſine permiſſione illius domini, ad quem feudum ſpectare dinoſcitur. Vnde Imperator tantum in futurum, ne fieret, legem promulgauit. Nos autem ad pleniorem regni vtilitatem prouidentes, non ſolum in poſterum, ſed etiam *huiusmodi alienationes* illicitas, hactenus *perpetratas*, hac praeſenti ſanctione *ceſſamus*, *& in irritum deducimus*, nullius temporis praeſcriptione impediente, quia quod ab initio de iure non valuit, tractu temporis conualeſcere non debet, emtoribus bonae fidei ex emto actione contra venditorem competente. Es ſind daher die Rechtsgelehrten der faſt einſtimmigen Meinung, daß das verkaufte Lehen durch die, hinter dem Rücken des Lehnsherrn, geſchehene Veräußerung mit einem vitio behaftet werde, welches auch den Käufer hindert, mittelſt der Verjährung ſolches zu erlangen.

Franzkius lib. III. reſol. 12. n. 52. 68.
Maier ſyſt. iur. feud. p. 241.
Böhmer T. III. P. III. d. 758.
Strubens rechtl. Bedenken T. II. p. 396. ſqq.

daher es allerdings, auch in gegenwärtigem Falle das Anſehen gewinnet, daß dem Gräflich Lippiſchen Hauſe die vorgeſchützte Verjährung gegen das Hochſtift Paderborn nicht zu Statten kommen dürfte.

§. 81.

Widerlegung dieſes Einwurfs.

Wendet man aber dieſe allgemeine Grundſätze des Longobardiſchen Rechts auf den vorliegenden Fall an: ſo fällt der Ungrund ihrer Application ſo fort in die Augen.

Zuvörderſt könnte überhaupt noch für zweifelhaft angeſehen werden, ob ſothane Verordnungen Kaiſer Conrads II und Friedrichs I, da ſelbige offenbar für Italien, und bloß mit Einwilligung der Italiäniſchen Herren, ohne Zuziehung der teutſchen Reichsſtände gemacht worden ſind, auf Teutſchland angewendet werden können, zumahl da ſie in Teutſchland nicht promulgiret worden ſind, eine ſtillſchweigende Annahme derſelben aber, als eine res facti, in den Rechten nicht vermuthet wird, ſondern bewieſen werden muß

ſ. *Horn* iuriſpr. feud. c. 1. §. 34.
Leyſer ſp. 196. m. 3.
G. L. *Böhmer* in libro ſing. de indole & natura exſpect. & inueſtit. feud. & de huius renouat. c. 3. §. 61. p. 87.

Ohne jedoch diese vorläufige Rechtsfrage zu entscheiden, will man den gegenseitigen Einwendungen folgende Rechtsgründe entgegen setzen:

1) Bey Anwendung dieses Falles aus dem in subsidium recipirten Longobardischen Lehnrecht wird allemal voraus gesetzt, daß die qualitas feudalis der von dem Lehnsherrn in Anspruch genommenen Güter außer Zweifel ruhe; widrigenfalls solche von dem Lehnsherrn erwiesen werden muß, quoniam qualitas allodialis ordinaria & naturalis, feudalis autem extraordinaria & accidentalis est, quae posterior in dubio non praesumitur

Andr. *Alciatus* de praesumt. Reg. 2. praesumt. 3.

& quoniam qualitas feudalis rationem seruitutis, quae in dubio non praesumitur, habere censetur

Iac. *Menochius* de praesumt. lib. III. praesumt. 91.
Gail lib. 2. obs. 69.
Carpzov P. I. C. 27. d. 7.
Stryk de praesumt. feudali c. 2. n. 4. sqq.
Consultat. & decis. fratrum Becmannorum. T. I. p. 36.

Nun erhellet aber aus dem bisherigen Vortrage: daß, so viel

a) die Grafschaft Sternberg betrifft, Paderborn noch zur Zeit gar keinen Beweis der angeblichen Paderbornischen Lehnsgerechtsame darüber geführet (§. 36.)

b) was hingegen die einzelnen in Anspruch genommenen Stücke, als Barrentrup u. s. w. anbelanget: so ist

α) nicht einmal die Identität der angeblichen Barrentruppischen und Salzuffelnischen Aemter und Güter, mit denen in den Lehnbriefen angeführten Stücken dargethan (§. 61.), auch

β) die Beweismittel, wie bereits oben erörtert worden, irrelevant, unbeweisend und widersprochen (§. 66.), ferner

γ) in Ansehung der Vogtey Müddenhorst so gar nicht einmal deren Existenz, und daß das Gräfliche Haus Lippe solche besitze, dargethan (§. 67.); daher sich von selbst verstehet, daß, so lange Paderborn diesen Beweis nicht ersetzet, auch

δ) die Verbindlichkeit der Schaumburgischen, hinter dem Rücken der Herren Grafen von der Lippe, gemachten Lehnbriefe, in Ansehung des beklagten Gräflichen Hauses nicht erweiset, sich selbiges auch vergebens auf diese Disposition des Lehnrechts, in vorliegendem Falle, beziehe; sodann

2) setzt das Longobardische Lehnrecht offenbar voraus, daß der Vasall, sowohl als der Käufer, um die Lehnsbeschaffenheit des verkauften Grundstücks gewußt, und dennoch den Kauf vollzogen haben, welches die Worte:

& quadam collusione

augenscheinlich erproben. Sollten also die gemeinen Rechte gegen das Haus Lippe ihre Anwendung finden: so müßte, von Seiten des Hochstifts Paderborn, nothwendig erwiesen werden: daß

a) die Grafen von Schaumburg zur Zeit der an die Grafen von der Lippe geschehenen Veräußerung schon Paderbornische Vasallen in Rücksicht auf die in Frage seyende Güter gewesen, solches auch

b) die Herren Grafen von der Lippe gewußt, und dennoch

c) ohne Lehnsherrliche Einwilligung den Kauf vollzogen hätten.

Gleichwohl ist ad a) schon gedachter Maßen der Beweis von Paderborn theils gar nicht, theils unvollkommen geführet, und von Lippe vielmehr der Beweis des Gegentheils erbracht worden; hingegen ad b) und c) ist in den ganzen Acten nicht einmal die geringste Spur einer solchen Wissenschaft des beklagten Gräflichen Hauses anzutreffen, folglich auch in diesem Gesichtspuncte die Disposition des Longobardischen Rechts auf den gegenwärtigen Fall gänzlich unanwendbar. Hiernächst

3) im Fall auch, wie man jedoch nicht glaubt, ein besserer Beweis der Lehnbarkeit, Paderbornischer Seits, geführet werden könnte: so würde selbiger dennoch gegen das Gräflich Lippische Haus nichts bewürken. Es würde nemlich hier die Frage von Kirchenlehen seyn, welche nach der klaren Vorschrift der Rechte

Nou. 111.
N. 131. c. 6.
auth. quas actiones C. de SS. eccles.

wie alle der Kirche zugehörige Sachen durch die Präscription von vierzig Jahren verloren gehen.

de *Wernher* T. I. P. I. obs. 253. p. 280. sq. ibiq. citati.
Böhmer in iure eccles. lib. II. t. 2. §. 26. p. 46.
Horn iurisprud. feud. c. 11. §. 4.

Diese aber, und sogar das von einigen Rechtsgelehrten der Kirche, nach Ablauf der 40 Jahre, zugestandene quadriennium restitutionis in integrum ist ebenfalls längstens abgelaufen, und folglich alle etwanige Paderbornische Ansprüche dadurch gänzlich erloschen. Hierzu kommt

4) daß selbst diejenigen Rechtsgelehrten, welche alle Verjährung des Lehens, durch einen extraneum, gegen den Lehnsherrn gänzlich ausschließen, dennoch die praescriptionem immemorialem zulassen,

Carpzov lib. I. resp. 38. n. 9. sq.
C. G. *Riccius* de vsuc. & praescr. pactis aut priuilegiis exclusa aut ad longius tempus producta. §. 13. p. 22.
G. L. *Böhmeri* princ. iur. feudalis §. 369.
Iac. H. *Zoll* de feudi per vasallum alienati appropriatione contra dominum directum §. 13.
Strubens rechtl. Bedenken T. II. p. 396. sq.

welcher Satz auch um so wenigeren Zweifel finden kann, da derselbe eigentlich keine Verjährung, sondern nur eine legalis praesumtio iustae adquisitionis ob diuturnitatem temporis, cuius contraria non exstat memoria, ist, und folglich in allen Fällen ihre Anwendung findet, in welchen sonst die ordentlichen Gattungen der Verjährungen wegfallen.

Andr. *Ockel* de praescr. immemoriali c. 8. §. 17. p. 322.
S. de *Cocceji* ius controuers. lib. de vsurpat. p. 32.
I. P. *Kreß* de genuina indole vetustatis, s. praescript. immem. c. 3.
de *Wernher* T. I. P. I. obs. 165. n. 1. p. 147.
Strubens rechtl. Bedenken T. V. p. 93.

Zum Beweise eines solchen unfürdenklichen Besitzes ist zureichend, wenn durch Zeugenaussagen, oder auf andere rechtsbeständige Art, dargethan wird, ita

seruatum semper fuisse, neque quemquam existere, qui vel ab aliis cognouerit, aliter aliquando seruatum fuisse, & quando praesens status initium ceperit.

de *Pufendorf* T. I. obs. 151. §. 2. 7. T. II. obs. 54.

Nun wende man diese Sätze auf den gegenwärtigen Fall an: so wird sich die Gerechtigkeit der Lippischen Sache daraus deutlich veroffenbaren.

Das Gräfliche Haus Lippe ist, wenigstens seit dem Anfange des funfzehnten Jahrhunderts, im Besitz der Grafschaft Sternberg, und der sämmtlichen dieser ausgestorbenen Familie ehedem zugehörig gewesenen Güter und Herrschaften. Hierin sind beide Theile einig (§. 6. 7.). Das Haus Lippe hat, seit dieser Zeit, das ganze Land als Eigenthümer behandelt, auch dis ist, Paderbornischer Seits, wie die ganzen Acten bezeugen, zugestanden worden. Mithin ist der unfürdenkliche Besitz, so weit er zur praescriptione immemoriali erforderlich ist, zureichend erwiesen, und daher in diesem einzigen Gesichtspunkte das Gräfliche Haus, im Wege Rechtens, für allen Ansprüchen auf die ganze Grafschaft, und alle von den ehemaligen Grafen von Sternberg besessene Güter und Herrschaften, vollkommen gesichert.

Zwar möchte man dagegen einwenden, daß, so lange das Gräflich Schaumburgische Haus existiret, welches, nach Paderbornischer Angabe, mit der Grafschaft Sternberg u. s. f. beliehen worden, das Hochstift Paderborn nicht berechtiget gewesen sey, auf die Revocation zu dringen, und also demselben das bekannte brocardicon: non valenti agere nulla currit praescriptio, nach der Vorschrift des

L. 1. Cn. fin. C. de annal. praescr.

um so mehr zu Statten kommen müsse, da sich das Hochstift Paderborn unmittelbar nach dem Absterben der mehrgedachten Grafen um Sternberg u. s. f. gemeldet, und seine Gerechtsame darauf deduciret.

Allein auch dieser Einwurf ist von weniger Rechtserheblichkeit. Denn

1) hat Paderborn unstreitig gewußt, daß seine angeblich lehnbare Sternbergische Güter und Herrschaften in die Hände des Gräflich Lippischen Hauses gekommen waren, und von demselben als Eigenthum behandelt worden. Dis läßt sich, nach der Natur der Sache, um so weniger bezweifeln, da diese Güter insgesammt in der Nachbarschaft von Paderborn belegen sind, und also eine Unwissenheit in Sachen, welche in der Nähe geschehen sind, offenbar crassa, affectata, & facile vincibilis gewesen seyn würde. Insonderheit aber legt sich diese Wissenschaft und Genehmigung von Seiten des Hochstifts offenbar daraus zu Tage, daß der Bischof Wilhelm von Paderborn selbst einen Theil dieser in Anspruch genommenen Sternbergischen Güter, nemlich das halbe Salzuffeln, von dem Hause Lippe als Unterpfand angenommen (§. 75.), und solches bey dieser Gelegenheit, als ore Dorp, folglich als ihr freyes Eigenthum anerkannt. Da nun das Gräfliche Haus die sämmtlichen Sternbergischen Güter aus einerley Rechtsgründen besessen, und in Ansehung des einen Theils Paderborn nicht nur diesen Besitz genehmiget, sondern auch die Rechtmäßigkeit desselben ipso facto anerkannt hat: so ist allerdings eben dasselbe auch von den übrigen Sternbergischen Gütern zu vermuthen.

A. A. de *Ramdohr* de toto iure per partialem eius vsum seruato.

Goett. 1752.

Bey dieser theils vorausgesetzten, theils aber aus den Acten selbst sich hervorthuenden Wissenschaft des angeblichen Lehnsherrns aber ist

2) offenbar, daß es des Lehnsherrns Schuldigkeit gewesen, auch bey Lebzeiten seines angeblichen Vasallen, die wissentlich von einem andern als Eigenthum besessene Grundstücke entweder selbst in Anspruch zu nehmen, oder wenigstens dem Vasallen die Redintegrirung des Lehens anzubefehlen; zumal da auf der einen Seite nach den

Paderbornischen Lehnspuncten in **Lünigs** corp. iur. feud. Germ. T. I. p. 1666. sq.

ein Paderbornischer Vasall, welcher sein Lehen ohne Einwilligung des Lehnhofes veräußert oder verpfändet, desselben eben dadurch völlig verlustig gehet, und auf der andern Seite ein jeder Lehnsherr weiß oder wissen muß, daß sein Lehen durch eine dreyßigjährige, oder allenfalls unfürdenkliche Verjährung verloren und in Erbe verwandelt werden kann

II. F. 23. §. si quis.
II. F. 26. §. 4.
Vulteius de feudis c. 9. §. 8.
Stryk examen iur. feud. c. 11. q. 8.
Horn c. 9. §. 8.
Leyser sp. 457. m. 3. sp. 665. m. 8.
I. L. *Schmidt* de praescriptione feudali acquisitiua §. 13.
I. B. *Friesen* de feudi in allodium praescriptione.

mithin das Stillsitzen des Lehnsherrn in diesem Fall als eine res meræ facultatis, praescriptionem non admittens, keinesweges anzusehen, sondern vielmehr als eine stillschweigende Genehmigung der unter seinen Augen, und sogar Theilnehmung und Wissenschaft, vorgenommenen Handlungen angesehen werden muß

Cocceji ius contr. tit. de vsurp. & vsuc. q. 13. p. 451. sqq.
de *Pufendorf* T. II. obs. 92. T. III. obs. 161 & 188.

Endlich kommt hierbey noch in Betrachtung, daß demjenigen, welcher in possessorio obtiniret hat, die Zwischenzeit, bis zu Anstellung des petitorii, zu Vollendung der Verjährung, mit gerechnet wird,

de *Pufendorf* T. IV. obs. 130. p. 245. sqq.

dem zufolge also der Zeitraum, auf welchen sich die Lippische Verjährung gründet, einen Zeitraum von mehr als zwey hundert achtzig Jahren in sich begreift, welcher dasselbe nothwendig vor allen ferneren Ansprüchen dieserhalb in Sicherheit setzen muß.

§. 82.

2) Daß Lippe das Land bloß Pfandweise besessen habe.

Der zweyte Haupteinwurf, welchen man der von dem Hochgräflich Lippischen Hause vorgeschützten Verjährung entgegen setzet, bestehet darin: daß besagtes Haus die gesammten Sternbergischen Güter und Herrschaften nur Pfandweise besessen habe, und noch besitze, somit nicht nur dem Hochstifte Paderborn, resoluto iure concedentis das Pfand wiederum zurück fallen müsse, sondern das beklagte Gräfliche Haus eben aus diesem Grunde keine Verjährung sothaner Güter und Herrschaften für sich anführen könne.

Es ist nemlich eine bekannte Sache, daß, nach der Meinung der angesehensten Rechtslehrer, das Recht des Pfandschuldners, das dem Gläubiger überlassene Pfandgut gegen Erstattung des Capitals, und der Zinsen, wiederum abzulösen, jederzeit zustehen, und keiner Verjährung unterworfen seyn soll, weil

1) dieses Recht als eine res meraе facultatis anzusehen, die bekanntlich, der Regel nach, für impräscriptibel gehalten wird, auch

2) keinem Gläubiger die Befugniß zustehet, causſam poſſeſſionis zu ändern, und das, was er anfänglich als bloßer Pfandgläubiger besessen hat, als würklicher Eigenthümer zu besitzen

Hertii consilia & resp. T. I. resp. 245. n. 1. R. 250. n. 3. R. 427. n. 19.
Voetius in comm. ad Pand. tit. de pigner. act. §. 7.
P. *Toullieu* de luitione pign. & rebus meraе facult.

welche Meinung auch bey beiden höchsten Reichsgerichten angenommen ist

Gail lib. II. obs. 18.
Mynsinger cent. 2. obs. 16.
Pottgiesser de indole pign. Germ. c. vlt. §. 2.
Pütters Rechtsfälle T. I. p. 500.
Moser von der Reichsstände Landen p. 16.

Insonderheit aber wird, in dem vorliegenden Falle, von den Paderbornischen Schriftstellern behauptet, daß das Gräflich Schaumburgische Haus sich des ihm zugestandenen Wiederlösungsrechts würklich habe bedienen wollen, auch zu dem Ende den Pfandschilling würklich deponiret habe, und auf die von Lippe geschehene Verweigerung, selbigen anzunehmen, besagtes Haus beym Reichskammergericht würklich belanget habe, durch sothane Handlungen aber die allenfalls von dem beklagten Gräflichen Hause angefangene Verjährung völlig unterbrochen worden sey, und selbiges daher sich darauf keinesweges berufen könne.

§. 83.

Widerlegung dieses Einwurfes.

Nun will man sich, in Ansehung dieses Einwurfes nicht einmal darauf berufen, daß nicht allein viele der bewährtesten Rechtslehrer die Verjährbarkeit des Wiederlösungsrechts behaupten, sondern auch in vielen Fällen, bey den höchsten Reichsgerichten, sowohl als in den angesehensten Dicasterien der Reichsstände würklich darauf gesprochen worden

s. *Vinnii* sel. iur. quaest. lib. II. c. 16.
H. de *Cocceji* de rebus meraе facult. §. 9. 10.
Leyser sp. 462. m. 16.
W. F. *Bachou* L. B. ab Echt, de iustitia praescriptionis circa bona sub pacto retrouenditionis possessa. Jen. 1730.
G. *Sturm* de praescriptione reluitionis pignorum.
J. A. *Hellfeld* de praescriptione actionis pigneraticiae directae. Jen. 1756.

Da man die gegenseitige Meinung, unbeschadet der Gerechtigkeit der Gräflich Lippischen Sache, als gegründet, und den Gesetzen sowol als dem gemeinen Gerichtsgebrauche angemessen, annehmen kann.

Es ist nemlich hierbey allerdings in rechtliche Betrachtung zu ziehen, daß

1) bey der Materie von Wiederablösung des Pfandes vor allem die Frage untersucht werden muß: ob auch würklich ein solcher Pfandschaftscontract von den Partheyen oder deren Vorfahren geschlossen sey? Eben diese Frage aber ist von dem beklagten Gräflichen Hause standhaft verneinet, und daß die Sternbergischen Güter und Herrschaften erb- und eigenthümlich auf selbiges gekommen seyen, behauptet worden. Die gegenseitigen Paderbornischen Beweisthümer dieses angeblichen Pfandschaftscontractes aber gründen sich theils auf bloße unbeglaubigte, folglich nichts beweisende Urkunden, theils auf das Zeugniß eines Geschichtschreibers, welcher in dieser Sache gar keinen Glauben verdienet. (§. 58.) Die beym Anfange des gegenwärtigen Rechtsstreites gethane Angabe der Frau Gräfin Katharina hingegen ist theils als eine bloße Einrede anzusehen, welche in den Rechten für kein Eingeständniß gehalten wird, theils aber ist solche aus einem sehr verzeihlichen Irrthum geschehen, welcher längstens revociret, und daß es ein Irrthum gewesen sey, dargethan worden, daher derselbe dem beklagten Gräflichen Hause auch keinesweges zum Nachtheile gereichen kann. Da also die Richtigkeit des angeblichen Pfandschaftscontractes von den Paderbornischen Schriftstellern noch zur Zeit auf eine zu Recht beständige Art nicht erwiesen ist, noch, wie man diesseits glaubt, in Ewigkeit erwiesen werden kann: so ist die Frage: ob das Wiederlösungsrecht der Verjährung unterworfen sey, oder nicht? in vorliegendem Falle allerdings als völlig irrelevant anzusehen. Gesetzt aber, daß man auch

2) auf einen Augenblick, wie jedoch nicht geschiehet, den vorgegebenen Pfandschaftscontract als richtig und erwiesen ansehen könnte: so würde dennoch diese Einrede dem Hochstift Paderborn, zu Erreichung seiner Absichten gegen das beklagte Gräfliche Haus keinesweges zu Statten kommen. Es ist nemlich eine unter allen Rechtsgelehrten angenommene und unbezweifelte Sache, daß die sogenannten res merae facultatis der Verjährung allerdings unterworfen sind, wenn eine Verweigerung auf der einen Seite, und eine Acquiescenz auf der anderen erfolget ist

Estor de abusu rerum merae facultatis. c. 2. §. 51.
Voetius l. c.
I. C. *Claproth* de rebus merae facultatis §. 8. sq.
de *Pufendorf* in tract. de priuilegiis c. 1. §. 76.
idem T. II. obs. 92. p. 380.

wie dann in solchem Falle viele der angesehensten Rechtslehrer einen Zeitraum von 10 oder 20 Jahren, andere hingegen höchstens von 30 Jahren, zu Vollendung der Verjährung für zureichend ansehen

L. 7. D. de diu. temp. praescr.
M. A. *Galuanus* de vsufructu c. 11. §. 10.
Leyser sp. 462. m. 22
Cocceji ius controu. tit. de pigner. act. qu. 19.

Nun ergeben aber die Acten, daß das beklagte Gräfliche Haus die Richtigkeit des Pfandschaftscontractes beständig geleugnet habe, und als die Grafen von Holstein-Schaumburg beym Reichskammergericht aus demselben geklaget, und demnächst, auf das erfolgte widrige Kammergerichtsurthel, die Requisition auf die Austrägen gethan, sich darauf nicht eingelassen, und jederzeit, daß man die Sternbergischen Güter und Herrschaften als wahres und unbe-

zwei-

zweifeltes Eigenthum besessen habe, und noch besitze, behauptet. Bey dieser Verweigerung hat sich das Gräflich Schaumburgische Haus, vom Jahr 1575 an, bis auf seine im Jahr 1640 erfolgte gänzliche Erlöschung, folglich ganzer 65 Jahre beruhiget. Es ist daher keinem Zweifel ausgesetzet, daß, wenn auch das Haus Lippe die Güter qu. vorher Pfandweise besessen haben sollte, durch sothane Verweigerung und respectiue Acquiescenz das Wiederlösungsrecht, in einem so beträchtlichen Zeitraume, gänzlich würde verloren gegangen seyn, und sich daher das Hochstift Paderborn darauf vergebens berufe.

§. 84.

3) Mangel eines tituli dominium translatiui.

Endlich wird in den, Namens des Hochstifts Paderborn, übergebenen Schriften annoch behauptet, daß das Gräfliche Haus Lippe keinen titulum dominium translatiuum in Ansehung der gesamten Sternbergischen Güter und Herrschaften für sich habe, und daher, auch in diesem Gesichtspuncte, die von demselben vorgeschützte Verjährung gänzlich hinweg falle. Allein auch diese Einrede ist leicht zu beantworten.

Es ist nemlich eine aus der Geschichte sowol als aus den Acten bekannte Sache, daß die Grafen von der Lippe unmittelbar auf das erfolgte Absterben der Grafen von Sternberg auf deren gesamte Nachlassenschaft, als die nächsten Anverwandten, Anspruch gemacht haben. Hierüber entstand zwischen denselben und den Grafen von Holstein-Schaumburg ein langwieriger Krieg, welcher endlich durch die zwischen dem Grafen Bernhard von der Lippe und der Gräfin Anna von Schaumburg geschlossene Vermählung glücklich beygeleget, und bey solcher Gelegenheit die ganze Sternbergische Nachlassenschaft an das Haus Lippe abgetreten wurde.

Piderits Lippische Chronik. P. II. p. 581. sq.
de *Imhof* notitia procerum S. R. I. lib. 9. c. 4. p. 104.

Diese von den bewährtesten Geschichtschreibern bezeugte Begebenheit erhält auch dadurch den höchsten Grad der Glaubwürdigkeit, daß das Gräfliche Haus Lippe, seit der Zeit, würklich die gesamten Sternbergischen Güter und Herrschaften ruhig und ununterbrochen besessen hat, und von Seiten der Grafen von Schaumburg kein weiterer Anspruch darauf gemacht worden, welches sich ohne einen dergleichen vorher gegangenen Vertrag kaum als möglich gedenken läßt.

Zwar wendet man dagegen in den Paderbornischen Schriften ein, daß

1) die Grafen von Schaumburg, im Fall auch die Wahrheit des Lippischen Angebens erwiesen werden könnte, als Paderbornische Vasallen, ohne des Bischofs und des Domkapitels Einwilligung, einen solchen, die Substanz des Lehens afficirenden Vertrag einzugehen, nicht befugt gewesen, und selbiger folglich das Hochstift Paderborn nicht verbinde, sodann

2) die von den Grafen von Schaumburg tentirte Wiedereinlösung das Gegentheil erweise, und solche mit dem nur bemeldeten Vertrage keinesweges zu reimen stehe.

Allein

ad 1) erhellet aus der obigen Ausführung, daß eines Theils die angebliche Lehnbarkeit von Paderborn gar nicht auf eine zu Recht beständige Art erwiesen

wiesen sey, und andern Theils, wenn sie auch erwiesen werden könnte, dem Gräflichen Hause Lippe, da selbiges von sothaner Lehnsauftragung nichts gewüßt, noch in selbige consentiret, in Ansehung seiner an den Sternbergischen Gütern und Herrschaften erworbenen Gerechtsamen nichts entziehen können. (§. 37. 57.)

ad 2) aber beruhet, deducirter maßen, das Vorgeben der Pfandschaft auf einseitigem Vorgeben des Fürstlichen Gegentheils, und solchen Urkunden, welche gar keine Beweiskraft haben, und ist selbigem, von Seiten der Herren Grafen von der Lippe, jederzeit standhaft widersprochen worden (§. 57.), daher wider selbige daraus nichts Nachtheiliges gefolgert werden kann.

Gesetzt aber auch, jedoch uneingestanden, daß der obbemeldete Vertrag mit dem Hause Schaumburg seine Richtigkeit nicht haben sollte, und daß es dem Hause Lippe an einem andern titulo dominium translatiuo, in der vorliegenden Sache, gänzlich ermangelte, wovon jedoch das Gegentheil sich aus der folgenden Ausführung zu Tage legen wird: so ist die praescriptio longissimi temporis & immemorialis allein zureichend, diesen Mangel zu ersetzen.

L. 1. §. fin. D. de aqu. & aqu. pluu. arc.
L. 3. D. de aqua quotid.
C. 1. de praescr. in 6.

quia nimirum tanto tempore possessum praesumitur ab anteceſſoribus iuste adquisitum, cum tam immanis temporis praescriptio praesumatur iustum titulum antecedentem habere, adeo, vt si aliae deficiant probationes, solo tempore immemoriali titulus probetur.

Meuius P. 4. d. 210. P. 6. d. 122.
Andr. *Ockel* de praescr. immemor. c. 8. §. 10. p. 312. sqq.
de *Wernher* T. 1. P. 1. obs. 165. p. 147. sqq.
Leyser sp. 460. m. 4. 5.

bey welchen Umständen also, daß die von den Paderbornischen Schriftstellern der Lippischen Schutzrede der Verjährung entgegen gesetzte Scheingründe für völlig irrelevant anzusehen, nicht gezweifelt werden mag.

§. 85.

Zweyter Lippischer Rechtsgrund: die Erbverbrüderung vom Jahr 1511. Paderbornische Einwendungen dagegen.

Der erste bisher ausgeführte Rechtsgrund der Verjährung ist von der Beschaffenheit und Würkung, daß es Gräflich Lippischer Seits gar keiner weiteren Ausführung in Ansehung der Rechtmäßigkeit der Besitzung der Sternbergischen Güter bedarf, und man es also bey demselben lediglich bewenden lassen könnte. Inzwischen will man, ohne jedoch von der Kraft der Verjährung im geringsten abzugehen, auch noch die übrigen, dem Gräflichen beklagten Hause zu Statten kommende Rechtsgründe, dem Publico in möglichster Kürze vorlegen.

Man macht billig den Anfang mit der bereits oben §. 41. eingerückten Lippisch-Schaumburgischen Erbverbrüderung.

Kraft derselben vereinigen sich beide paciscirende Häuser dahin, daß, auf den Ausgang des einen, das andere Haus in allen Gütern und Ländern des ausgestorbenen succediren soll; und der Bischof Erich von Paderborn hat, ein

Jahr

Jahr nach dem geschloſſenen Vertrage, die ganze Erbverbrüderung unumwunden bestätiget, daher, in Gemäßheit dieses Vertrages, das Haus Lippe die gerechteste Befugniß, die Erbfolge auch in den Sternbergischen Herrschaften und Gütern zu verlangen, erworben hat.

Die Richtigkeit einer solchen Bischöflich Paderbornischen Bestätigung hat man zwar von klagender Seite abzuleugnen nicht vermocht. Inzwischen hat man, um die daraus für Lippe gemachten Folgen zu vereiteln, dagegen folgende Einreden gemacht:

1) Habe das beklagte Gräfliche Haus das Original sothaner Urkunde noch nicht produciret, die davon bey den Acten befindliche Abschrift aber verdiene keinen Glauben;

2) Beziehe sich selbige auf eine vorher gegangene Erbverbrüderung, die aber der Bischöflichen Bestätigung nicht einverleibet sey, daher solche als ein documentum referens sine relato nichts erweise; Außerdem

3) habe der Bischof Erich von Paderborn die Urkunde nicht selbst unterschrieben, sondern ein gewisser Manthe de Herberen, Kanzler, von welchem aber gar nicht constire, daß er jemals die Stelle eines Paderbornischen Kanzlers bekleidet habe;

4) sey auch kein Ort unter der Urkunde gemeldet, wo selbige sey ausgefertiget worden;

5) fehle es an der Einwilligung des Domkapitels, und in solcher Rücksicht seyen die Nachfolger des Bischof Erichs an dessen facta nicht gebunden; sothane Einwilligung könne auch

6) aus der Länge der Zeit mit Rechtsbestande nicht gefolgert werden; endlich

7) habe sich der Anfall erst lange nach dem Tode des Bischof Erichs zugetragen, und wären daher seine Fürstliche Nachfolger nicht schuldig, dessen pacta personalia oder Anwartschaft, worauf die Bischöfliche Bestätigung hinauslaufe, zu erfüllen.

§. 86.

Beantwortung der Paderbornischen Einwürfe.

Was den **ersten Einwurf** anbelanget, so ist eines Theils die producirte vidimirte Abschrift der Bischöflichen Confirmation aus dem Gräflich Lippischen Archive genommen, und hat schon in dem Gesichtspuncte eine große Vermuthung der Aechtheit vor sich;

Jo. *Eisenharth* de iure diplomatum. c. 5. §. 2.
I. W. *Waldschmid* de probatione per diplomataria.

andern Theils aber braucht es jetzo dieser Vermuthung nicht mehr, da man so glücklich gewesen ist, **im Lippischen Archive die Originalurkunde aufzufinden**, und stündlich bereit ist, dem Fürstlichen Herrn Gegentheile solche auf Verlangen in der Urschrift vorzuweisen, und dadurch dieses Bedenken völlig zu heben.

Den **zweyten Einwurf** anbelangend, verordnen die Rechte, daß ein instrumentum referens sine relato zum Beweise für zureichend nicht zu halten sey, wenn dasjenige, was man aus dem instrumento referente beweisen will,

in demselben ganz oder zum Theil nicht, sondern allein in dem instrumento relato befindlich ist.

Nou. 119. c. 3.
Leyser sp. 264. m. 7.

Nun ist aber alles, was man in der Hauptsache, Lippischer Seits, aus der mit dem Gräflichen Schaumburgischen Hause geschlossenen Erbverbrüderung erweisen will, würklich in der förmlichen Bestätigung des Bischofs Erich enthalten, daher es in solchem Betrachte der Production sothaner Erbverbrüderung vom Jahr 1510 ebenfalls nicht bedarf.

Da man indessen auch **das Original dieser Erbverbrüderung**, nach vieljährigem Nachsuchen, ebenfalls **im Gräflich Lippischen Archive** endlich **vorgefunden hat:** so ist man, von Seiten des beklagten Gräflichen Hauses, zu dessen Production gegen den Fürstlichen Herrn Kläger gleichermaßen bereitwillig, und erbietet sich dazu hierdurch ausdrücklich.

In Ansehung des **dritten Einwurfes** ist es eine bekannte Sache, daß in gar vielen reichsständischen Kanzleyen, und selbst im Hochstift Paderborn, die Urkunden nicht allemal vom Landesherrn eigenhändig unterschrieben werden. Man sehe z. E. die mehresten Paderbornischen Lehnbriefe in

Lünigs corp. iur. feud. Germ. T. I. p. 1627. sqq.

Ueberdem ist, wenn man von dem Sächsischen Executivprozesse abstrahiret, hinreichend, daß einer solchen Urkunde das herrschaftliche Siegel, wie im vorliegenden Falle, angehängt ist, Sigillum enim eumdem cum subscriptione effectum habet, & qui illud apponit, in contenta instrumenti consentire intelligitur

Menochius de arbitr. iur. quaest. lib. 2. cent. 2. cas. 113.
Carpzov in proc. t. 14. c. 2. n. 24. sqq.

sufficit enim de consensu constare, qua ratione is exprimatur, nihil interest.

arg. L. 1. in f. D. de pact. dot.
de *Wernher* T. I. P. 2. obs. 416. p. 412. sq. P. III. obs. 197. p. 678.
Stryk de cautelis contractuum S. 1. c. 6. §. 19.

Ueberdem ist die Unterschrift des Kanzlers unstreitig als zureichend anzusehen.

Strubens rechtl. Bedenken T. IV. p. 199.

Die Angabe aber, daß der sich unterschreibende **Manthe de Herberen** nicht Kanzler in Paderborn gewesen sey, verdienet nicht die geringste rechtliche Aufmerksamkeit, da die Beysetzung des Bischöflichen Siegels die Aechtheit der Urkunde außer Zweifel setzet. Ohnehin werden Falla in den Rechten nicht vermuthet, und erfordern einen strengen Beweis. Gesetzt aber auch, daß er nicht Paderbornischer, sondern Osnabrückischer Kanzler gewesen wäre: so hing es allemal von dem freyen Willen des Fürstbischofs ab, denselben auch bey Ausfertigung einer Paderbornischen Urkunde zu gebrauchen, und kann dieser dadurch an ihrer Glaubwürdigkeit nichts abgehen.

Der **vierte Einwurf**, daß der Ort, wo die Urkunde ausgefertiget worden, gänzlich ausgelassen sey, thut nichts zur Sache, da diese Formalität nicht zum Wesen einer Urkunde beyträgt, wenn selbige sonst nur für genuin zu halten ist, und überdem, nach der Natur der Sache, daß selbige da, wo sich der

Landesfürst gewöhnlich aufhält, folglich in seiner Residenz, ausgefertiget sey, vermuthet werden muß, cum ea, quae vt plurimum & ordinarie fiunt, praesumantur.

§. 87.

Fortsetzung der Beantwortung der Paderbornischen Einwürfe.

Die drey übrigen dieser Bestätigung der Schaumburgischen und Lippischen Erbverbrüderung entgegen gesetzte Einwürfe betreffen in der Hauptsache drey rechtliche Fragen:

1) ob sothane Bestätigung, wegen Ermangelung des Domkapitularischen Consenses, für null und nichtig zu halten sey?

2) ob es für ein bloßes pactum personale angesehen werden? oder

3) auch von den Nachfolgern des Bischof Erichs in Erfüllung gebracht werden müsse? welche man kürzlich untersuchen will.

Was den **Mangel der Einwilligung des Domkapitels** zu Paderborn in die geschlossene Erbverbrüderung und deren Bestätigung anbetrifft: so hat es freylich seine unbezweifelte Richtigkeit, daß alle Prälaten in Sachen, wo es auf Veräußerung der Kirchengüter ankommt, die Einwilligung ihrer Kapitel zu suchen verbunden sind. Dieses bringen die gemeinen Rechte mit sich

c. 1. 2. 3. 8. 9. 10. X. de his quae fiunt a praelato.
c. 4. X. de fideiuss.
c. 2. X. de solut.
c. 2. X. de donat.

und überdem ist solches auch durch die Verordnungen Kaiser Conrads II, Friedrichs I und Wilhelms von den Jahren 1039, 1153 und 1255 wiederholt und geschärft worden, welche in

Senkenbergs corp. iur. Germ. p. 521. 530. 565.

befindlich sind.

s. I. Chr. *Barthel* de rebus ecclesiae non alienandis. T. II. p. 805. sqq.
B. L. van *Espen* in iure eccles. P. 2. t. 35. c. 4.

Allein diese Regel trifft die Reinfeudation heimgefallener Stiftslehen keinesweges. Diese ist, in Ansehung der bonorum infeudari solitorum, in den gemeinen Rechten nirgends untersaget, sondern vielmehr den Prälaten, als legitimo administratori der Rechte seines Stifts, und pro domino sublimi, ausdrücklich verstattet, ohne daß es dazu eines Domkapitularischen Consenses bedarf.

II. F. 35.
c. 2. X. de feudis.
Struuii syntagma iur. feud. c. 5. §. 9.
Gail lib. II. obs. 161.
Strubens Nebenstunden T. I. p. 133. sqq.
Hr. Reichshofrath Freyherr von **Braun** de bonis infeudari solitis.

Es ist dieses auch um so weniger zu bewundern, da eine solche Wiederverleihung losgefallener Lehen keine Veräußerung mit sich führet, sondern der Lehnsherr die längst veräußerte Stiftsgüter nur dazu gebrauchet, wozu sie von den Vorfah-

fahren gewidmet sind, nemlich dem Stifte mittelst derselben Lehnleute zu verschaffen, welche ihm zur Ehre und Nutzen gereichen; daher die von

Struben l. c. p. 138.

in großer Anzahl angeführte Rechtsgelehrte beider Religionen, dem Bischofe dieses Recht, ohne Zuziehung des Capitels, einstimmig beylegen.

s. auch G. L. *Böhmeri* principia iuris feud. §. 86.

Nun ist zwar freylich richtig, daß in verschiedenen bischöflichen Wahlkapitulationen dem Bischofe die Wiederverleihung solcher heimgefallenen Lehen entweder ganz untersaget, oder doch an die Einwilligung des Capitels gebunden ist. Allein eines Theils machen diese Wahlverträge kein gemeines Recht aus, vielmehr sind viele Stifter, worin der Bischof in seiner Kapitulation vielmehr solche Wiederbelehnung versprechen muß.

G. L. *Böhmer* de consolidatione feudorum impedita c. 2.

Vom Hochstifte Paderborn insonderheit ist in den ganzen Acten kein Beweis beygebracht worden, daß, zu den Zeiten des Bischof Erichs, den Bischöfen zu Paderborn diese Gewalt genommen, oder eingeschränket worden, folglich ist die Handlung des Bischofs Erich allerdings nach der Vorschrift der gemeinen Rechte zu beurtheilen, und für gültig zu halten, wenn gleich die Einwilligung des Domkapitels dazu nicht gefordert und erhalten seyn sollte. Hierzu kommt, daß so gar dergleichen Einschränkungen der Bischöfe durch die von den Domkapiteln denselben vorgeschriebene Kapitulationen, welche auf eine Verminderung der Bischöflichen Gerechtsame in der weltlichen Regierung abzielen, für null und nichtig gehalten werden.

c. 27. X. de iurei.

c. 1. eod. in 6.

wobey, so viel Teutschland insonderheit betrifft, die, bey Gelegenheit der Wahlkapitulation des Bischofs Johann Gottfried von Würzburg erlassene päbstliche Bulle Innocentius XII vom 22 September 1695 in

Fabers Staatskanzley F. II. p. 13.

und das Rescript Kaiser Leopolds vom 11 September 1698 ein offenbares Zeugniß ablegen

s. Factum & ius iuramenti episcopalis. Wirceb. 1698. fol.

Jo. Ad. de *Ickstadt* de iuribus capitulorum sede vacante §. 23. T. II. opuscul. p. 493.

Chr. Gottl. *Buder* de capitulationibus episcoporum Germ. §. 23.

Reinharth ad Christian. Vol. I. obs. 14.

Gesetzt also auch, daß man, wie man jedoch disseits nicht glaubt, die Existenz einer solchen Paderbornischen Wahlkapitulation von den Zeiten des Bischofs Erich annoch beybringen könnte: so würde selbige, nach vorigen Grundsätzen, allerdings als null und nichtig angesehen werden müssen, und daher die Bischöfliche Einwilligung in die vorbemeldete Erbverbrüderung, auch ohne Consens des Paderbornischen Domkapitels, als gültig und verbindlich zu betrachten seyn.

§. 88.

Fortsetzung dieser Beantwortung. Ob die Bischöfliche Bestätigung ein pactum personale sey?

Zweytens wird von Seiten der Paderbornischen Schriftsteller behauptet, daß die von dem Bischof Erich ertheilte Confirmation höchstens nur als

ein pactum personale des hochgedachten Bischofs mit den damaligen Mitgliedern der beiden erbverbrüderten Gräflichen Häuser anzusehen sey.

Allein auch dieser Satz läßt sich so wenig mit den Worten der Urkunde selbst, als mit der Theorie der Rechte, reimen. Nicht mit den Worten. Der Bischof Erich bestätiget die Erbverbrüderung

für Uns, Unse Nachkommen und Stifte,

und in Ansehung der erbverbrüderten Häuser heißt es:

vor sich und öhre Erven.

Nun ist aber unzweifelhaften Rechtens, daß alle Verträge, worin der Erben und Nachfolger Erwähnung geschieht, und die auf selbige gerichtet sind, als pacta realia angesehen werden,

L. 7. §. 8. D. de pactis.
L. 40. D. eod.
L. 8. § pen. D. de pigner. act.
Arn. *Vinnius* de pactis. c. 13.

Ja die Gesetze verordnen so gar, daß selbst in dem Fall, da die Contrahenten in dem Vertrage nur von sich reden, und der Erben nicht Erwähnung geschieht, das pactum dennoch nicht pro personali gehalten werden soll, wenn der Wille der Partheyen nicht das Gegentheil beweiset

cit. L. 8. §. 4. de pign. act.

Plerumque enim, quod & Pedium retulisse Vlpianus ait, persona pacto inseritur, non vt personale fiat, sed vt demonstretur, cum quo pactum factum est. Diligenter itaque considerandae sunt circumstantiae, ex quibus iudicari potest, ad quodnam pactorum genus quaelibet eorum species referenda sit, cum sola personarum mentio, quae in introitu praemitti solet, nil certi arguat.

Aem. Lud. *Hombergk* de qualitate reali, quae pactis successoriis inest, & de effectibus eius. Marb. 1754. §. 1. p. 3. sq.

Aus diesen Grundsätzen werden daher, in zweifelhaftem Falle, alle Verträge für pacta realia angesehen, wenn auch die Erben darin nicht namentlich angeführet seyn sollten.

Jo. *Goeddaeus* de contrah. & committ. stipul. c. 9. n. 151. sqq.
Leyser sp. 41. m. 2.

Eben dieses tritt namentlich auch bey Erbverträgen ein, da diese nach unbestrittenem teutschen Herkommen für allgemein verbindlich gehalten werden, und nach der allgemeinen Theorie der Verträge zu beurtheilen sind.

Mich. *Graſs* collatio iur. ciu. cum Recess. Imp. p. 193. sqq.
Jo *Schilteri* prax. iur. ciu. ex. 36. §. 39.
Leyser sp. 43. m. 3. sq.
Mosers teutsches Familienstaatsrecht T. I. p. 931. sqq.

Es ist daher keinem Zweifel ausgesetzet, daß dergleichen pacta successoria, wohin die Erbverbrüderungen gehören, wenn selbige auch gleich nicht namentlich auf die Erben gerichtet seyn sollten, dennoch die Eigenschaft der pactorum realium haben

N. C. de *Lynker* P. 2. d. 764.
Consilia Tubingens. T. VI. cons. 69. n. 151. sq.
Hombergk l. c. §. 4. p. 8.

wie dann auch namentlich in Ansehung der Erbverbrüderungen, der Gerichtsgebrauch die Richtigkeit dieser Anmerkung bestärket.

Stryk de succ. ab intestato diss. VIII. c. 1. §. 42.
N. *Mylerus* de princ. ac statibus Imp. c. 25. §. 22.
Hombergk l. c. §. 9. p. 19. sq.

Durch ein solches pactum reale erhalten die Erbverbrüderten unstreitig ein ius reale an den Gütern, worüber der Erbvertrag geschlossen worden, daher kein Zweifel ist, daß denselben, auf erfolgtes Absterben des einen paciscirenden Hauses, alle mit dem iure in re verbundene Rechtsmittel zustehen.

Stryk l. c. diss. 8. c. 7. §. 30.
de *Ludewig* T. I. consil. Halens. cons. 280. n. 37.
F. C. *Harpprecht* de fideic. conuent. §. 67. sqq.
Hombergk l. c. §. 14. p. 33. sqq.

§. 89.

Schluß dieser Beantwortung. Die Bestätigung verbindet alle Nachfolger des Bischof Erichs.

Endlich ist noch die rechtliche Frage zu untersuchen: ob, wenn die Bischöfliche Bestätigung überhaupt für verbindlich anzusehen ist, auch die Fürstlichen Nachfolger des mehrbelobten Bischof Erichs, selbige zu erfüllen schuldig geachtet werden müssen? Die Bischöflich Paderbornische Schriftsteller haben diese Frage verneinet, und behaupten, daß die Bischöfliche Bestätigung nur alsdann dem beklagten Gräflichen Hause würde zu Statten gekommen seyn, wenn die Heimfallung zu den Zeiten des Bischof Erichs geschehen wäre. Das Gegentheil aber erhellet aus folgenden Sätzen:

1) Alle Erbverträge sind, nach dem §. 88. überhaupt pacta realia, deren Verbindlichkeit unstreitig auf die Erben, oder Nachfolger der Paciscenten übergehet; ex quo conficitur, heredis praedefuncti paciscentis ex promissione eius teneri & a superstite conueniri posse

Hombergk l. c. §. 4.

welcher Satz hier um so mehr seine unstreitige Anwendung findet, da der Erben und Nachkommen in dem Erbvertrage und dessen Bischöflichen Bestätigung ausdrücklich Erwähnung geschehen ist. Sodann kommt

2) hierbey in rechtliche Betrachtung, daß alle Reichsstände, welchen die Regierung ihrer Lande nicht ex pacto & prouidentia maiorum aufgeerbet ist, schuldig sind, alle facta ihrer Vorfahrer an der Regierung, welche dieselben, vermöge der Landesfürstlichen Gewalt, und in der Qualität eines Regenten vorgenommen haben, zu erfüllen

Böhmer T. I. P. 2. resp. 4. n. 15. sqq. p. 27.
de *Ludewig* de oblig. success. in Princip. S. R. I. c. 4. §. 6. T. I. opusc. miscell. p. 569. sqq.
de *Cramer* de obligat. success. territ. Germ. T. IV. opusc. p. 389. sqq.
Mosers Staatsrecht T. 24. p. 408. sqq.

welcher Fall unstreitig bey allen teutschen Bischöfen Statt findet, da selbige nicht durch Vertrag und Vorsehung der Vorfahren, sondern durch eine persönliche freye Wahl der Domkapitel zur Regierung gelangen; aus welchen Gründen

3) auch die bewährtesten Rechtslehrer der Meinung sind, daß ein geistlicher teutscher Fürst allerdings gehalten sey, die von seinem Vorfahrer ertheilten Belehnungen, Anwartschaften, oder auf andere Art geschehene Versicherungen der Erbfolge in einem Bischöflichen Lehen zu erfüllen.

Strubens Nebenst. T. I. p. 133. 137.
Eben desselben obseruat. iuris & hist. Germ. obs. 4. §. 22.
G. L. *Böhmer* de obligatione successoris ex exspectatiua feudali antecessoris §. 20.
Dan. *Nettelblatt* de successione in exspectatiuam feudalem. c. 2. 3.

§. 90.

Schlußanmerkung.

Gesetzt also, daß der Fürstliche Herr Kläger die Lehnbarkeit

1) der Grafschaft Sternberg überhaupt, insonderheit aber

2) der namentlich jetzt in Frage befangenen Sternbergischen Güter, des Schlosses, Stadt und Amtes Barrentrupp, der Stadt Salzuffeln, und der angeblichen Vogtey Müddenhorst, bewiesen haben sollte, wie noch zur Zeit nicht geschehen ist (§. 59-77.): so würde dennoch das beklagte Gräfliche Haus die ganze Sternbergische Erbschaft, in Gemäßheit sothaner Erbverbrüderung, zu fordern, und der Fürstliche Herr Kläger solche demselben zu gewähren verbunden seyn.

§. 91.

Dritter Lippischer Rechtsgrund: aus der Beschaffenheit der Paderbornischen Stiftslehen. Zweifelsgründe für Paderborn.

Gesetzt abermals, jedoch keinesweges eingestanden, daß die gesamte Sternbergische Herrschaften und Güter als würkliche Paderbornische Stiftslehen angesehen, und die noch bis jetzo unerwiesene Lehnseigenschaft derselben würklich dargethan werden könnte: so würde dennoch, auch in diesem Falle, das beklagte Gräfliche Haus Lippe, als nächster unstreitiger Intestaterbe der Grafen von Schaumburg, von Seiten der weiblichen Linie, ein gegründetes Erbrecht an der gesamten Schaumburg-Sternbergischen Nachlassenschaft haben, und damit belehnet zu werden verlangen können.

Hiergegen wird nun, Paderbornischer Seits, folgendes eingewendet:

1) Würden in zweifelhaftem Falle alle Lehen für feuda propria und Mannlehen gehalten, und derjenige, welcher das Gegentheil behaupte, sey schuldig, solches zu beweisen.

II. F. 2. §. 2. 3.
Horn c. 4. §. 2.
G. L. *Menken* de praesumtione feudi masculini §. 10. sq. in Jenichens thes. iur. feud. T. II. p. 1013.
C. G. de *Gutschmid* de feudis omnibus iure propriorum ex omni parte censendis. Lipf. 1756.

Dieser Beweis aber sey von dem Gräflich Lippischen Hause nicht geführet worden: vielmehr erhelle

2) aus den producirten Lehenbriefen und Reversalen, daß die in Frage befangene Güter und Herrschaften vom Hochstifte Paderborn in der Eigen-

schaft: **als Mannlehen**, an die Grafen von Schaumburg verliehen worden, welches qualitatem feudi masculini deutlich erprobe; sodann

3) verschiedene Paderbornische Lehenbriefe in den Acten beygebracht worden, woraus man den Satz: daß nicht alle Paderbornische Lehen für Weiberlehen oder feuda impropria & hereditaria promiscue angesehen werden, behaupten könne, und woraus also Fürstliche Herren Kläger die Folgerung ziehen, daß den Herren Grafen von der Lippe, als nächsten Cognaten des ausgestorbenen Gräflich Holstein-Schaumburgischen Hauses, kein gegründetes Erbrecht an den Schaumburg-Sternbergischen Gütern und Herrschaften zugestanden habe.

§. 92.

Lippische Entscheidungsgründe.

Dagegen aber kommen dem Gräflich Lippischen Hause folgende wichtige Rechtsgründe zu Statten:

1) Die ganze Herrschaft Sternberg, mit allen dazu gehörigen Gütern und Rechten, ist zu den Zeiten der Grafen von Sternberg ein unstreitiges Erbgut, oder wenigstens, wie man jedoch nicht eingestehet, feudum hereditarium absolutum & alienabile gewesen, worüber man dem Besitzer die freye Disposition zugestanden hat. Die Richtigkeit dieses Satzes ergibt sich augenscheinlich aus den beiden Urkunden von 1377 und 1391, worin die Grafen von Sternberg die ganze Herrschaft an die Grafen von Schaumburg **erblich verkauft** haben. Beide Urkunden sind dem

Hochfürstl. Hessen-Casselischen Interventions-Nachtrage sub N. 1. und 2.

beygefüget, und deren Richtigkeit von Seiten des Hochstifts Paderborn, welches sich selbst in dieser Sache darauf bezogen hat, anerkannt worden. Es ist nöthig, selbige dem Leser, ihrem vollen Inhalte nach, vorzulegen.

Die erste Urkunde lautet so:

„Wy Here **Hinrich** v. G. G. Greve to dem Sternberge, und wy Junker **Johann** seyn Sohn, bekennet in dissen openen Breve, dat wy hebet gedegedinget, und rechtliken mit gudem vorbedachten Mode, und sind des eindrechtig geworden, mit Greven Otten to Holstein vndt tho Schowenburgk, unserm leven Bolen und Ame, aldes dat wy öme, und sinen Erven, **hebbet verkofft einen rechten Kop, vnse Herschop tho Sternbergk, gentzlichen mit allem Rechte, alse vns de vnse Vader geeruet hauet**, vor dre tusend Mark Pfenninge, alß to Lemgow ging und geeve syn; Were ock sake, dat se schut inidseten oder tokriegen, dat to der Herschap gehörende, oder wat se utwitliken utgeuen oder beredden von der Herschap wegen, dat sollen se darto schlan, un schullen un willet se von desser vorschrevenen Herschop **erfliken und ruwelicken besitten laten**, ane unse Widersprake; und hebbet an dat gelowet und louet in guden truwen, stade vnd vest to haldende, ane Argelist unverbroken; doch so hebbet se vns eine Gnade wider, dat wy dese vnse vorschreven Herschop mögen alle Wege wederkopen vor desselben dre dusendt Mark, vnd wat se witliken vor de vorschrevene Herschop hedden ofgegeven, wente an de tyd, dat wy

den

den Wederkop deden; dan scholden wy vnd wolten ein half Jahr vore seggen, vnd dat scholden se frundliken, jo ane Widersprake von vns nehmen. Disse Bededinge scholde wy vnd wolten an den to Rinteln, effte to dem Hagen, also dat yd an jo werde; **Were ock Sake, dat wy vorschreven Heren beede affgingen van Todes wegen, ohne rechte Erven, de van vnser Live boren weren: so scholden se de vorschrevene Herschop erffliken vnd ruweliken beholden.** Ok so er schall dese Breve alle den Breven, de wy Greve Hinrik vnd Greve Johan vorbenampt, mit vnseren leven Bolen vnd Ohme, Greven Otten vorbenampt, vnd he mit vns vor dissen ticken hebbet gegeven vnd besegelt, nein Schade noch Hinderniß wesen, men se schollen alle bliven by örer vullen Macht. To vorderer Bewisung alle disser vorbeschrevenen Dink, so hebbe Wy Greve Hinrich und Greve Johann vorbeschreuen, vnse Ingesegele witliken gehangen laten an dessen Bref; Hier hebben an vnd ouer vnse Degedingslüde to gewesen, Herman vnd Frederik, Brodere geheten de Wende, Johan Busche, Johans Sohn, Johan Post, Herrn Richardts Sohn, Fridrik Post, vnd Huge Post Knapen. Datum anno millesimo tricentesimo septuagesimo septimo, ipso die beati Nicolai episcopi."

(L. S.) (L. S.)

Die zwote Urkunde ist folgenden Inhalts:

Wy Johann v. G. G. Grave tho dem Sternberge, bekennen vor Vnß vnd vor Vnsere Erven, dat wy mit gudem Willen vnde wohlbedachten Mode, vnde Rade vnser Fründe vnd Manne, vns hebben vründliken verdragen mit dem Edelen vnsen leven Oeme. Greven Otten, Greven tho Holstein, vnd tho Schowenborg, vnd sinem Sone vnd örer Erven, alse **dat wy ön hebben gelaten, vnd laten ön örer Erfflehn ewigen besittenden were vnser herschop von den Sternberge** mit aller Rechtigkeit, Lenwarenschop, Herlichkeit vnd Thobehörungen, **de Greve Hinrich**, vnse Vader, deme God gnade, **vnd wy ön verkofft hebben**, mit beholdener Gnade eines Wederkopes, alse de Breve vhtwisen, de vi vnder andern darup gegeven hebben, **des Wederkopes gnaderechtes, vnd aller Anwardinge**, de wy daran hebben, edder hebben möchten, **do wy** in dissen Breve **eine rechte erylike ewige Vorticht**; vnd hebben ön de vorgenömpte Herschop von dem Sternberge, mit aller herlichkeit, thobehörunge, vnd Anwardinge **gelaten, vnd laten ön erfliken vnd ewigen, brukenden besittenden Were, alse Vnß de vnse Vader geervet heft.** Von dösser benömpten herschop hebben se Vnß Greven Johann vorgenömpt, gegeven vnd **geven tho vnsen Lyve dat Schlot Beringtorpe**, mit siner Thobehöringe, wan se över vns wolden antworden den **Bösinkveld tho vnsen Lyve**, so scholden wy vnd wolden den nemen, vnd ön den von Stund Berinctorpe weder antworden; Vortmer hebben se vns tho vnsen lyve geven den halben Tegenden tho Ufelen, vnd drei molt Soltgulde darsylvest, to vnsen Kosten, vnd **dat Gut vnd Lüde tho dem Bosinkvelde**, de wy noch in weren hedden beholden; Vnd mehr hebben se Vns gegeven **ören Zoln to Rinteln**, welches Jares de nicht von hedde

drittig Mark Goldes Pennige, alse tho Rinteln ginge vnd geve syn, so schölden se vnd wollen vns de vorvüllen, twischen sincte Michaelis vnd sincte Martinsdage. **Döse vorgenömpte Gud vnde Lüde scholen ön na Vnses Greven Johans Dode vorgenömpt, wesen ledig vnd loß van Stund an.** Wo dicke ok de Kerke edder Altaere tho dem Bosinkvelde by vnsers Greven Johanns Lyve vorledigeden, so möchte wy de vorleynen; Genöten se ok nichts (wahrscheinlich soll es heißen: ichts) von Leynware der vorgenömpten Herschop, dewyle wy vorgenömpte Greve Johann leveden, dat schulden se vnd wollen vns half geven. Were ok dat wy affleveden vnsen leven Oem Greven Otten, so schölden vnd wollen sine Söne vnd Erven vns gönnen, alle lynware der vorgenömpten herschop dem Sternberge, dewyle wy leveden. Were ok, dat Gott verhöde, dat de vorgenömpte vnse leve Oem, Greve Otto, vnd sine Kindere afflivich werden, one Erven, de van ören lyve echte geboren weren, dewyle wy vorgenömpte Greve Johann leveden, so scholde vns de benömpte herschop van dem Sternberge wesen ledig vnde loß. Hier hebben an vnd över vns Degedingslüde wesen, Johann Post, Herrn Richards Söne, Hugo Post, Johan von Möllenbecke, vnd Otto von Bentheim. Alle disse vorgenömpte Stücke, vnd icklich besünderen, love wy vorgenömpt Greve Johann von dem Sternberge, vor Vns vnd vnse Erven den vorgenömpten Greven Otten — vnd ören Erven, in guden truwen, stede vnd vest tho holdende, — vnd hebben des tho tüge vnse Ingesegel witliken gehengen laten vor düssen Bref. Anno domini millesimo trecentesimo nonagesimo primo, ipso die Epiphaniae Domini.

(L. S.)

Der bloße Augenschein ergiebet, daß in beiden Urkunden des Bischofs von Paderborn, als angeblichen Sternbergischen Lehnsherrns, gar nicht erwähnet wird, sondern beide Contrahenten die ganze Herrschaft als ein offenbares Erbgut behandeln. Sollte aber auch, wie jedoch nicht glaublich ist, Paderbornischer Seits, die Lehnbarkeit der Herrschaft, unter den Grafen von Sternberg annoch erwiesen werden können: so würde sie, nach der Natur der Sache, für nichts anders als ein feudum hereditarium absolutum s. promiscuum & alienabile angesehen werden können, in welchem man nicht allein das weibliche Geschlecht zugelassen, sondern sogar den Vasallen liberam potestatem disponendi verstattet hat.

2) Die Grafen von Schaumburg haben zwar, oben deducirter maßen (§. 6.), die Herrschaft, nach ihrer eigenen Angabe, von Paderborn zu Lehen genommen. Da aber solches unstreitig aus freyem Willen geschehen ist: so läßt sich fast nicht gedenken, daß sie dieses durch freyen Erbkauf an sich gebrachte Land, unter der harten Bedingung, daß bloß der Mannsstamm darin succediren sollte, ohne einige aus den Acten sich hervorthuende Nothwendigkeit, von dem Hochstifte Paderborn zu Lehen angenommen haben sollten. Vielmehr erscheinet

3) aus dem, was §. 84. vorgetragen worden, daß sie solche selbst als ein freyes Erblehen behandelt, und in diesem Betrachte nicht nur die daselbst gemachten Verträge mit dem Hause Lippe darüber geschlossen, sondern auch die Erbverbrüderung mit demselben eingegangen sind; welche auch von dem Bischofe Erich ohne Schwierigkeit bestätiget worden.

Die

Die dagegen von den Paderbornischen Schriftstellern gemachte Zweifelsgründe aber sind gar leicht zu beantworten. Denn

ad 1) ist freylich, bey weltlichen Lehnsherren, die allgemeine Vermuthung für die Mannlehen vollkommen richtig. Sie leidet aber bey den geistlichen und Kirchenlehen allerdings eine Ausnahme, da in den meisten Stiftern, besonders in Westphalen, das weibliche Geschlecht nach dem alten Grundsatz: **Krummstab schließt niemand aus**, fast überall zugelassen wird, und daher, was in den mehresten Stiftern geschieht, allerdings als die Regel mit Recht angenommen wird.

S. **Thümmermuths** Tr. Krummstab schließt niemand aus.
J. P. *Kreß* diss. de paroemia: unter dem Krummstabe ist gut wohnen.
J. H. *Böhmer* de feudis ecclesiasticis. T. II. der exercit. ad Pandectas. p. 858. sqq.

Selbst in Ansehung des Bisthums Paderborn bezeuget dieses unter andern das Vorschreiben des Grafen Wilhelms von Arnsberg an seinen Vetter, den Bischof von Paderborn, vom Jahr 1312, in

Lünigs corp. iur. feud. Germ. T. I. p. 1655.

worin er für seinen Lehnmann Schwicker eine Vorbitte einleget, und sich zu Begründung der allgemeinen desfallsigen Gewohnheit in ganz Westphalen folgender merkwürdigen Gründe bedienet: habito consilio quorundam ministerialium nostrorum virorum, satis prouidorum, plene instructi sumus de hoc, quod *commune ius est nostrorum ministerialium* quod *bona feudalia*, quae a nobis dependent, per quae aliquis de nostris ministerialibus per nos est inuestitus, *ad nos per obitum* alicuius eorum *deuolui non possint vllo modo, sed proximus heres in linea affinitatis, huiusmodi bona, siue sit masculus, siue femina, possidebit;* vnde cum *vestri ministeriales ac nostri vno ac eodem iure perfruantur, veluti ab antiquis temporibus in Westphalia* per nostros praedecessores est conceptum, studiose vos petimus, quatenus dictum S — *huiusmodi iure perfrui permittatis, ne ius ipsum per vos in aliquo violari videatur, quod ab antiquis temporibus est conceptum.* Diese Urkunde ist um so wichtiger, da sie von einem mit einem ansehnlichen Lehnhofe versehen gewesenen Lehnherrn nach vorgehabtem Rath seines Mannengerichtes, abgefaßt worden, und daher als ein vollgültiger Beweis dieses schon im vierzehnten Jahrhundert allgemein gewesenen Gewohnheitsrechtes angesehen werden muß.

S. de *Ludolf* T. I. obs. 184 und 201.

Bey diesen Umständen also, und da das Gräfliche Haus Lippe, in Ansehung Westphalens, offenbar die Regel für sich hat: so würde unstreitig Herr Kläger den Beweis des Gegentheils und der Ausnahme in subsidio zu führen schuldig seyn, in welchem Betrachte aber demselben die aus dem iure subsidiario Longobardico hergenommene Rechtsbehelfe keinesweges zu Statten kommen mögen; dieser Beweis aber kann

2) aus dem Ausdruck **Mannlehen** oder **Mannerbleben**, welcher in einigen Schaumburgischen Lehnbriefen vorkommt, nicht gefolgert werden, da in unzähligen Urkunden diese Benennung auch von solchen Lehen gebraucht wird, in denen dem weiblichen Geschlechte ein unbezweifeltes Erbrecht zukommt.

s. insonderheit H. C. von **Senkenberg** von denen Erb- und Erbmannlehen; in **Jenichens** thesauro iur. feud. T. II. p. 636.
S. P. **Gasser** de feudo sub voce: Erbgut. ibidem p. 696.

Endlich

ad 3) kann dasjenige, was sich einige Vasallen, vielleicht aus besonderen Veranlassungen, haben gefallen lassen, den übrigen, gegen die allgemeine Regel der Stifter in Westphalen, zur Nachahmung, gegen ihren Willen, keinesweges aufgedrungen werden.

§. 93.

Vierter Rechtsgrund; Entscheidung der ganzen Rechtsstreitigkeit durch den westphälischen Frieden.

Endlich kommt auch dem Hochgräflichen Lippe-Detmoldischen Hause, gegen das Hochstift Paderborn, zu Statten, daß die ganze Sache bereits durch den Westphälischen Frieden entschieden worden, und folglich, wenn auch die Paderbornischen Ansprüche, wie jedoch in facto & iure nicht behauptet werden kann, auf eine zu Recht beständige Art erweislich gemacht werden könnten, selbige jedennoch, in sothaner Rücksicht, für allerdings erlediget angesehen werden müßten.

Um nun diesen Umstand völlig ins Licht zu setzen, ist, zur Erläuterung der obigen Geschichtserzählung (§. 7.), folgendes voraus zu setzen.

Unter den vielen Prätendenten auf die Schaumburgische Nachlassenschaft trat vornemlich die Frau Gräfin Elisabeth von Schaumburg, geborne Gräfin von der Lippe, als Erbin ihres Sohnes, des lezteren Grafens Otten von Holstein-Schaumburg, auf.

Dieselbe nahm also alle von Ihrem vor Ihr verstorbenen Herrn Sohne nachgelassene, und von Ihm und desselben Vorfahren respective so behauptet werden wollende Erbgüter, Kapitalien u. d. g. in Anspruch, wozu dann namentlich die ganze Grafschaft Sternberg gerechnet werden wollte.

Um jedoch für sich und das Hochgräflich Lippische Haus, aus welchem Sie herstammte, so viel möglich, die ganze Schaumburgische Nachlassenschaft, auch so weit selbige lehnbar war, auf ewig zu sichern, trat Selbige mit der damals glorreichst regierenden Frau Landgräfin von Hessencassel, der unsterblichen **Amalia Elisabeth**, in Unterhandlungen.

Es machte nemlich hochgedachtes Haus Hessencassel

1) an die Aemter Rodenberg, Arensburg und Hagenburg, als heimgefallene Hessische Lehen, Anspruch, und

2) wurden überdies die von dem Hochstift Minden in Anspruch genommene Aemter Schaumburg, Bückeburg, Sachsenhagen und Stadthagen in dem Westphälischen Friedensschlusse (I. P. O. a. 15. §. 3.) dem nur gedachten Hochfürstlichen Hause cum dominio directo & vtili zur Entschädigung für die vielen während des dreyßigjährigen Krieges erlittene Verheerungen und angewandte Kosten übertragen (*Estoris* elem. iur. publ. Hass. c. 2. §. 20. p. 26. sq. Meiers Westphälische Friedenshandlungen und Geschichte Tom. IV. S. 235. Tom. V. S. 461. 463. und 465.).

Bey diesen Umständen suchte also die Hochgräfliche Frau Wittwe, zu Erreichung Ihrer Absichten, sich mit höchstgedachter Frau Landgräfin, so gut es möglich war, zu vergleichen.

Weil Sie inzwischen mit keinen Leibeserben versehen war: so ernannte Sie zuvorderst Ihren Bruder, den Grafen Philipp zur Lippe, zu Ihrem einzigen Erben, und ersuchte das Hochfürstliche Hessische Haus, Denselben mit

den

den drey an Hessen zurückgefallenen Aemtern zu belehnen. Dies geschahe, nachdem sich der Graf Philipp mit des Herrn Landgrafen Moritz Tochter, der Prinzessin Maria, vorher vermählet hatte. Dagegen aber mußte derselbe alle von seiner Frau Schwester ererbte Allodialgüter, Länder und Gerechtigkeiten, welche zur Grafschaft Schaumburg gehörig gewesen, dem Hochfürstlich Hessischen Hause zu Lehen übertragen (**Teuthorn** Geschichte der Hessen T. 10. p 362. sqq.).

Die nach bemeldeter Lehnsauftragung mit dem damaligen Hochstifte Minden entstandene Streitigkeiten über die Schaumburgische von Minden in Anspruch genommene Aemter veranlaßten daher zu Münster neue Vergleichstractaten, welche unter der Direction des Schwedischen Kanzlers, Grafens Johann von Oxenstierna, angefangen, und den $\frac{7}{17}$ Julius 1647 der sogenannte Münstersche **Hauptvergleich**, am folgenden Tage aber der **Nebenvergleich** vollendet, von welchem jener den 11ten, dieser aber den 12ten August 1647 von höchstgedachter Frau Landgräfin Amalia bestätiget worden (siehe beide Vergleiche in **Dollens** Geschichte der Grafschaft Schaumburg p. 211. u. f.).

Kraft des Hauptvergleiches werden die drey Hessische und vier ehemalige Mindische Lehnämter in zween Theile gesetzet, und der eine Theil dem Hochfürstlich Hessischen Hause so fort übertragen, der andere Theil aber dem Grafen Philipp und seinen männlichen Leibeslehnserben zu Lehen ertheilet.

Im Nebenvergleiche wird wegen der Pfand- und Mannschaften der Grafschaft Schaumburg verabredet, daß selbige unter beiden contrahirenden Häusern gemeinschaftlich bleiben sollen.

Namentlich aber ist wegen der Grafschaft **Sternberg** folgende merkwürdige Stelle darin enthalten: „Und, obwol die Grafschaft Sternberg von „den Grafen zu Schaumburg dem Hause Lippe vor vielen Jahren verpfändet; „soll dennoch die Pfandschaft darauf nicht verstanden werden, sondern das ius „reluendi und was darauf erfolget,

„Graf Philippsen und seinen Erben allein verbleiben;

„wie es dann ebenmäßige Bewandtniß hat, mit den Kapitalien und Verschrei„bungen, so Hr. Graf Philippsen zuständig u. s. f.“

Diese Vergleiche wurden kurz darauf im Westphälischen Friedensinstrumente (I. P. O. a. 15. §. 3.) in folgenden Worten bestätiget: „Tertio ius directi & vtilis dominii in praefecturas Schaumburg, Buckeburg, Sachsenhagen & Stadthagen, Episcopatui Mindano ante hoc assertum & adiudicatum, porro ad dominum Wilhelmum, modernum Hassiae Landgrauium, ejusque successores, plenarie, in perpetuum, *citra* vlteriorem dicti Episcopatus, *aut alterius cuiusuis contradictionem* aut turbationem pertineat; *salua tamen transactione inter* Christianum Ludouicum, Ducem Brunsuico-Luneburgensem, & *Hassiae Landgrafiam*, *Philippumque Comitem de Lippe inita, firma etiam manente, quae inter eamdem Landgrafiam & dictum Comitem inita est, conuentione.*“

Betrachtet man nun den ganzen Hergang der Sache: so ergiebt sich daraus folgendes:

1) Die Grafschaft Sternberg ist zur Zeit der Westphälischen Friedenstractaten als eine Pertinenz der Grafschaft Schaumburg betrachtet und behandelt, und

2) in solchem Betrachte in dem Nebenvergleiche das den Grafen von Schaumburg daran zugestandene wahre oder angebliche Recht dem Herrn Grafen Philipp

und seinen Erben allein

von dem Hochfürstlichen Hause Hessencassel überlassen worden; sothaner Vergleich ist

3) im Westphälischen Frieden vom Kaiser und Reich sowol als den mitpaciscirenden Kronen förmlich genehmiget und garantiret worden, und hat folglich die Kraft eines unumstößlichen, ewig verbindlichen Reichsgrundgesetzes erhalten.

Gesetzt also auch, jedoch nicht eingestanden, daß die Lehnsansprüche des Hochstifts Paderborn auf unleugbaren Beweisen vor dem Westphälischen Frieden beruheten: so sind selbige nun durch dieses ewige Reichsgrundgesetz auf immer erloschen, und würden widrigenfalls die Worte:

firma etiam manente — conuentione

allerdings ins Lächerliche fallen.

Hierwider thut auch nichts, daß sich das Hochstift Paderborn

a) wegen seiner Anforderung an die Grafschaft Sternberg nicht gemeldet, sondern vielmehr

b) desfalls schon mit dem Gräflichen Hause Lippe beym höchstpreislichen Kaiserlichen Reichshofrath in einen höchst beschwerlichen, und bis jetzo noch nicht gänzlich und endlich entschiedenen Rechtshandel verwickelt gewesen; hiernächst

c) der Nebenvergleich nur zum Besten des Grafen Philipp von der Lippe eingegangen worden, und also dem Hochgräflich Lippe-Detmoldischen Hause nicht zum Vortheile gereichen könne; überdies

d) darin nur eines iuris reluendi gedacht werde, welches dem Hochstifte Paderborn nicht nachtheilig sey, da die vorigen Vasallen die Verpfändung ohne lehnsherrliche Einwilligung vorgenommen, und ohnehin resoluto iure concedentis, auch das ius concessum erloschen sey; denn

ad a) hatte das Hochstift Paderborn seinen Gesandten bey dem Friedenscongresse. Es wußte den Gegenstand dieser Unterhandlungen. Die Vergleiche wurden im Angesichte des ganzen Congresses geschlossen, und sogar von Paderborn nicht einmal widersprochen, oder dagegen protestiret. Mithin ist die Paderbornische, wenigstens stillschweigende Genehmigung, offenbar. Wäre dis aber auch nicht: so ist offenbar, daß der Westphälische Friede auch diejenigen verbindet, welche dabey nicht zugegen gewesen: obligans non minus absentes, quam praesentes, ecclesiasticos aeque ac politicos, siue status Imperii sint, siue non. (I. P. O. a. 17. §. 2. cf. Mosers Staatsr. T. I. p. 463. sqq.) Welches denn durch die weitere Verordnung des Westphälischen Friedens bestätiget wird, wenn es daselbst heißt:

In quorum omnium ac singulorum fidem, majusque robur tam Caesarei quam Regii Legati, nomine vero omnium Electorum, Principum ac Statuum Imperii ad hunc actum specialiter ab ipso Deputati — —

(hic nominantur Deputati)

praesens Pacis Instrumentum, manibus sigillisque propriis munierunt

runt & firmarunt — — Reliquis Statuum plenipotentiariis liberum relinquendo, velint an nolint nomina sua subsignare; suorumque Principalium ratihabitiones accersere, *sed hoc pacto atque lege, vt subscriptione iam nominatorum Deputatorum, reliqui Status omnes & singuli, qui subscriptione & ratihabitione supersedent, tam firmiter ad observantiam & manutenentiam eorum, quae in hoc pacificationis instrumento continentur, obligati sint, ac si ab ipsis subscriptio fuerit facta & exhibita ratificatio.* (I. P. O. art. 17. §. 12.)

ad b) verordnet der Westphälische Friede selbst (I. P. O. a. 17. §. 3. cf. de *Henniges* meditat. ad I. P. W. p. 1682. sqq.), daß keine *litispendentiae, quocumque tempore latae sententiae, res iudicatae* u. s. f. dagegen Statt finden sollen, daher zweifelsohne der zwischen Paderborn und Lippe, wegen der Grafschaft Sternberg entstandene Prozeß dadurch gänzlich und endlich erlediget worden;

ad c) gibt der Nebenvergleich dem Grafen Philipp
und seinen Erben

alles Recht, was das Hochfürstliche Haus Hessen an der Grafschaft Sternberg etwa hätte fordern können, **allein** und ausschließlich. Nur gedachter Graf Philipp also, da er die Sternbergische Ansprüche nicht in der Qualität eines **Erbmannlehens**, sondern als ein freyes Erbgut, erhielt, konnte also allerdings darüber frey disponiren. Dieses ist auch würklich geschehen, indem derselbe in dem zwischen Ihm und dem Grafen Hermann Adolf von Lippe-Detmold den 29ten November 1652 errichteten Vergleich allen seinen vermeinten Rechten und Ansprüchen auf die Herrschaft Sternberg gänzlich entsagt und solche dem Graf Hermann Adolf gegen eine Summe von 18000 Rthlr. erb- und eigenthümlich

ewig und unwiderruflich erblich und also iure dominii abgetreten

in nachfolgenden Worten:

Erstlich thun vor Hochgedachten Herrn Graf Philipps Gnaden, als von wegen der Hochgebornen Gräfin und Frauen Frauen Elisabeth, gebornen Gräfin zur Lippe u. s. w. Landen instituirter Erbe, für sich, Dero vielgeliebte Frau Gemahlin, Gräfliche Kinder, Successoren und Nachkommen, Kraft dieses Vergleichs und Transaction, **wissentlich, wolbedächtlich, ewig** und **unwiderruflich** Ihre an **das Haus und ganze Herrschaft Sternberg, mit allen dazu gehörigen Flecken, Dörfern, Meiereyen, Diensten, Pächten, Renten, Gefällen, Schäfereyen, Driften, Wassern, Weiden, Jagden, Jurisdictionen und Hoheiten**, neben **allen andern Pertinentien und Zubehörungen** (doch Alverdissen und dessen Zubehör — — ausgenommen) gestalt die Herren Grafen von der Lippe solches **alles etliche geraume Jahre** hero in ruhigem Besitz gehabt, und noch in heutigem Tag possediren und Besitze habende An- und Zuspruch, gänzlich remittiren und nachlassen, also und dergestalt, daß Herr Graf Philips Gnaden und die Gräfliche mit Beschriebene sich des iuris reluitionis und aller andern Prätensionen und Anforderungen, **sie haben Namen und rühren her wo sie wollen**, wegen dieses Hauses und Herrschaft Sternberg nimmermehr gebrauchen sollen und wollen, sondern, daß nunmehro oftermeltes Schloß und ganze Herrschaft Sternberg mit allen vorbenannten und andern Pertinentien,

von solchem iure reluitionis und allen andern Anforderungen exemt und befreyet, und also oft besagtes Schloß und Herrschaft Sternberg vor Hochgedachten Herrn Graf Hermann Adolphs Gnaden, Dero Gräflichen Kindern, Erben und Nachkommen, **ewig und unwiderruflich erblich, und also** *iure dominii* **zugehörig und zuständig seyn soll.** Für welchen Abstand, Remission und Nachlas zusagen und versprechen Herrn Graf Hermann Adolphs Gnaden für sich und Ihro Gräflichen Erben, Dero Herren Vettern, Herrn Graf Philips Gnaden und Dero Erben neun tausend Rthlr. — — — Ebenfalls versprechen Hochgedachten Herrn Graf Hermann Adolphs Gnaden zu Behuef Dero jetzt gemeltes Herrn Vettern, jetzigen und künftigen Fräulein, noch neun tausend Rthlr., doch daß dieselbe nicht eher, dann wann eine von Vorhochgedachten Herrn Graf Philips Gnaden Fräulein wird verheiratet werden, oder nach tödtlichen Hintritt Herrn Graf Philipsen Gnaden — — — sollen werden abgetragen und contentiret — — —

Seit dieser Zeit hat das Hochgräfliche Haus Lippe diese Herrschaft, unangefochten, von Seiten des Gräflich Schaumburg-Lippischen Hauses, würklich ruhig besessen, und von einem Falle zum andern, auf die Descendenten des Hochgedachten Herrn Grafens Hermann Adolf vererbet.

ad d) ist freylich richtig, daß beide erste Contrahenten das Mährchen von Verpfändung der Grafschaft Sternberg an das Haus Lippe geglaubt haben. Dieses kann aber dem Gräflichen Hause Lippe nicht schaden, da solches dem Pfandschaftstitul jederzeit standhaft widersprochen hat; und oben (§. 76. u. 83.) ist auch das Fabelhafte dieser Pfandhypothese genugsam ausgeführet und widerleget worden.

Bey diesen Umständen kann also das Hochgräfliche Haus sich mit Recht von der weltkündigen Justitzliebe des höchstpreislichen Reichshofraths, in Rücksicht dieses aus dem Westphälischen Friedensschlusse hergenommenen Schildes, ein reformatorisches Erkenntniß versprechen, maßen sich widrigenfalls daraus eine offenbare, alle Reichsstände concernirende Beschwerde, zu Tage legen würde (G. L. *Böhmer* de grauamine communi statuum imp. c. 1. §. 6. sqq. T. II. elector. iur. civ. p. 226. sqq.); welche man aber, im vollen Vertrauen auf die Gerechtigkeit dieser Sache, und die preiswürdigste Gerechtigkeit des allerhöchsten Richters, nicht zu befürchten Ursach hat.

§. 94.

Allgemeine Recapitulation.

Wenn man nun die Summe desjenigen, was bisher zu Ausführung der Hauptsache deduciret worden, ziehet; so ergiebt sich daraus: daß, so viel

A) die petitorische Klage des Hochstifts Paderborn anbetrift, selbige

1) in Ansehung des Gegenstandes

a) die Grafschaft Sternberg überhaupt, und

b) die besonders in Anspruch genommene Pertinenzien, nemlich Barrentrupp, Salzuffeln und die Vogtey Müddenhorst betrift.

ad a) hat man Paderbornischer Seits selbst die Schwäche der Klage eingesehen, und den Beweis, in Ansehung der Grafschaft Sternberg überhaupt, fallen lassen (§. 68-72.)

ad b)

ad b) hingegen ist

α) die Paderbornische Klage in Ansehung Barrentrupp, Salzuffeln und Müddenhorst überhaupt vage und unbestimmt. (§. 60.)

β) so gar nicht einmal die Identität des Dorfes Beringdorf mit Barrentrupp, und des Dorfes Uffeln mit der Stadt Salzuffeln bewiesen. (§. 61-65.)

γ) die Vogtey Müddenhorst hingegen existirt gar nicht in rerum natura, wenigstens besitzet sie das Haus Lippe nicht, und kann daher von selbigem nicht gefordert werden. (§. 66.)

II) Was die Beweismittel des Hochstifts anbetrifft: so hat man sich dazu bedienet

1) ganz erdichteter falscher Urkunden, nemlich des Lehnbriefes von 1402 (§. 48.) und der Reversalen von 1417 (§. 49. 50.)

2) bloßer unbeglaubigter, nichts beweisender, Abschriften, als: des Lehnbriefes von 1402 (§. 48.), des von 1489 und der Reversalen von 1417 (§. 49. 50.), des Paderbornischen Consenses in die Verpfändung (§. 42. 53.) und des angeblichen Loskündigungsinstrumentes von 1575. (§. 54.)

3) solcher Urkunden, die wenigstens gegen das Haus Lippe die Lehnbarkeit der qu. Stücke mit nichts beweisen, wohin gehören: die Lehnbriefe von 1548, 1569, 1576, 1580, 1586, 1603, 1620, 1627, 1631 (§. 51.), die Bestätigung der Lippe-Schaumburgischen Erbverbrüderung (§. 52.), das Memorial des Grafen Johann Bernhard von der Lippe (§. 55), das angebliche Geständniß der Frau Gräfin Katharina von der Lippe (§. 58.) und das Zeugniß des armseligen Cyriac. Spangenbergs (§. 59.), folglich hat das Hochstift Paderborn den ihm obliegenden Beweis, wie Recht, gar nicht geführet; dahingegen

B) was den Lippischen Gegenbeweis anbetrift, von sothanem beklagten Gräflichen Hause erwiesen worden, daß

I) zu den Zeiten der Grafen von Sternberg an eine Paderbornische Lehnbarkeit der gesammten Sternbergischen Güter und Herrschaften gar nicht gedacht, noch der geringste Beweis davon vorhanden sey. (§. 4. 16. 36. 68-72.)

II) Zu den Zeiten der Grafen von Holstein-Schaumburg solche

α) in Ansehung der Herrschaft Sternberg überhaupt gleichfalls mit nichts erwiesen worden. (§. 68-72.)

β) in Ansehung der besonders in Frage befangenen Sternbergischen Güter, Barrentrup, Salzuffeln und Müddenhorst aber, theils auf falschen, theils auf bloß in Abschrift producirten, theils auf irrelevanten Urkunden der anmaßliche Beweiß beruhe (§. 42-66.) und dagegen

III) von dem beklagten Gräflichen Hause zu Behauptung seiner eigenthümlichen Rechte auf die in Anspruch genommene Güter

1) die Verjährung über Menschengedenken (§. 79-84.)

2) die Erbverbrüderung von 1510 und die Bischöfliche Bestätigung derselben von 1511 (§. 85-89.) allenfalls

3) die Qualität der Lehen, als eines feudi hereditarii alienabilis (§. 91. 92.)

4) die endliche Entscheidung dieser Sache durch den Westphälischen Frieden (§. 93.) zureichend ausgeführet, woraus zugleich

5) der Paderbornische Vorwand, als ob Lippe sothane Herrschaften bloß pfandweise besitze, sich von selbst erlediget. (§. 73-77.)

Man könnte also hierauf die ganze Sache beruhen lassen, und so wohl von dem Urtheil des unbefangenen unpartheyischen Publici, als von der Weltgepriesenen Gerechtigkeitsliebe des höchstpreislichen Kaiserlichen Reichshofraths, ein reformatorisches Erkenntniß getrost erwarten. Da indessen in dem vorigen, so höchst verehrlichen, als für das beklagte Gräfliche Haus äußerst nachtheiligen Urtheil (§. 33. 34.), außer der Hauptsache, nemlich der Abtretung der vindicirten besondern Güter (§. 36.)

1) das Gräfliche Haus Lippe in die Erstattung der, seit dem Absterben des Gräflichen Hauses Holstein-Schaumburg (§. 1.) erhobenen Früchte verurtheilet, auch

2) demselben noch überdem die Edition der, im Lippischen Archive befindlichen, die Grafschaft Sternberg betreffenden Urkunden, nach vorgängigem Editionseide, auferleget worden:

so ist es nöthig, noch zum Schluß die Gründe, warum das beklagte Gräfliche Haus, der tiefsten Verehrung gegen den höchstpreislichen Reichshofrath ohnerachtet, sich durch diese Erkenntnisse äußerst graviret achte, mit wenigem auszuführen.

Fünfter Abschnitt.

Beweis, daß das Haus Lippe zu Erstattung der, seit 1640 erhobenen Früchte nicht angehalten werden könne.

§. 95.

Von dieser Materie überhaupt.

In den verehrlichen Erkenntnissen des höchstpreislichen Reichshofraths heißt es überhaupt:

> Daß Hochgräflicher beklagter Theil alle vom Tage des Absterbens des Grafens Otto zu Schaumburg genossene Früchte dem Hochfürstlichen klagenden Theile zu erstatten schuldig;

Nun hat der Fürstliche klagende Theil offenbar rei vindicationem angestellt; daher die allgemeinen Grundsätze des bürgerlichen Rechts von Erstattung der Früchte in dieser Klage vorgetragen, und deren Anwendung auf den gegenwärtigen Fall gezeiget werden müssen.

§. 96.

Unterschied zwischen dem bonae und malae fidei possessore.

Es ist nemlich im Römischen Recht ein gar großer Unterschied zwischen dem bonae fidei und malae fidei possessore,

1) in

1) in Ansehung der Restitution der vindicirten Sache selbst

2) in Ansehung der Früchte,

3) in Ansehung der auf die Sache gewendeten Kosten.

Ad 1) In Ansehung der Restitution der Sache ist der bonae fidei possessor selbige bloß in dem Stande zu restituiren schuldig, in welchem sie zur Zeit der erfolgten Vindication befindlich ist. Ist daher die Sache deterioriret: so wird es als ein bloßes damnum casuale angesehen, zu dessen Ersetzung er um so weniger angehalten werden kann, da er die Sache als sein Eigenthum ansehen und abnutzen konnte.

L. 31. §. 3. D. de hered. petit.
L. 23. D. de reg. iur.
L. 6. C. de pign. act.

Der malae fidei possessor hingegen ist schuldig, die Sache in der Beschaffenheit zurück zu geben, in welcher er sie empfangen hat, und alle durch Vorsatz, oder Nachlässigkeit darin erfolgte Beschädigungen schlechterdings zu ersetzen.

L. 13. D. de rei vind.

Ad 2) in Rücksicht auf die erhobenen Früchte machen die Gesetze

a) bey dem bonae fidei possessore den Unterschied, ob selbige annoch vorhanden sind, oder nicht. Jene muß er auf alle Fälle dem Eigenthümer restituiren.

L. 44. D. de rei vind.

Bey diesen hingegen ist wiederum zu unterscheiden, ob er einen titulum zum Besitze der Sache gehabt hat, oder nicht. Hat er einen titulum gehabt: so ist er nicht schuldig, die genossenen Früchte wiederum zurück zu geben, selbst in dem Falle, wenn er sich dadurch bereichert haben sollte

arg. L. 4. § 2. D. finium regund.
L. 22. C. de rei vind.

Hat er hingegen keinen titulum gehabt, oder wenigstens nicht anzugeben gewußt: so muß er selbige in so fern, als er sich dadurch erweislicher maßen bereichert hat, dem obsiegenden Eigenthümer erstatten

L. 21. D. de hered. petit.

b) Der malae fidei possessor hingegen ist alle Früchte ohne Unterschied, sie mögen verzehrt seyn, oder nicht; er habe sich dadurch bereichert, oder nicht, wieder erstatten, ja so gar für diejenigen stehen, welche ein guter Hausvater aus der Sache würde haben ziehen können, wenn sie gleich der Besitzer aus Unwissenheit, oder Nachlässigkeit, nicht gezogen haben sollte

L. 15. §. 3. D de rei vind.
L. 36. §. 3. D. de hered. petit.
L. 22. C. de rei vind.

Ja in gewissen Fällen ist er sogar die Zinsen davon zu bezahlen verbunden, wenn selbige nemlich als ein Theil der Substanz der Hauptsache eingeklaget worden.

L. 15. §. 1. D. de hered. petit.

Ad 3) in Ansehung der auf die vindicirte Sache verwendeten Kosten, hat

a) der bonae fidei possessor das Recht, die auf die Sache selbst gemach-

te Kosten, wenn sie nothwendig oder nützlich sind, abzuziehen, die bloß zum Vergnügen angeschaffte Sachen aber wegzunehmen.

L. 38. D. de rei vind.

welche Sätze bey Anstellung der hereditatis petitionis einige Abänderung leidet, die aber nicht zum gegenwärtigen Rechtsfall gehöret.

L. 38. L. 39. §. 1. de hered. petit.

Unkosten endlich, welche auf die Hebung der Früchte verwendet worden sind, kann er nur in Ansehung derer Früchte wieder fordern, welche dem Eigenthümer restituiret werden.

L. 36. §. 5. D. de hered. petit.
L. 46. D. de vsuris.
L. 4. D. de operis seruorum.

b) Der malae fidei possessor hat bey der Rei vindicatione, in Ansehung des nothwendigen Aufwandes mit dem bonae fidei possessore völlig einerley Recht.

L. 5. C. de rei vind.

Dahingegen er die bloß zum Nutzen, oder Vergnügen und Bequemlichkeit angeschaffte Sachen nur wegzunehmen befugt ist.

L. 37. L. 38. D. de rei vind.

Den auf die Früchte gemachten Aufwand aber kann er gleichergestalt in so fern abziehen, als solche dem Eigenthümer entweder in natura restituiret, oder deren Werth demselben vergütet worden ist.

cit. L. 36. §. 5. D. de hered. petit.

§. 97.

Ob die Litiscontestation den bonae fidei possessorem schlechterdings in malam fidem setze?

So richtig und unbestritten nun diese Sätze überhaupt sind: so sehr ist die Frage unter den Rechtsgelehrten streitig: wie lange dem bonae fidei possessori bey der rei vindicatione die vorbemelderen Vorzüge zukommen?

Ein großer Theil der Rechtslehrer ist der Meinung, daß selbige sich nur bis auf die Zeit der Litiscontestation erstrecken, weil der bonae fidei possessor durch selbige in malam fidem gesetzt werde.

L. 25. §. 5. D. de hered. petit.
L. 37. D. de rei vind.

Nun läßt sich bey dieser Litiscontestation ein doppelter Fall gedenken. Es wird nemlich der Beklagte entweder durch die vom Kläger im Gerichte vorgebrachte Gründe in iure vel facto würklich überzeugt, oder es ihm wenigstens selbst wahrscheinlich gemacht, daß er eine fremde Sache besitze, oder nicht. Im ersten Falle ist kein Zweifel, daß der bisherige bonae fidei possessor nun würklich aufhöre, es zu seyn, und in malam fidem gesetzet werde, folglich die in den Gesetzen mit dieser Veränderung verknüpfte Folgen trage. Im andern Falle hingegen, welches man malam fidem ciuiliter talem nennet, ist es allerdings gegen die Natur der Sache, und die offenbarste Billigkeit, die Würkungen einer malae fidei verae vel naturaliter talis auf einen solchen Besitzer zu transferiren. Denn alle mala fides setzet eine würkliche Ueberzeugung oder

große

große Wahrscheinlichkeit, daß man eine uns nicht zugehörige Sache, folglich widerrechtlich sie im Besitz behalte, offenbar voraus.

Chr. Fr. Ge. *Meister* de fide, eiusque iure in vsucap. & praescript. in sylloge I. opusc. p. 1. sqq.

Nun gibt es tausend Fälle, da die Klage überhaupt auf chicaneusen Behauptungen beruhet. Es gibt Fälle, wo der Beklagte, wenigstens beym Anfange des Rechtsstreites, die Klage für nichts anders als Chicane halten kann, z. E. wenn sie erst durch neu aufgefundene Urkunden eine andere Wendung erhält. Es gibt endlich Fälle, wo wenigstens die Gründe beider Theile einander gleichsam die Wage halten, und nicht anders als durch einen nothwendigen Eid entschieden werden kann. Ist in diesem Falle würklich eine conscientia rei alienae vorhanden? Ist dem Beklagten wenigstens nach dem Gefühl der Billigkeit zuzumuthen, gleich auf die erhobene Klage den Besitz der Sache aufzugeben, und solchen dem Kläger abzutreten, bloß um den Folgen einer eingebildeten malae fidei auszuweichen? Dies würde allerdings gegen die Natur der Sache seyn, und in eine Himmelschreyende Unbilligkeit ausarten. Auch die Gesetze verlangen es nicht. Der Kaiser sagt im

L. 2. C. de fructibus & litium expensis.

mit klaren Worten: ex eo tempore, ex quo, re in iudicium deducta, scientiam malae fidei possessionis accepit.

S. auch L. 40. D. de hered. petit.

Nach den Absichten der Gesetze, und da der vornehmste Grund der malae fidei in scientia rei alienae gesetzet wird.

L. 25. §. 7. D de hered. petit.

diese aber nicht bey allen Partheyen auf eine gleiche Art sich zeiget, ist es allerdings nothwendig, ohne sich auf allgemeine Vermuthungen für oder wider die malam fidem aus der geschehenen Litiscontestation einzulassen, in jedem einzelnen Falle, aus der Stärke oder Schwäche der wider den Beklagten vorgebrachten Gründe, die würkliche oder vermuthete scientiam rei alienae zu bestimmen, und darnach das Urthel abzufassen.

Henr. *Brokes* selectae obseruat. forenses (Lüb. 1765. fol.) obs. IX. p. 45. sq.

Da nun, nach der Vorschrift der Gesetze, der bonae fidei possessor die verzehrten Früchte lucriret,

L. 4. §. 2. D. fin. regund.
L. 136. D. de reg. iur.
L. 22. C de rei vind.

die Consumtion auch in den Rechten mit der Verjährung gleiche Würkung hat

L. 4. §. 19. D de vsurpat.

so kann unmöglich in dem Fall, wenn nach erfolgter Litiscontestation in substrato keine scientia rei alienae aus den Acten hervorleuchtet, auf die Wiedererstattung der Früchte an den Kläger, ehe ein Rechtskräftiges Urthel vorhanden ist, gesprochen werden.

Klock T. II. cons. 50. n. 78.
de *Wernher* T. I. P. I. obs. 318.
Leyser sp. 83. m. 5. sp. 99. m. 5. 6. sp. 450. m. 3. 4.
H. *Brokes* de litiscontestatione malam fidem non inferente. Viteb. 1736.

§. 98.

Anwendung dieser Sätze auf die gegenwärtige Sache.

Wenn man nun diese allgemeinen vorausgeschickten Grundsätze auf den gegenwärtigen Fall anwendet: so wird sich sogleich ergeben, daß es äußerst hart seyn würde, dem beklagten Gräflichen Hause die Erstattung der gesamten, seit dem Tode des Grafen Otto von Schaumburg, erhobenen Früchte zuzumuthen. Denn

1) läßt sich, gleich beym Anfange dieses Rechtsstreits, bey der Frau Gräfin Katharina von der Lippe, da selbige, Namens ihrer unmündigen Kinder, Besitz von den Sternbergischen Gütern ergriff, eine scientia rei alienae nicht vermuthen. Sie gründete sich gleich anfänglich mit auf eine zwischen den beiden Häusern Schaumburg und Lippe geschlossene Erbverbrüderung. Diese ist von Paderborn selbst eingestanden, und man hat sogar darauf einen Hauptgrund der Lehnbarkeit der Sternbergischen Nachlassenschaft gebauet (§. 41.), und die Aechtheit sothaner Erbverbrüderung sowol als der Bischöflichen Bestätigung ist, sogar in petitorio, offenkündig erwiesen. (§. 85-89.) Sie konnte also in der gewissesten Ueberzeugung stehen, daß die Sternbergische Nachlassenschaft ihren Kindern gebühre, und in solcher Absicht Besitz davon, als einer ihrer Familie angefallenen Sache nehmen.

2) Ist zwar, bey der Besitzergreifung, gleich anfänglich der Pfandschaft mit erwähnet, und von Paderborn, daß solche resoluto iure concedentis ihre Endschaft erreichet habe, behauptet worden, woraus man also einigermaßen scientiam rei alienae folgern möchte. Allein eines Theils geschahe dieses Vorgeben nur in Verbindung mit dem Rechtsgrunde der Erbverbrüderung u. s. f. (§. 9. 13.), und andern Theils ist selbst ein Pfandinhaber nicht schuldig, aus dem Pfande auf das erste Verlangen des Klägers zu weichen, ehe und bevor er wegen seiner gesammten Forderungen völlig befriediget worden. Vielmehr geben ihm die Gesetze desfalls das ius retentionis, und er ist, selbst bey offerirter Caution, nicht allemal die Sache abzutreten schuldig.

Mevius P. 9. d. 242.
Sam. *Stryk* de possessione per cautionem non auferenda. c. 2. §. 15. sqq.

Es läßt sich also daraus wiederum keine scientia rei alienae folgern, zumal da Paderborn selbst sich auf dieses Pfandrecht gründete, und daß, Bischöflicher Seits, dazu der Consens gegeben worden, unumwunden eingestanden ist. (§. 42.) Ueberdem hat sich aus der Folge der Acten ergeben, und es ist oben (§. 73-77.) dargethan worden, daß das Gräfliche beklagte Haus Lippe die Sternbergischen Güter, schon beym Leben der Grafen von Holstein-Schaumburg, nicht Pfandweise, sondern erb- und eigenthümlich besessen habe; und das, aus Unkunde der Sache geschehene, und ohnehin dem Gräflichen Hause unpräjudicirliche (§. 57.) Angeben der Frau Gräfin Katharina, auf erhaltene bessere Nachricht längstens, actenkündiger maßen, widerrufen worden.

3) Nach der reifsten Ueberlegung hat endlich der höchstpreisliche Reichshofrath durch die in possessorio ergangene Urtheile (§. 18. 19.) das beklagte Gräfliche Haus im Besitz manuteniret. Durch diese, die Rechtskraft beschrittene Urtheile wird wiederum alle scientia rei alienae von dem Gräflichen Hause entfernet, da sich von diesem höchsten Reichsgerichte nicht denken läßt, daß, wenn sich die geringste Spur davon in den Acten ergeben hätte, das für Pa-

der-

derborn anfänglich ertheilte Manutenenzdecret (§. 8.) würde cassiret, und die Lippische Besitzergreifung würde auf die geschehene Art auctorisiret worden seyn.

4) Während des petitorii (§. 20.) hat das Haus Lippe sich von der Rechtmäßigkeit seines Besitzes um so mehr überzeugen müssen, da Paderborn den ihm obliegenden Beweis

a) wegen der Herrschaft Sternberg überhaupt gar nicht führen können (§. 16. 36. 68: 72), und

b) wegen der insonderheit in Anspruch genommenen Pertinenzien dieser Beweis ebenfalls nicht hinreichend erbracht (§. 48: 67.), vielmehr das Gegentheil und daß das Gräfliche Haus Lippe solche, so wie die ganze Grafschaft Sternberg, erb- und eigenthümlich besitze, erprobet worden (§. 78 89.). Mithin läßt sich auch aus der Geschichte des petitorii keine rechtmäßige Spur einer, zur restitutione fructuum nothwendigen scientiae rei alienae entdecken, daher das in dieser Sache ergangene Urtheil (§. 33.), auch in diesem Puncte, der höchsten richterlichen Ehre des höchstpreislichen Reichshofraths vorbehältlich, für nicht anders, als äußerst gravirlich angesehen werden kann; zumahl da außerdem

5) die Acten bereits den 17ten August 1703 zu Abfassung eines Endurthels involuiret worden (§. 31.), und gleichwol die Sache, seit der Zeit, an die achtzig Jahre, ohne das geringste Verschulden des Hauses Lippe, geruhet hat, mithin es äußerst hart seyn würde, von dieser ganzen Zeit demselben die Erstattung der erhobenen Früchte zuzumuthen.

Vielmehr lebet das Hochgräfliche Haus Lippe in vollem Vertrauen auf die weltkündige Gerechtigkeitsliebe dieses höchstpreislichen Reichsgerichts der gerechtesten Hofnung, daß nicht nur das vorige Urtheil in der Hauptsache werde reformiret, sondern auch Gräflicher Herr Beklagter von Erstattung der erhobenen Früchte, als welche, in pessimum euentum, höchstens von Zeit eines vorhandenen rechtskräftigen Urthels würden gefordert werden können, völlig werde entbunden werden.

§. 29.

Auf den schlimmsten Fall würden dem Hause Lippe doch die Meliorationen gebühren.

Falls man aber auch den nach der Lage der Sache ganz undenkbaren Fall voraus setzen wollte, daß das vorige Erkenntniß lediglich bestätiget werden sollte, und folglich das Haus Lippe schuldig wäre, die vindicirten Stücke

a) als Paderbornische heimgefallene Lehen, und

b) als ein angeblich bisher besessenes pignus antichreticum an Paderborn abzutreten: so ergiebt doch die Natur der Sache, daß in hunc pessimum euentum

1) nur das, was angeblich den ehemaligen Grafen von Schaumburg würklich zu Lehen gegeben worden, restituiret, und

2) nicht nur die von dem Gräflichen Hause zu dem angeblichen Pfande zugeschlagene Ländereyen, Güter und Gerechtsame, Salinen u. d. g. davon wieder abgesondert, sondern auch dem Hochgräflichen Lippischen Hause, da die Bischöfe von Paderborn, nach der eigenen Angabe des Fürstlichen Herrn Klägers, in die Verpfändung gewilliget (§. 42.), die Meliorationen wieder ersetzet worden.

Diese sind, wie die Acten ergeben, so ansehnlich, daß selbige auch auf den ärgsten und undenkbaren Fall, die seit dem Abgange des Holstein-Schaumburgischen Hauses erhobene Früchte unendlich übersteigen würden.

s. *Pragemann* de liquidatione in pignore antichretico.

Man enthält sich hier einer genaueren Ausführung, da selbige zu einem künftigen, jedoch für das Gräfliche Haus nicht zu befürchtenden Liquidationsverfahren gehöret, und bemerket hier nur den einzigen Umstand, daß Paderborn selbst geständig ist

1) ein bloßes Dorf Uffeln und
2) ein Schloß Berinkdorf

an die Grafen von Schaumburg zu Lehen gegeben zu haben, an deren Statt aber jetzo zwo privilegirte blühende Städte, nebst einem Amte, wieder erstattet werden sollen, und also in der Paderbornischen Vindicationsklage die offenbarste pluris petitio lieget, und sich Paderborn, mit dem offenbarsten Schaden des Hauses Lippe, als bonae fidei possessoris, gegen die klare Vorschrift der Gesetze (§. 97) bereichern würde, wenn die Restitution, ohne vorher über die Meliorationen liquidiret, und solche dem beklagten Gräflichen Hause erstattet zu haben, geschehen sollte. So wenig man indessen Gräflich Lippischer Seits überhaupt ein confirmatorisches Erkenntniß, der Hauptsache und Früchte halber, zu befürchten Ursach hat: so wenig läßt sich von der ruhmvollen Großmuth Seiner Hochfürstlichen Gnaden, des jetzt ruhmwürdigst regierenden Herrn Fürstbischofs zu Hildesheim und Paderborn, als möglich gedenken, daß dergleichen von Hochdenenselben werde begehret werden.

Sechster Abschnitt.

Von der Edition der die Grafschaft Sternberg betreffenden Urkunden an Paderborn.

§. 100.

Einleitung.

Endlich ist noch in dem gravirlichen Urthel (§. 33.) die für das Gräfliche Haus so sehr beschwerliche Klausel enthalten: daß selbiges in Ansehung der zu den abzutretenden Gütern annoch gehörigen Stücke und Gerechtsamen, so wie insbesondere wegen der Herrschaft Sternberg und der in den Lehnbriefen bemerkten Zehnten und Güter, sämmtliche in dem Schaumburgischen Archive befindlich gewesene, einigen Bezug darauf habende Urkunden, praevio iuramento edendorum, zu ediren schuldig seyn soll. So wenig man nun auch, Lippischer Seits, geneigt ist, diesen bereits 143 Jahr gewährten Rechtsstreit durch unrechtmäßige Aufzüge noch mehr in die Länge zu ziehen: so kann man sich doch auch bey diesem Theil der ergangenen Urthel unmöglich beruhigen, und hat die gerechteste Ursach, auch hierin einem erfreulichen reformatorischen Erkenntnisse getrost entgegen zu sehen.

§. 101.

Paderbornische Gründe für die Edition, nebst deren Beantwortung.

Was nun zuvorderst die Gründe des bereits im Jahr 1694 angebrachten Paderbornischen Editionsgesuches (§. 31.) anbetrifft: so beruhen solche auf folgenden in facto angegebenen Sätzen:

1) habe

1) habe man selbst, Lippischer Seits, eingestanden, daß man von der verwittibten Gräfin Elisabeth von Schaumburg, und sonsten verschiedene, die Herrschaft Sternberg und deren Pertinenzen betreffende Urkunden erhalten habe, und sich auch selbst verschiedentlich in den Acten darauf bezogen;

2) den Kirchen komme das ius fisci zu, daher selbigen auch von dem Beklagten die zur Instruction der Klage und Beweisführung nöthige Documente ediret werden müßten

L. 3. D. de edendo.
L. 2. §. 1. D. de iure fisci.

und sich daher das beklagte Gräfliche Haus der Edition der in Frage befangenen Urkunden keinesweges entledigen könne.

Hiergegen aber sind allerdings folgende Lehrsätze in rechtliche Erwägung zu ziehen:

1) Wer die Edition einer Urkunde verlangt, ist schuldig

a) deren Existenz zu beweisen, und

b) eine Bescheinigung, daß der Gegentheil solche besitze, beyzubringen, auch

c) sein Interesse an der zu edirenden Urkunde darzuthun. Nun ist aber

ad a) klagendes Hochstift Paderborn nicht im Stande gewesen, auch nur eine einzige Urkunde namentlich anzuführen, deren sie zu Behauptung ihrer Gerechtsame auf die Herrschaft Sternberg bedürfe, noch weniger aber deren Existenz zu beweisen, sodann

ad b) hat das Hochgräfliche beklagte Haus diejenigen Urkunden, welche dasselbe von der Frau Gräfin Elisabeth von Schaumburg erhalten, in den Acten gekreulich angeführt, und sogar integraliter denselben einverleibet, und die Paderbornischen Schriftsteller haben in den ganzen Acten kein einziges Beyspiel anzuführen vermocht, daß man Lippischer Seits eine einzige von dorther erhaltene Urkunde besitze, und gefährlicher Weise zurück gehalten habe;

ad c) ergeben die Acten, daß das Hochstift Paderborn seinen Ansprüchen auf die ganze Herrschaft Sternberg selbst nicht getrauet, und selbige nur gleichsam pro forma aufgeführet habe (§. 16. 36. 68-72.), daher es allerdings auch an der nöthigen Bescheinigung des Paderbornischen Interesse's in Ansehung solcher Urkunden gänzlich ermangelt. Hiernächst

2) sind, nach der klaren Vorschrift der gemeinen Rechte, zwar die Kläger schuldig, dem Beklagten auf sein Verlangen die nöthigen Documente zu ediren

L. 1 §. 3. D. L. 5. C. & vlt. C. de edendo.

dahingegen der Beklagte dem Kläger dergleichen Urkunden auszuantworten nicht verbunden ist.

I. G. *Wernher* de reo actori ad documenta edenda obligato.

Hiergegen wird nun zwar, eben deducirter maßen, vom Hochstifte Paderborn eingewendet, daß den Kirchen iura fisci überhaupt beygeleget worden, und sie also auch von dem Beklagten die zum Beweise der Klage dienende Urkunden zu fordern befugt seyn. Allein dagegen ist wohl zu bemerken, daß kein Gesetz in der Welt vorhanden sey, worin den Kirchen überhaupt alle dem Fisco beygelegte Privilegia zugestanden worden, und daher im zweifelhaften

Falle um so mehr dagegen zu erkennen ist, da nur alsdann, wann ein landesherrliches Privilegium vorhanden und erwiesen ist, solches nach der Intention des concedentis benigne zu interpretiren, hingegen nie de persona ad personam, de casu ad casum zu extendiren ist;

L. 3. C. de constit. Princ.
Thomasius de interpretatione beneficiorum Principis.

aus welchen Gründen also die bewährtesten Rechtslehrer den Kirchen die privilegia fisci überhaupt, und namentlich die Edition der Urkunden von den Beklagten mit Recht verweigern.

S. *Stryk* de succ. ab intest. diss. 5. c. 1. §. 10. 11.
Peregrinus de iure fisci. lib. 1. c. 2. n. 70. sqq.
Lauterbach colleg. Pand. tit. de iure fisci §. 5.

Bey diesen Umständen hält sich also das beklagte Gräfliche Haus so wenig überhaupt zur Edition der verlangten Urkunden, als zur Ableistung des auferlegten Editionseides verbunden.

Zum Ueberfluß, und um alle Vermuthung eines Mißtrauens auf die Gerechtigkeit seiner Sache von sich abzuwenden, hat es bereits im Revisionslibell sich, auf den schlimmsten Fall, zur eventuellen Ausschwörung des Editionseides anerboten, welches Anerbieten dasselbe auch hierdurch nochmahls wiederholet.

§. 102.

Schluß.

Da schließlich die Absicht gegenwärtiger Ausführung (§. 35.) darauf gerichtet ist, nicht nur das unpartheyische Publicum von der Gerechtigkeit der Lippischen Sache zu überführen, sondern auch dem Hochfürstlichen Gegentheil die Gründe vorzulegen, durch welche derselbe Einsicht in die Gerechtigkeit der diesseitigen Vertheidigungsgründe erlanget: so hofft man diesen Absichten, nach Vermögen, ein Genüge geleistet zu haben, und überläßt sich übrigens, Gräflich Lippischer Seits, in Ansehung des Ausgangs der ganzen Sache, dem unbedingten Vertrauen auf die, alles lenkende, göttliche Vorsehung, und auf die Weltkündige Gerechtigkeitsliebe des höchstpreislichen Reichshofraths.

3727705

Lippische Landesbibliothek
04777314